

**PAPERS**

**DIETER KLEIN**

**WIDERSPRÜCHE IN  
DER BRANDENBURGER  
ENERGIEWENDE**

**HORIZONTE SOZIALÖKOLOGISCHER  
TRANSFORMATION**

Dieter Klein

# **Widersprüche in der Brandenburger Energiewende**

**Horizonte sozialökologischer Transformation**

In produktiver Erinnerung an Michael Schumann

## **IMPRESSUM**

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122

m.schuetrumpf@rosalux.de · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: Juli 2012

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

# Inhalt

<b>1 Energiewende in Brandenburg</b>	5
1.1 Ambivalente energiewirtschaftliche Ausgangslage	7
1.2 Brandenburgische Energiestrategie – internationale Verantwortung in der Klimapolitik	8
1.3 Braunkohleverstromung und die Regierungsbeteiligung der Brandenburger LINKEN	10
<b>2 Ein Bundesland zwischen Wachstum und nachhaltiger Entwicklung</b>	14
2.1 Wandel von Eigentumsstrukturen	20
2.2 Wandel von Lebensweisen und kultureller Orientierung	23
2.3 Wandel der Regulationsweise	25
2.4 Stärkung von Akzeptanz und Partizipation – Erneuerung der Demokratie	27
<b>3 Akteure der Energiepolitik</b>	28
3.1 Die Landesregierung Brandenburg, das Wirtschafts- und das Umweltministerium	29
3.2 Die Bundesregierung und die Europäische Kommission	36
3.3 Der Vattenfall-Konzern	40
3.4 Die Banken	41
3.5 Alternative Akteure	43
<b>4 Energiepolitik im Viereck einer modernen linken Erzählung. Die Partei DIE LINKE</b>	49
4.1 Leitidee 1: Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht – auch in der Energiewende	50
4.2 Leitidee 2: Energiewende als Kern eines sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft	52
4.3 Leitidee 3: Demokratische Umgestaltung – Kriterium auch für die Energiewende	53
4.4 Leitidee 4: Energiewende als Teil umfassender Friedens- und Sicherheitspolitik	55
<b>5 Nur technologische Erneuerung oder Chance des Einstiegs in eine emanzipatorische sozialökologische Transformation?</b>	58
Literatur	69



«Eine politische Bewegung emanzipatorischen Charakters, die einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Anspruch verpflichtet ist, kann weniger als jede andere darauf verzichten, ihre politische Praxis zu «verwissenschaftlichen», das Nicht-Vorhandene, das gleichwohl im Vorhandenen als Notwendigkeit und Möglichkeit enthalten ist, theoretisch zu denken.»

Aber: «Dieses Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik ist zu problematisieren. Nicht die Wissenschaft, sondern der politische Diskurs, in dem es um Prozesse der Aufklärung über Interessenlagen, über die praktische Relevanz theoretischer und kritischer Erkenntnisse und um die Verständigung über konkrete politische Ziele geht, leitet politisches Handeln unmittelbar an.»

Michael Schumann

(Schumann 2004, 178, 179)

## 1. Energiewende in Brandenburg

Hans Jonas schrieb in seinem Werk «Das Prinzip Verantwortung» über die Bedingungen menschlichen Handelns vor der industriellen Revolution: «Die Unverletzlichkeit des Ganzen, dessen Tiefen von des Menschen Zudringlichkeit ungestört bleiben, das heißt die wesentliche Unwandelbarkeit der Natur als der kosmischen Ordnung, war in der Tat der Hintergrund zu allen Unternehmungen des sterblichen Menschen einschließlich seiner Eingriffe in jene Ordnung selbst.» (Jonas 2003, 20) Die industrielle Revolution und die bürgerlichen Revolutionen haben diese räumliche und zeitliche Enge menschlichen Wirkens und menschlicher Verantwortung so fundamental durchbrochen, «dass ein Gegenstand von gänzlich neuer Ordnung, nicht weniger als die gesamte Biosphäre des Planeten, dem hinzugefügt worden ist, wofür wir verantwortlich sein müssen, weil wir die Macht darüber haben. Und ein Gegenstand von welcher überwältigender Größe, wogegen alle früheren Gegenstände menschlichen Handelns zwergenhaft erscheinen!» (Ebenda, 27) «Unter solchen Umständen wird Wissen zu einer vordringlichen Pflicht über alles hinaus, was je vorher für seine Rolle in Anspruch genommen wurde, und das Wissen muss dem kausalen Ausmaß unseres Handelns größengleich sein.» (Ebenda, 28)

Zu fragen ist, ob der Aufschlag für eine Impression von einem – auf den ersten Blick – einzelnen Politikfeld in einem kleinen Bundesland wirklich so groß anzulegen ist. Muss die Brandenburgische Energiepolitik tatsächlich in erdumfassenden Zusammenhängen, in der Verantwortung für die Le-

bensbedingungen künftiger Generationen und als Teil kommender Transformationsprozesse zu einer anderen Gesellschaft gedacht, öffentlich kommuniziert und praktisch angegangen werden? Hier wird diese Frage bejaht – schon deshalb, weil die in den Alltag verstrickten Akteure diese Dimension ihres Handelns gewiss nicht unaufhörlich im Auge haben können. So ist es angebracht, auf sie zu verweisen. Theoretisches Wissen und praktisches Handeln treten eben durchaus nicht immer in jener Symbiose auf, die von Jonas mit Blick auf die zu erfassenden Fernwirkungen im gegenwärtigen Handeln eingefordert wird. Auch Boaventura de Sousa Santos drängt darauf, sich im praktischen Handeln stets der theoretisch zu erfassenden Zusammenhänge zu vergewissern und umgekehrt das theoretische Denken nicht von der Praxis zu lösen: «Aus dieser zum Teil wechselseitigen Blindheit von Theorie und Praxis geht eine Untertheoretisierung der Praxis wie eine Irrelevanz der Theorie hervor. (...) Aus diesem problematischen Verhältnis von Theorie und Praxis erwächst eine Unsicherheit mit Blick auf Strategie und Taktik der Linken, auf kurzfristige und langfristige Ziele und Orientierungen.» (de Sousa Santos 2010, 128) Dieser Mahnung folgend soll hier versucht werden, eine Brücke zwischen praktischer Energiepolitik in Brandenburg und theoretischer Arbeit an einem zeitgemäßen Transformationskonzept zu schlagen.

Die Energiepolitik ist ein zentrales Feld gesellschaftlicher Transformation. Sie betrifft den Umgang mit fossilen Ressourcen, auf denen gegenwärtig die gesamte Zivilisation beruht, deren weitere Nutzung diese Zivilisation jedoch aufs Äußerste gefährdet. Die Energiepolitik hat es mit Knotenpunkten globaler Macht, aber auch mit der Chance tun, zur Veränderung der gegenwärtigen Machtverhältnisse beizutragen. Um Energieressourcen werden Kriege geführt, aber um erneuerbare Energien wie Wind, Sonneneinstrahlung müssen Kriege selbst aus imperialer Sicht nicht sein. Entscheidungen zwischen fossilen und erneuerbaren Energien sind zugleich Entscheidungen zwischen verschiedenen Großtechniken, Produktions- und Lebensweisen und über neue Nord-Süd-Verhältnisse. Energiefragen sind ein Gegenstand, der der heutigen Generation höchste Verantwortung abfordert.

Verantwortung mit dem Blick auf derart komplexe globale Zusammenhänge ist nicht möglich ohne theoretisches Erfassen dieser Zusammenhänge und der in ihnen verborgen enthaltenen Ansätze für transformatorische Zukünfte. Aber welche konkrete Ansätze beispielsweise der Übergang zu erneuerbaren Energien für eine alternative Entwicklung der Gesellschaft bietet, in welchen Formen sie durch welche Kräfte genutzt werden können, ist nicht durch die Wissenschaft vorzugeben, sondern nur in der Wechselwirkung praktischer Politik und transformationstheoretischer Überlegungen herauszufinden.

Professor Michael Schumann, bis zu seinem tödlichen Unfall im Jahr 2000 Spitzenpolitiker der PDS, der auf deren Gründungsparteitag das durch eine Arbeitsgruppe vorbereitete Referat zum endgültigen Bruch dieser Partei mit dem Stalinismus als System hielt, ging in seinem gesamten Wirken von dieser Wechselbeziehung zwischen wissenschaftlicher Theorie und praktischer Politik aus. Als Abgeordneter im Brandenburger Landtag arbeitete er in diesem Grundverständnis. Wenn im hier vorliegenden Beitrag versucht wird, die Brandenburger Energiepolitik in ein Verhältnis zu transformationstheoretischen Überlegungen zu setzen, liegt es für den Autor, der zugleich Vorsitzender der Michael-Schumann-Stiftung ist, nahe, dies auch anknüpfend an Michael Schumann zu tun.

## 1.1 Ambivalente energiewirtschaftliche Ausgangslage

Nach einer Studie zur Durchsetzung erneuerbarer Energien im Vergleich der Bundesländer, die als Ergebnis eines Forschungsprojekts des DIW Berlin und des ZSW Stuttgart in Kooperation mit der Agentur für Erneuerbare Energien e. V. Berlin vorgelegt wurde, belegen ostdeutsche Länder drei von fünf Spitzenplätzen. Brandenburg nimmt den Rang 1, Thüringen Rang 2 und Sachsen-Anhalt den Platz 5 ein (Diekmann et al. 2010). Diese Wertung betrifft den Stand des Ausbaus der Gesamtheit erneuerbarer Energien sowie ihre wirtschafts- und energiepolitischen Aspekte (Keppler/Nölting 2011, 100). Bezogen auf das Ausbauniveau und das Wachstumstempo von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien liegt Brandenburg ebenfalls zusammen mit Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bayern in der Spitzengruppe (ebenda, 102). Bei der Nutzung von Windenergie belegt Brandenburg den Platz 2 unter den Bundesländern, bei Biogas Platz 4, bei der Fotovoltaik allerdings den Platz 14. Einen hinteren Rang nimmt Brandenburg auch beim Ausbau der regenerativen Wärmenutzung ein, zum Teil bedingt durch die geringe Bevölkerungsdichte des Flächenlandes.

Bei der Bewertung des auf erneuerbare Energien zurückgehenden Standes der wirtschaftlichen Entwicklung liegt Brandenburg gleichfalls in der Spitzengruppe der Bundesländer – gemessen an der Anzahl und dem Anteil der Unternehmen und der Patentanmeldungen im Bereich der regenerativen Energien, an der vorhandenen Biokraftstoffinfrastruktur und an der Anzahl der Beschäftigten in der Fotovoltaik- und Windanlagenindustrie. In Brandenburg sind von den etwa 60.000 Unternehmen 831, das heißt 1,4 Prozent, in Branchen der erneuerbaren Energien tätig (Agentur für Erneuerbare Energien e. V. 2010, Keppler/Nölting 2011, 104). Frankfurt an der Oder gehörte bis vor Kurzem zu den führenden Standorten der deutschen Solarindustrie und ist beteiligt daran, dass im Jahr 2009 etwa 80 Prozent der deutschen und 18 Prozent der weltweit produzierten Solarzellen in Ostdeutschland hergestellt wurden. 19 von 21 Solarzellenproduzenten hatten im Jahr 2008 ihren Hauptsitz in den neuen Bundesländern (ebenda, 105). Dazu zählen Conergie und First Solar in Frankfurt an der Oder und Aleo in Prenzlau. In jüngster Zeit sind die deutschen Produzenten von Solartechnik allerdings unter den wachsenden Druck asiatischer Konkurrenten geraten und werden zudem durch unvorhergesehene außerordentliche Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom in schwere Bedrängnis gebracht. Der US-Konzern First Solar mit 1.200 Beschäftigten wird bis Ende 2012 seine Produktion in Brandenburg einstellen. Zusammen mit der unsicheren Zukunft von Oder Sun und First Solar in Fürstenwalde und mit den Zulieferern betrifft das rund 3.000 Arbeitsplätze. Für die Beschäftigten ist das eine Katastrophe. Der Aktienkurs von First Solar allerdings stieg unmittelbar nach der Meldung von der bevorstehenden Werksschließung angesichts der davon zu erwartenden Kostensenkungen deutlich an. Brandenburg ist mit Lauchhammer auch Standort für die Herstellung von Rotorblättern für Windkraftanlagen durch die Firma Vestas mit rund 500 Beschäftigten (ebenda). Das Klimaziel des Landes Brandenburg für 2020, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, war bereits 2010 mit 38,6 Prozent schon fast erreicht. Um die bevorstehenden Anstrengungen zur weiteren Senkung der Emissionen realistisch ermessen zu können, muss allerdings festgehalten werden, dass ein beträchtlicher Teil der bisherigen Emissionsminderungen den Deindustriali-

sierungsprozessen in Ostdeutschland nach dem Einschluss in die Bundesrepublik geschuldet ist. Doch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern deckt bereits zu 75 Prozent den Jahresstrombedarf Brandenburgs ab, und die Stromexportquote beträgt über 60 Prozent (Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2011, 10).

Einerseits hat das Land Brandenburg also günstige Bedingungen für eine nachhaltige Energiewende geschaffen. Andererseits hat – historisch entstanden aufgrund großer Vorkommen – die Braunkohle ein überdurchschnittlich großes Gewicht in der Branchenstruktur des Landes, worauf später noch eingegangen wird. Der Anteil der Braunkohle am Primärenergiebedarf betrug im Jahr 2010 im Durchschnitt der Bundesrepublik 10,7, in Brandenburg 48,6 Prozent (<http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/2011/05/die-braunkohle-und-der-klimaschutz>). Der Anteil der Braunkohle an der Wertschöpfung in Brandenburg beträgt 2,1 Prozent. Ihr Anteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen Brandenburgs liegt bei 63 Prozent (Landesregierung, Bericht vom 6.5.2011, 11).

Daraus ergibt sich die höchst widersprüchliche Konstellation, dass Brandenburg einen Spitzenplatz beim Übergang zu erneuerbaren Energien einnimmt, gleichzeitig aber aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur, der besonders hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Braunkohleverstromung und der geringen Einwohnerzahl im Flächenland Brandenburg die höchsten Pro-Kopf-Emissionen von CO<sub>2</sub> unter den Bundesländern aufweist.

Die Pro-Kopf-Emission klimarelevanter Gase beträgt in Brandenburg 25 Tonnen CO<sub>2</sub> eq im Jahr, im Durchschnitt der Bundesrepublik dagegen 11,2 Tonnen CO<sub>2</sub> eq. (eq sind Äquivalenzeinheiten; sie bezeichnen die Umrechnung der Belastung durch verschiedene klimarelevante Gase in die Belastung durch Kohlendioxid)

## **1.2 Brandenburgische Energiestrategie – internationale Verantwortung in der Klimapolitik**

Die guten Ausgangspositionen in der Zuwendung zu erneuerbaren Energien bieten Brandenburg eine Chance, eine Vorreiterposition für eine nachhaltige Energiewende einzunehmen. Mit der im Vergleich zu anderen Bundesländern starken Braunkohlelastigkeit der Wirtschaftsstruktur ist jedoch eine Pfadabhängigkeit im energiepolitischen Denken verknüpft. Noch immer wirkt die Neigung, der Braunkohleverstromung auch künftig erhebliches Gewicht beizumessen. Brandenburg wird seine errungene Vorreiterrolle nur behalten und ausbauen können, wenn diese Neigung vollständig überwunden wird und stattdessen der volle Ausstieg aus der Kohleverstromung zum frühestmöglichen Zeitpunkt das energiepolitische Handeln ohne Einschränkung bestimmt.

Die erzwungene Abkehr der schwarz-gelben Bundesregierung von der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und die Wende zum vollständigen Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 setzen

Entscheidungen über die Zukunft der einzelnen Energieträger noch dringender als zuvor auf die Tagesordnung von Politik und Ökonomie. Dramatischen Gehalt gewinnt die Energiestrategie für die Zukunft durch die absehbare Zuspitzung der Klimaprobleme. Nach dem World Energy Outlook 2011 der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der weltweite Primärenergiebedarf vor allem durch die nachholende Industrialisierung der Schwellen- und Entwicklungsländer zwischen 2010 und 2035 um ein Drittel steigen. Selbst bei einer – bisher nicht absehbaren – Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen der Regierungen in der Energie- und Klimapolitik erwartet die IEA bis zur Mitte des Jahrhunderts einen Anstieg der mittleren globalen Durchschnittstemperatur um 3,5 °C. Aber jenseits eines Anstiegs um mehr als 2°C sind Klimakatastrophen größten Ausmaßes mit verheerenden sozialen Folgen für große Teile der Erdbevölkerung zu erwarten. Bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Politik ohne weitreichendste Korrekturen im Energie- und Klimabereich rechnen die Experten der IEA sogar mit einem Temperaturanstieg um 6°C. Nicht zuletzt würde die erwartete Zunahme des Verbrauchs von Kohle um rund zwei Drittel bis 2035 dazu beitragen. Auch für Brandenburg wird mit einem Anstieg der Durchschnittstemperatur um 3,5°C gerechnet.

In dieser Situation wäre es ein unschätzbare Impuls Deutschlands für die internationale Energie- und Klimapolitik, wenn die Bundesrepublik den Ausstieg aus der Kernenergie mit radikaler Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbinden würde. Das erfordert den mittelfristigen Ausstieg aus der Kohleverstromung, absoluten Vorrang für erneuerbare Energien, bessere Energieeffizienz und Energieeinsparung. Für Brandenburg wäre nach Expertengutachten die Konsequenz der Abschied von der Braunkohleverstromung bis spätestens 2040. Auf keinen Fall dürfen neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) betont: «Der Ausstieg aus der Kernenergie darf aus Sicht des Beirats nicht durch den Wiedereinstieg oder die Verstärkung von Energieerzeugung aus Braun- und Steinkohle kompensiert werden.» (WBGU 2011, 3)

Dies folgt auch aus einem Szenario des Bundesumweltministeriums in seiner Leitstudie 2008 (Ausbaustrategie Erneuerbarer Energien). Es sieht bis 2020 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 36 Prozent vor. Auch bei Berücksichtigung der Stilllegung alter fossiler Kraftwerke dürften nach dem Befund in der Leitstudie über die im Jahr 2010 bereits im Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerke hinaus keine neuen Kraftwerke gebaut werden. Schon diese im Bau befindlichen Kraftwerke würden mit 69,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß die für die Reduktion um 36 Prozent notwendige Emissionsbegrenzung überschreiten. Zusammen mit den weiteren bereits geplanten Kohlekraftwerken würden sie vier bis fünf Jahrzehnte hindurch jährlich 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen (BUND 2010, 1). Aber der gesamte Energiesektor dürfte jährlich höchstens 85 Millionen Tonnen emittieren, wenn das von der Bundesregierung anvisierte Ziel einer 80-prozentigen Reduktion von CO<sub>2</sub> bis 2050 (Koalitionsvertrag 2009, 26) erreicht werden soll (ebenda, 2). Dabei ist das Ziel von 80 Prozent noch zu niedrig angesetzt. Die Industrieländer müssten nach neueren wissenschaftlichen Studien ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 90 Prozent und mehr vermindern (BUND 2009, 7).

Diese Differenz ist nicht das Resultat zu geringer Konsequenz in der Verfolgung eines an sich richtigen Weges. Der profitdominierte, stark von kurzfristigen Verwertungsinteressen auf den Finanzmärk-

ten bestimmte neoliberale Entwicklungspfad selbst ist es, der von verbalen politischen Bekenntnissen zur Stabilisierung des Weltklimas begleitet wird, sie aber in der Realpolitik ständig unterläuft. Die fossilistische Basis des Kapitalismus wird zwar durch erneuerbare Energien und Effizienzsteigerung ergänzt. Aber unkontrolliertes Wachstum auch der die Umwelt belastenden, ressourcenintensiven Branchen steht dem ebenso wie die Armut in großen Erdregionen entgegen. Selbst von linken Bewegungen getragene Regierungen in Lateinamerika versuchen die Armut zu mindern, indem sie eine extraktivistische Politik verfolgen. Gegen den Widerstand vor allem der indigenen Bevölkerungen forcieren sie die Ausbeutung der einheimischen Rohstoffe, nicht zuletzt von Öl- und Kohlevorkommen, und deren Export. Sie passen sich auf diese Weise den fossilistischen Mustern der kapitalistischen Weltwirtschaft an. Wo dies nicht freiwillig geschieht, sehen die Sicherheitsdoktrinen der USA, der NATO, Russlands, der Bundesrepublik und anderer Länder den Zugang zu Ressourcen notfalls mit militärischen Mitteln vor (vgl. Abschnitt 4.4).

Mit dem Blick auf diese Zusammenhänge ist die Energiepolitik der Linken auch in Brandenburg zu verfolgen. Soweit sie dem nicht entspricht, bedarf sie der Neujustierung.

Auf Brandenburg entfällt zusammen mit Nordrhein-Westfalen die größte Menge von CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Energiesektor. Daraus erwächst die kategorische klimapolitische Verpflichtung, in der Energiepolitik für den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zu sorgen und den Energiebedarf verlässlich aus erneuerbaren Energien zu sichern. Aber vom Standpunkt linker Politik ist dies entschieden mehr als ein bloßer technologischer Strukturwandel. Es geht um Übergangsprozesse zu einem sozial und ökologisch erneuerten Europa in globaler Verantwortung.

### **1.3 Braunkohleverstromung und die Regierungsbeteiligung der Brandenburger LINKEN**

Die Partei DIE LINKE unterstützte im Landtagswahlkampf 2009 das Bürgerbegehren «Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik». Sie lehnte die Verpressung von CO<sub>2</sub> in die Erde ab, mit deren Hilfe der Vattenfall-Konzern die weitere Kohleverstromung in der Lausitz legitimieren und durch den Bau eines neuen Kraftwerks für Jahrzehnte verlängern will. Und DIE LINKE versprach, mit allen Kräften für den Vorrang erneuerbarer Energien zu wirken, auf solche Weise die Wirtschaft zu stärken und dies mit sozialen Zielen sinnvoll zu verbinden.

Aber das Bürgerbegehren scheiterte. Nur rund 25.000 statt der erforderlichen 80.000 Stimmen gegen neue Braunkohlekraftwerke wurden erreicht. Nur rund ein Drittel der Abgeordneten im neu gewählten Landtag teilte das Anliegen der Bürgerinitiative. Eine entscheidende Bedingung für eine radikale Realpolitik der LINKEN in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz aus der Regierungsverantwortung heraus war damit erheblich geschwächt. Sie konnte sich zumindest in der ersten Zeit nach den Landtagswahlen nicht auf eine erkennbar starke alternative Energie- und Klimabewegung stützen. Das war die gemeinsame Schwäche der Bewegungs- und der Parteilinken.

Zum Anteil der Linkspartei an dieser Schwäche gehört, dass ihre Führung und die Mehrheit der Parteimitglieder viel zu lange nicht begriffen hatten, wie sehr die soziale Frage längst zu einer sozialökologischen Frage geworden ist und dass ein sozialökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft für das Profil und die reale Politik der Partei nicht weniger wichtig als ihr Einsatz für gute Arbeit, Umverteilung von oben nach unten und Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, kurz für soziale Gerechtigkeit und Solidarität ist. Zukunftsbeständige Arbeitsplätze beispielsweise hängen zunehmend von ihrer Umweltverträglichkeit ab. Neue Arbeitsplätze sind vor allem von einem sozialökologischen Umbau zu erwarten. Lebensweisen der Zukunft werden stark von nachhaltigem Umgang mit der Umwelt bestimmt sein. Partizipative Demokratie wird häufig Entscheidungen über Umweltprobleme betreffen. Gleiche Rechte auf Naturnutzung bzw. Umweltraum werden zu einem wesentlichen Teil der Gerechtigkeit.

Wenn die Linkspartei nicht überzeugend deutlich macht, dass nach ihrem Selbstverständnis sozialer Wandel und ökologischer Wandel nur in enger Wechselwirkung zu bewältigen sind, führt dieses Defizit unvermeidlich zu mangelnder Überzeugungs- und Anziehungskraft der LINKEN in der Umweltpolitik. Programmatisch wurde diese Schwäche mit dem neuen Erfurter Parteiprogramm zum großen Teil überwunden. Nun geht es darum, dies auch im tatsächlichen Selbstverständnis der Parteiführung, der Parteimitglieder und in der Realpolitik der Linkspartei umzusetzen.

Die Brandenburger LINKE entschied sich für eine Regierungsbeteiligung, obwohl die SPD an einer längeren Perspektive für die Braunkohle und an der Erforschung, Erprobung und Anwendung von CCS-Technologien (Carbon Capture and Storage) zur Abscheidung von CO<sub>2</sub> bei der Braunkohleverstromung und zur Verpressung von CO<sub>2</sub> in die Erde festhält. Die Bürgerinitiativen gegen neue Braunkohlekraftwerke und gegen die Endlagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde fühlten sich im Stich gelassen. Zumindest partiell führte dies zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der LINKEN.

Aber die Entscheidungssituation für sie war widersprüchlicher als aus der verständlichen Sicht der Braunkohlegegner und Klimaaktivisten. Die LINKE hatte abzuwägen, ob die Chance, in der Brandenburger Regierung zusammen mit der SPD trotz ungünstiger Haushaltslage für die Priorität von Bildung, Sozialem und Wissenschaft, für öffentlich geförderte Beschäftigung besonders von Langzeitarbeitslosen und für eine öffentliche Daseinsvorsorge zu wirken, zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse im Bundesrat beizutragen und die Regierungsfähigkeit der LINKEN unter Beweis zu stellen, höher als die Verweigerung eines Kompromisses zur Braunkohle zu schätzen sei. Für beide Optionen sprachen gute Gründe. Vorgefertigte «rote Haltelinien», die sich jeder Abwägung entzogen, waren da nicht hilfreich. DIE LINKE entschied sich für die Regierungsbeteiligung. Sie tat dies auch deshalb, weil die Zustimmung von Wählerinnen und Wählern zu einer Partei erschwert wird, wenn diese nicht zu erkennen gibt, dass sie eine Machtoption anstrebt und bereit ist, nach Abwägung der Mindestvoraussetzungen für Erfolg aus der Regierungsbeteiligung heraus Entscheidungen zu verantworten.

Produktive Kompromisse dürfen nicht statischen Charakter haben, sondern sollten geeignet sein, die Bedingungen für weitere emanzipatorische und sozialökologische Veränderungen zu verbessern. So hat der Widerspruch eine Logik, dass Abgeordnete der LINKEN in der Fraktion den Koalitionskompromiss mittragen und zugleich in Bürgerinitiativen aktiv sind, die die eigene Fraktion zu kompro-

missloserer Energie- und Klimapolitik drängen.

Ohne die Regierungsbeteiligung der LINKEN hätten SPD und CDU die Braunkohleverstromung und CCS ungehindert innerhalb der Landesregierung selbst vorangetrieben. Die Linkspartei dagegen setzte im Koalitionsvertrag mit der SPD die Verpflichtung auf den Vorrang und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien durch. Neue Braunkohlekraftwerke soll es nach dem Koalitionsvertrag nur unter der Bedingung geben, dass die Reduktionsziele für CO<sub>2</sub> um 40 Prozent bis 2020 und um weitere 35 Prozent bis 2030 erreicht werden. Während Bürgerinitiativen gegen die Endlagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde wie die Initiative «CO<sub>2</sub> Endlager stoppen», die «Klinger Runde» der von der Kohle bedrohten Lausitzer Dörfer, Bündnisse wie die «klima-allianz deutschland», die Grüne Liga als Netzwerk ökologischer Bewegungen und die Klimaaktivisten von gegenstromberlin die CCS-Technologie von vornherein ohne Wenn und Aber radikal ablehnten und gegen sie mobilisierten, relativierte die Brandenburger LINKE ihre Ablehnung zu einer an bestimmte Bedingungen gebundenen Zustimmung zur Erprobung und Demonstration dieser Technologie. Dies waren aber Bedingungen, die – belegt durch Expertengutachten – nicht einlösbar sind: «Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO<sub>2</sub> muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.» (Koalitionsvertrag 2009, 25) Zudem lehnte der Parteitag der Brandenburger LINKEN vom 5. März 2011 mit Nachdruck eine «Lex Brandenburg» ab, also ein Gesetz mit der Option des Einsatzes von CCS-Technologien allein in Brandenburg. Doch Parteitagsbeschlüsse sind eben nicht Regierungspolitik.

Wohl aber unterscheidet sich die Politik der gegenwärtigen rot-roten Regierung deutlich von der Energiepolitik, die von SPD und CDU im Jahr 2006 in der «Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg» festgeschrieben wurde. Dort hieß es: «Brandenburg bekennt sich zu einer effizienten und CO<sub>2</sub>-armen Verstromung der Braunkohle. Das ist die Zukunft der Braunkohle in unserem Land.» CCS-Technologien wurden dafür ohne Einschränkungen vorgesehen. «Um die Energiestandorte Schwarze Pumpe und Jänschwalde über das Jahr 2020 hinaus zu erhalten, muss die Braunkohleversorgung für die Stromerzeugung langfristig gesichert werden.» (Energiestrategie 2020, 34)

Die Katastrophe von Fukushima legt zwingend nahe, jegliche Technologien mit Großrisiken abzulehnen. Der Ausstieg Deutschlands aus der Risikotechnologie Kernkraft sollte nicht mit dem Einstieg in die Risikotechnologie CCS bezahlt werden. Der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohle – etwa bis 2040, nach anderen Auffassungen bis 2030 – ist folglich durch den Koalitionsvertrag selbst geboten.

Im Dezember 2011 gab der Vattenfall-Konzern mit ausdrücklichem Verweis auf das Fehlen politischer Akzeptanz die Arbeit an der Planung eines Demonstrationskraftwerks auf CCS-Basis in Jänschwalde auf. Die Förderung des Projekts durch die EU war aufgrund des Fehlens eines CCS-Gesetzes in Deutschland nicht mehr gesichert. Aber unter Berufung auf die CCS-Richtlinie der EU schließt Vattenfall nicht aus, das Verfahren von Unternehmen zu kaufen, die es an anderen EU-Standorten entwickeln, um auf dieser Grundlage nach 2020 doch noch ein neues Kraftwerk in Jänschwalde zu errichten. Zudem ist angesichts der durchaus noch nicht gesicherten Ergebnisse der

CCS-Forschung nicht auszuschließen, dass Vattenfall versuchen wird, in Jänschwalde ein neues Kohlekraftwerk ohne CCS unter Einsatz anderer CO<sub>2</sub>-mindernder Technologien zu bauen. Wenn nun aber eine Risikotechnologie an irgendeinem anderen Ort statt in Brandenburg entwickelt und erprobt wird, schafft dies die schwerwiegenden Gründe gegen die Endlagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde nicht aus der Welt – auch wenn das abgeschiedene CO<sub>2</sub> etwa nach Norwegen weitergeleitet würde. Der Einsatz von CCS würde die Kohleverstromung in Brandenburg um Jahrzehnte verlängern. Rund 8.000 Lausitzer würden beim Aufschluss neuer Tagebaue ihre Heimat verlieren. Die Kohlekraftwerkskapazität, deren Auslastung aus Rentabilitätsgründen nicht beliebig hoch- oder heruntergefahren werden kann, würde den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien durch die entstehenden Überkapazitäten der Stromproduktion bremsen und auf diese Weise auf jeden Fall den klimapolitischen Zielen entgegenstehen.

So oder so, ob mit CCS und anderen CO<sub>2</sub>-mindernden Verfahren oder ohne CCS, gilt, dass nicht allein die Kernkraft und die Endlagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde unverantwortbare Risikotechnologien sind. Die Braunkohleverstromung selbst ist durch ihre extrem destabilisierende Wirkung auf das Klima eine Risikotechnologie par excellence und so schnell wie möglich sozialverträglich einzustellen. Das gilt völlig unabhängig davon, ob andere Regionen oder Länder an der Braunkohleverstromung weiterhin festhalten.

Sie hat eine noch schlechtere Klimabilanz als Öl, Gas oder Steinkohle. Mit einem gut zehnpromtigen Anteil am deutschen Primärenergieverbrauch entfallen auf sie rund 20 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland. Die verfügbaren neuesten Verfahren zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Kohleverstromung können deren destruktive Wirkung in modernsten Kraftwerken graduell vermindern, aber nicht verhindern. Deshalb bleibt der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein notwendiger erstrangiger Beitrag des Landes Brandenburg zur Bewahrung der menschlichen Zivilisation vor einer Klimakatastrophe.

Bis dahin sind die Verringerung des Energieverbrauchs um mindestens ein Prozent jährlich, die Steigerung der Energieeffizienz um 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt, der Ausbau der erneuerbaren Energien, der dafür erforderlichen intelligenten Netze und die Entwicklung von Speichern, der Bau von zwei gasbasierten Regelkraftwerken und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung parallel zur ersatzlosen Stilllegung des Kraftwerks Jänschwalde (bis 2030) zentrale Aufgaben des Übergangs zu einer alternativen Energiewirtschaft (Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2011, 10 ff.). Mit der allerdings wesentlichen Ausnahme der Option für ein neues Kraftwerk Jänschwalde sind diese Aufgaben im Beschluss der Brandenburger Landesregierung zur «Energierategie 2030» festgeschrieben.

## 2 Ein Bundesland zwischen Wachstum und nachhaltiger Entwicklung

Die Verwirklichung solcher Eckpunkte einer Brandenburger Energiestrategie wird durch gegenläufige Interessen in der sehr komplexen Akteurskonstellation erheblich erschwert (vgl. Abschnitt 3).

Hier soll die Energiepolitik im Land Brandenburg zunächst aus einem Blickwinkel betrachtet werden, der praktischen Politikern eher lebensfern erscheinen mag, angesiedelt in der Sphäre theoretischer Diskurse jenseits der harten Zwänge aktueller Wirtschaftspolitik. Dies scheint lebensfremd, ist aber eher eine Position, die die Praxis zur kritischen Selbstbefragung herausfordert. Das theoretisch Erkannte, das normativ Gewünschte und das faktisch Mögliche stehen sich am Anfang immer fremd gegenüber. Nur die offene Kommunikation und erst ein längerer Transformationsprozess können eine erträgliche Balance herstellen.

Unter einem solchen Gesichtspunkt wird hier angeboten, die Energiestrategie und -politik in Brandenburg durch die Brille aktueller wachstumskritischer Diskurse zu betrachten (vgl. Daly 1999, Rätz et al. 2011, BUND 2011, Reuter 2000, Bellebaum/Schaaff/Zinn 1999, Leggewie/Welzer 1909, Klein, 2011). Allerdings hat die theoretische Wachstumskritik ebenso zu verarbeiten, vor welchen Problemen Politiker in der Praxis stehen, wenn sie tatsächlich einen Übergang von Wachstum schlechthin zu einer Entwicklung suchen, die sozialökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. In der Perspektive wachstumskritischer Diskurse können Tendenzen zu Unentschiedenheit und Widersprüchlichkeit in der brandenburgischen Kohlepolitik aus ihrer Verortung zwischen pfadabhängigem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung erklärt, aber nicht akzeptiert werden.

International und in Deutschland gilt Wachstum im Mainstreamdenken als der Universalschlüssel zu Arbeitsplätzen, Wohlstand und Glück. Wachstum wird allgemein als bestmöglicher Zugang zur Lösung von Problemen betrachtet. Allen wissenschaftlichen Risikoanalysen zum Trotz und selbst wider besseres Wissen auch in Teilen der Machteliten diktieren die durch Profitdominanz und Konkurrenz bestimmten Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft eine uneingeschränkte Wachstumsorientierung. So liegt es nahe, dass angesichts der besonderen Bedeutung der Braunkohlewirtschaft als Wachstumsfaktor in Brandenburg die Wachstumspolitik des Landes ein Festhalten wichtiger gesellschaftlicher Kräfte an der Braunkohle einschließt. Allerdings findet Wachstumskritik nach und nach auch Eingang in konservatives Denken, teils jedoch mit der fatalen Schlussfolgerung, dass ein gedämpftes Wachstum oder gar sein Ausbleiben mehr noch als zuvor Niedriglöhne und Rückbau des Sozialstaats erforderlich mache (Miegel 2010).

Umso mehr ist es legitim, die ökonomischen und politischen Akteure in Brandenburg nachdrücklich zu drängen, ihr Handeln im Spiegel konstruktiver Wachstumspolitik zu überprüfen. Es ist an der Zeit, die Rede vom Wachstum und die entsprechende Praxis durch einen Paradigmenwechsel zu nachhaltiger Entwicklung, präziser zu sozialökologischer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Denken und im Handeln zu ersetzen und die Ansätze dafür entschieden zu stärken.

Unter Wachstum der Wirtschaft wird die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in einem bestimmten Zeitraum, in der Regel im Verlauf eines Jahres im Vergleich zum Vorjahr, verstanden. Das Bruttoinlandsprodukt ist der als Geldsumme ausgedrückte in einem Jahr produzierte Bruttowert von Gütern und Dienstleistungen, die als Waren auf den Markt kommen. Alle nicht warenförmigen Leistungen, etwa die Sorgearbeit in der Familie, bleiben unberücksichtigt. Alle Unterschiede der verschiedenen produzierten Güter und Leistungen, alle Unterscheidung zwischen destruktiven Produkten (etwa Rüstungsgüter, Spekulationspapiere) und humanorientierten Angeboten (etwa im Gesundheits- und Bildungswesen), alles oben und unten in den Verteilungsverhältnissen verschwinden bei dieser Verallgemeinerung zu einer hochaggregierten statistischen Messgröße.

In dieser Verallgemeinerung steckt noch etwas viel Prinzipielleres. Die Fixierung auf das Wachstum des BIP spiegelt wider, dass es im kapitalistischen Verwertungsprozess tatsächlich stets um höchstmöglichen Wertzuwachs schlechthin geht, um Mehrwert und Profit.

Immer wenn Wachstum als Ziel deklariert und praktisch erstrebt wird, schleicht sich das Moment der Unbedenklichkeit, der Vernachlässigung oder Verdrängung destruktiver sozialer und ökologischer Wachstumsfolgen ein. Natürlich ist diese Konsequenz den Wirtschaftsakteuren nicht ständig bewusst. Sie existiert tief verinnerlicht in den mentalen Grundstrukturen der Menschen in der westlichen Welt. Genau dies hebt der wachstumskritische Diskurs in das öffentliche Bewusstsein. Die Wachstumskritik ist ein dringlicher Appell für soziale und ökologische Verantwortung beim Wirtschaften. Sie will die politischen und ökonomischen Akteure von Scheuklappen befreien, die sie auf ihren gewohnten Wachstumspfaden gar nicht mehr bemerken oder verdrängen. Die so lebensfern erscheinende Kritik des Wachstums ist durchaus lebensnäher und zukunftsfähiger als das handfest normale Wachstumsstreben, sofern sie die Risiken und Bedrohungen benennt, die die Wachstumsbefürworter trauntänzerisch ignorieren. Ernst Ulrich von Weizsäcker schrieb über die vorherrschende Politik: «Sie will unbedingt immer weiteres Wachstum und sieht das als Wählerauftrag an. Schließlich geht es um Arbeitsplätze und um die Finanzierung der Staatshaushalte und beides ist nur mit Wachstum zu haben. Aber genau dieses Wachstum ist der Haupttreiber der Klimaänderung, der Landzersiedlung, der Ressourcenplünderung. Diese Sorte Wachstum ist eindeutig nicht nachhaltig. Und wir wissen, dass das Dauerwachstum letzten Endes auch nicht dadurch nachhaltig wird, dass die Energie- und Ressourceneffizienz auf das fünffache gesteigert wird.» (von Weizsäcker 2010, 346)

Die naheliegende und nachvollziehbare Versuchung, in einem insgesamt relativ wirtschaftsschwachen Bundesland wie Brandenburg alle nur verfügbaren Wachstumspotenziale so lange wie möglich auszuschöpfen, ist Teil des vorherrschenden Wachstumsdenkens. Einer Wachstumsorientierung, die Fortschreibung der Braunkohleverstromung einschließt, liegen sicher auch eine historisch begründete Pfadabhängigkeit und kulturelle Wurzeln zugrunde. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist Wachstum in der Lausitz und in Brandenburg nicht ohne die Braunkohle zu denken. In der DDR wurden mehr als 80 Prozent der Elektroenergie aus der Braunkohle gewonnen. Zwei Drittel davon und der größte Teil der Briketts für die Hausheizung kamen aus der Lausitz. Die Folgen für die Umwelt waren katastrophal. Aber der Stolz der Bergleute in der Braunkohle lebt auch heute. Unter den relevanten Akteuren halten die Brandenburger IG Bergbau, Chemie, Energie und auch der DGB an der Kohle fest.

Die Bergbautradition ist in vielen Vereinen und in der Volkskunst kulturell verankert. Und solange die Menschen zwar punktuell das Entstehen neuer nachhaltiger Arbeitsplätze erleben – etwa im Rotorblattwerk Vestas in Lauchhammer und beim Stahlbetonbauer Stag Anlagenbau in Finsterwalde –, aber nach anderen schlechten Erfahrungen das Wegbrechen von Beschäftigung ohne begründete Aussicht auf neue Arbeitsplätze fürchten, gibt es auch Rückhalt für eine Landespolitik, die sich zwar dem Vorrang für erneuerbare Energien verpflichtet fühlt, sich aber doch nicht radikal von der Kohleverstromung abwendet. Harald Welzer vermerkt, dass gegen solche auch mentale Verhaftung am Hergebrachten «nicht mit technoiden Hilfskonstruktionen wie ‹carbon footprint›, ‹virtuellem Wasser›, ‹ökologischem Rucksack›» anzugehen sei. «Woran es fehlt, ist eine Vision, die emotional und identitätssträchtig ist, eine Formulierung der Frage, wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte.» (Welzer 2011, 40) Es fehlt aber auch eine überzeugende Transformationsstrategie für die Prozesse auf den Wegen zu großen Zielen.

Der Beschluss der Landesregierung über «Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie», die Mitte 2012 im Entwurf vorliegen soll, der Beschluss zur «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg», der «Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels» und andere umweltpolitische Konzepte sind naturgemäß nicht aus futurologischer Poesie gestrickt. Sie tragen den Stempel spezifischen Fachwissens, und das ist unverzichtbar. Allerdings sind die meisten dieser Papiere nebeneinander entstanden und ohne die Verknüpfung mit der Arbeit an einer Vision, von der Welzer schreibt.

Ein «Leitbild Hauptstadt Region Berlin-Brandenburg» aus dem Jahr 2006, entstanden unter der Federführung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg, ähnelt allenfalls einer kurz gefassten Werbebroschüre. Als anspruchsvolleres Leitbild hat die Brandenburger Fraktion der Linkspartei ihren Entwurf «Unsre Heimat ... Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen» verfasst. Es enthält viele anregende Zukunftsvorstellungen, aber keine packende Darstellung offener Probleme und daher kaum die Chance emotionaler Aufnahme von Lösungsvorschlägen oder Suchrichtungen. An erster Stelle der Betonung von Defiziten rangiert die Klage über unzureichendes Wirtschaftswachstum in Brandenburg – wohl kaum ein visionärer Ansatz (Fraktion DIE LINKE Brandenburg, o.J., 13). Die gegenwärtige Arbeit in der Brandenburger Linkspartei an einem neuen Leitbild der Landesentwicklung wird diese Schwächen hoffentlich überwinden.

Für das Festhalten an jedem möglichen, noch dazu in Brandenburg stark mit der Braunkohle verbundenen Wachstumspotenzial mag auch ins Feld geführt werden, dass für Deutschland insgesamt der Abschied von der vorherrschenden Zentralität des Wachstums auch um den Preis des Rückbaus wichtiger, jedoch umweltzerstörender Branchen notwendig sein mag, für Brandenburg und andere ostdeutsche Länder aber vorerst eher ein stärkeres Wachstum gefördert werden sollte, um die Abhängigkeit von Finanztransfers aus den alten Bundesländern zu überwinden und um der zu erwartende Verringerung der Brandenburger Haushaltseinnahmen um 20 Prozent bis 2020 entgegenzuwirken. Der Export von Braunkohlestrom ließe sich als wichtiger Beitrag zur eigenständigen Entwicklung des Landes auffassen, in deren Folge die endogenen Ressourcen einer ressourcenschonenderen Wirtschaft erst geschaffen werden.

Die Wachstumsorientierung durchzieht denn auch die meisten wirtschaftspolitischen Regierungsdokumente. Die Wirtschaftsförderung im Land läuft unter dem Motto «Stärken stärken – Wachstum fördern». (Decision Institute/ifo-Institut 2010) In einer Information an die Landesregierung zur Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik wird eine Fokussierung auf die Regionalen Wachstumskerne, auf eine Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern unter anderem nach dem Maßstab guter Wachstumsperspektiven, der Tauglichkeit als Beschleunigungsfaktoren und als Wachstumstreiber begründet. Wachstumskritische Theoretiker sollten verstehen, dass ein Bundesland mit der Aussicht auf eine Verringerung der Einnahmen für die öffentlichen Haushalte um ein Fünftel alle Wachstumspotenziale auszuschöpfen trachtet. Problematisch wird es aber, wenn ökologische Aspekte in diesem wie in anderen Materialien zur strategischen Wirtschaftspolitik nur ganz am Rande erscheinen (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2011a).

In den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für nachhaltige Entwicklung zu den Eckpunkten der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg wird dagegen ein Konzept nachhaltiger Entwicklung dargestellt, für das nicht das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Maßstab ist, sondern lebenswerte Zukünfte, Vorreiterpositionen im Umgang mit dem Klimawandel, Umweltfreundlichkeit, gesicherte Daseinsvorsorge, insbesondere sozial gleicher Zugang zu Bildung für alle, gute Arbeit und umfassende Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Dem müsse eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur des Landes entsprechen, in welcher Braunkohle kein Energieträger ist (Beirat für Nachhaltige Entwicklung 2010, 7). Die einzelnen Sektorpolitiken müssten ihre Entscheidungen ausdrücklich in den Kontext des Leitbildes Nachhaltigkeit stellen und durch Projekte und Aktionen konkret erfahrbar machen (ebenda, 17).

In seinem Referat auf der Tagung der Landtagsfraktion DIE LINKE «Mehr Nachhaltigkeit für Brandenburg» am 25. März 2011 betonte der Vorsitzende des Beirats für Nachhaltigkeit beim Umweltministerium neben vielen wertvollen konzeptionellen Überlegungen zum Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem allerdings, dass im Mittelpunkt nachhaltiger Entwicklung die Wirtschaft stehe, denn die notwendigen Schritte zur Nachhaltigkeit müssten sich rechnen. Selbst in das Plädoyer des Beirats für Nachhaltigkeit schiebt er sich hinein: der Geist des Kapitalismus, der Geist der Rechenhaftigkeit! Gewiss ist richtig, dass ohne ökonomische Effizienz die Zukunftsaufgaben nicht finanzierbar sind. Aber die Diskussion über die Veränderung der Maßstäbe für eine nachhaltige Entwicklung, die weit über Kostensenkung und Rentabilität hinausgehen, deutet darauf hin, dass ein neues Gleichgewicht zwischen ökonomischer Rentabilität und sozialen, ökologischen sowie kulturellen Kriterien von Lebensqualität gefunden werden muss.

In verschiedenen Materialien des Umweltministeriums wird der Zusammenhang von Wirtschaft und Umwelt deutlich hervorgehoben. Beispielsweise ist in der Vereinbarung «Umweltpartnerschaft Brandenburg» unter anderem festgelegt: «Die Landesregierung wird ihre wirtschafts-, umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente stärker auf Belange des umweltbewussten Wirtschaftens beziehungsweise der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Umwelttechnologien ausrichten.» (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2010, 7) Aber der Wirtschaftsminister betrachtet in eben dieser Publikation zur «Umweltpartnerschaft» die «anstehenden Aufgaben des

ökologischen Umbaus der Wirtschaft zur langfristigen Sicherung von Wachstum und Beschäftigung» (ebenda, 9), wie diese Formulierung deutlich macht, vor allem als Teil einer Strategie zur Förderung des Wirtschaftswachstums.

In der Brandenburger LINKEN werden solche Probleme und Widersprüche meist nicht ausdrücklich benannt, die beispielsweise schon in dem Untertitel der Vereinbarung «Umweltpartnerschaft Brandenburg» stecken: «Gemeinsam für Wachstum und Nachhaltigkeit». Unterschiedliche Standpunkte dazu existieren trotz des Wirkens einer Arbeitsgruppe zur interministeriellen Koordinierung von Ansätzen zu nachhaltiger Politik bei einem Staatssekretär der Umweltministerin unvermittelt nebeneinander. Festzuhalten ist, dass sich in Brandenburg Formen des Dialogs und der Verständigung zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen und jeweils eigenen Funktionen in verschiedenen Handlungsfeldern herausbilden, deren Gegenstand eine nachhaltige Entwicklung ist. Die Nachhaltigkeitstagung vom 25. März 2011, in der sich die Umweltministerin und Angehörige der Fraktion DIE LINKE mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, des Städte- und Gemeindebundes, des BUND Brandenburg, von Brandenburg 21 e. V., der Brandenburger Arbeitsgemeinschaft für Natur und Umweltbildung, des DGB und des Landesbauernverbandes berieten, war einer dieser Dialogansätze. Dazu gehören auch Tagungen, Workshops wie die Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Nach der Braunkohle» und beispielsweise ein Beirat beim Wirtschaftsministerium unter Beteiligung von Bürgerinitiativen.

Diesem Prozess ist große Bedeutung beizumessen, weil er zur Lösung eines der größten Probleme des sozialökologischen Umbaus, zur Überwindung von Fragmentierungen innerhalb der pluralen Linken und zur Herausbildung von Bündnissen auch mit Kräften beitragen kann, die ebenso Interesse an Wachstum und Unternehmensgewinnen wie daran haben, die Umwelt zu erhalten. Die Fortsetzung dieses Prozesses bedarf sicher oft deutlicherer Benennung der umstrittenen tiefer liegenden Probleme.

Zu diesen Problemen gehört – so die hier vertretene Auffassung – die in Brandenburg trotz der besonders stark verfolgten Nachhaltigkeitspolitik wirkende Bindung an unzureichend hinterfragtes Wachstum. Beispielsweise wurde in der «Energierategie 2020 des Landes Brandenburg» aus dem Jahr 2008 auf die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch gesetzt (Energierategie 2020 2008, 5). Dies ermögliche nach verbreiteten Hoffnungen ein qualitatives Wachstum. Die Autoren der Wuppertal-Studie «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» schreiben über diese Selbsttäuschung: «An Begriffen wie qualitatives und nachhaltiges Wachstum zeigt sich das Bemühen, die Quadratur des Kreises zu schaffen, nämlich Wachstum und Zukunftsfähigkeit miteinander zu versöhnen.» (Wuppertal Institut 2008, 92) «Eine absolute Entkopplung – also eindeutig geringerer Ressourcenverbrauch als gegenwärtig – ist in einem Land wie Deutschland auf Dauer wahrscheinlich nicht mit erheblichem Wirtschaftswachstum vereinbar.» Und: «Es wäre tollkühn, nur auf das unbekanntes Potenzial von Entkopplung zu vertrauen.» (Ebenda: 109) Das Wachstum des BIP würde nämlich die durch Steigung der Ressourceneffizienz und durch sparsamen Verbrauch erreichbaren Senkungen des Ressourcenaufwandes wieder auffressen (rebound effect) (Klein 2011, 1 f.). Auf endlichen Ressourcen und Senken kann nicht unendliches Wachstum gründen.

Aber selbst wenn am Wachstum als zunehmende Wertschöpfung festgehalten werden sollte, spricht auch dies nicht für eine zu lange Braunkohleverstromung. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat im Auftrag von Greenpeace eine Studie zur möglichen Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung durch die erneuerbaren Energien in Brandenburg vorgelegt. Unter der Voraussetzung, dass die Durchsetzung regenerierbarer Energien nicht durch einen verzögerten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gehemmt wird, erwarten die Verfasser der Studie für 2030 eine Verdopplung der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien auf 1,25 Milliarden Euro und ein Anwachsen der Steuereinnahmen aus dem Bereich der regenerierbaren Energien auf 190 Millionen Euro. Die Beschäftigung in diesem Feld könnte von gegenwärtig 11.500 auf mehr als 19.000 Arbeitsplätze ansteigen (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 2012, 14 ff.). Während eines Schubes intensivster Förderung der regenerierbaren Energien und anderer Greentech-Branchen sowie konzentrierter Anstrengungen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz wird das Wachstum dieser Bereiche sogar mit nachhaltiger Entwicklung verträglich sein, wenn die umweltbelastenden Branchen schnell genug zurückgebaut werden.

Auf solche Weise können die industrialisierten Länder für die Zeit konzentrierter grüner Investitionen den Übergang zu einer künftigen nachhaltigen Entwicklung ohne nennenswertes Wachstum abfedern. Der globale Süden wird zur Überwindung von Armut und Hunger ganz gewiss vorläufig auch noch ein Wachstum der Wirtschaft brauchen.

Deshalb gilt für die industrialisierten Länder erst recht, dass sie langfristig durch Verzicht auf herkömmliches Wachstum den Umweltraum für Mehrverbrauch in den heute noch armen Ländern freimachen müssen. Der schwer einzulösende Verzicht auf eigene Wachstumschancen wird zu einer neuen Dimension internationaler Solidarität und zur Bedingung für *just transition*, für einen gerechten Übergang zu nachhaltiger Entwicklung im globalen Maßstab. Dies schließt ein Element des «umwegigen Eigennutzes» (Georg Vobruba) durchaus ein. Denn Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern setzt dort Grenzen für Klima- und Umweltschutz, sodass die daraus resultierenden Störungen ökologischer Gleichgewichte und der Umweltdienste der Natur auf die westliche Welt zurückschlagen.

Europa und die Bundesrepublik, eingeschlossen das Land Brandenburg, werden der Auseinandersetzung um die Perspektive eines neuen Wohlfahrtstyps ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum nicht ausweichen können. Das schließt neue große Herausforderungen auch für die Landesentwicklung Brandenburgs ein: erstens die Veränderung von Eigentumsstrukturen, zweitens den Wandel der Lebensweisen und kultureller Orientierungen, drittens den Übergang zu einer neuen Regulationsweise und viertens die Stärkung partizipativer Demokratie.

## 2.1 Wandel von Eigentumsstrukturen

Die große Transformation von vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus vollzog sich als Übergang zur Dominanz privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse. Auf ihrer Grundlage peitschte die Marktkonkurrenz um höchstmögliche Profite das Wirtschaftswachstum mit zuvor nie gekannter Wucht voran. Mit der wachsenden Arbeitsproduktivität konnten dem Kapitalismus beachtliche Steigerungen des Lebensstandards auch der Lohnabhängigen in der westlichen Welt abgerungen werden. Doch dies beruhte nicht zuletzt auf einer solchen Ausbeutung der Natur, dass in der jüngeren Zeit die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums zunehmend mit einer massiven Zerstörung der natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit bezahlt wird.

Auch in der brandenburgischen Energiewirtschaft überwiegt privates Kapitaleigentum. Die nachfolgenden Angaben zu den Eigentumsverhältnissen in der Brandenburger Energiewirtschaft stützen sich auf eine Studie aus dem Leibniz-Institut für regionale Entwicklung und Strukturplanung (IRS) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Becker/Gailing/Naumann 2012). In der Erzeugung von Energie ist der Vattenfall-Konzern der absolut dominierende Eigentümer. E.on, vertreten durch das Tochterunternehmen E.on edis, und RWE sind die Haupteigentümer des größten Teils der Netze in Brandenburg. Vattenfall hat sich bis auf Minderheitsbeteiligungen in Brandenburg/Havel und in Forst/Lausitz aus dem Netzbetrieb und der Energieversorgung zurückgezogen. Weitere große überregionale Kapitaleigentümer im Energiebereich sind die envia Mitteldeutschland GmbH mit Hauptsitz in Chemnitz, die französische GDF Suez, das russische Gazprom-Unternehmen und die von der Berliner GASAG gegründete EMB Energie Mark Brandenburg. E.on edis, RWE und die envia Mitteldeutschland sind Eigentümer an Netzen und Versorgungsunternehmen in allen Brandenburger Landkreisen mit Ausnahme der Prignitz oder halten dort Beteiligungen. Energiekonzerne und andere private Investoren sind an etwa dreiviertel der lokalen Energieversorgungsunternehmen beteiligt.

Allerdings hat die Mehrzahl der Brandenburger Städte auch nach der Privatisierung von vormals kommunalen Energieunternehmen eine Sperrminorität von mindestens 25,1 Prozent behalten. Vor allem in kleinen und mittelgroßen Städten existieren reine kommunale Unternehmen ohne private Kapitalbeteiligungen. In einer Reihe von Kommunen vollziehen sich als Gegenbewegung zu den Privatisierungsprozessen Re-Kommunalisierungen. Die Zurückführung von Dienstleistungen, Anlagen und Einrichtungen in kommunale Trägerschaft geschieht in unterschiedlichen Formen.

### Formen von Rekommunalisierungen in Brandenburg

- a) Integration eines neuen Netzes in bestehende kommunale Netzstrukturen (Bernau, Luckau, Schwedt (Oder))
- b) Integration eines neuen EVU in bereits bestehende Stadtwerke (Eisenhüttenstadt, Guben, Prenzlau)
- c) Neugründung eines kommunalen EVU (geplant: Kleinmachnow, Wandlitz, gescheitert: Schöneiche, Teltow)
- d) Neugründung eines Netzbetreibers durch Übernahme von Netzkonzessionen (Hennigsdorf, Kyritz, Oranienburg, gescheitert: Blankenfelde)
- e) Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen (Oranienburg, Wittenberge, geplant: Dallgow-Döberitz/Wustermark/Brieselang)

Quelle: Keppler/Nölting/Schröder 2011, 38

Becker, Gailing und Naumann weisen in ihrer Studie «Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften» auf widersprüchliche Tendenzen in der Geschäftspolitik kommunaler Energieunternehmen in der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft hin. Einerseits ist der Druck der privaten Kapitalakteure so groß, dass die kommunalen und regionalen Energieversorgungsunternehmen ihr Geschäftsgebaren dem der Privatunternehmer angleichen. Dies ist eine Herausforderung für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, für die Gewerkschaften und andere linke Akteure, die Vorzüge des öffentlichen Eigentums beispielsweise bei der sozialen Preisgestaltung für Leistungen, in den Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen für die Beschäftigten, durch die Beachtung spezifischer kommunaler Interessen – zum Beispiel durch die Querfinanzierung sozialer Projekte – auch real zur Geltung zu bringen. Andererseits treiben die Stadtwerke und lokalen Energieversorgungsunternehmen die ökologische Modernisierung durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und durch Investitionen in erneuerbare Energien voran. Zum Ausgleich ihrer schwächeren Positionen im Vergleich zu den großen Privatunternehmen entwickeln kommunale Energieversorger mit Erfolg Kooperationsbeziehungen untereinander.

Trotz solcher Gegentendenzen auf kommunaler Ebene zu Liberalisierung und Privatisierung in der Brandenburger Energiewirtschaft, trotz neuer bürgernahe Formen der Energiegewinnung aus regenerierbaren Energiequellen dominieren doch insgesamt Privatunternehmen. Die im hier vorliegenden Beitrag entwickelten Vorstellungen über sozialökologische Transformationsschritte im Energiesektor Brandenburgs (Abschnitte 4 und 5) schließen jedoch die Förderung kleiner und mittlerer Privatunternehmen durchaus ein. Aber das Festhalten der Energiekonzerne an Kohle und Kernenergie und ihre zentralistische Struktur erschweren eine ausgeprägt soziale Bewältigung der Energiewende, eine demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an ihr und ihre Verknüpfung mit lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen – ganz zu schweigen von der Rolle der Öl- und Gasmultis, der Atom- und Kohlewirtschaft bei der Aneignung von Ressourcen in der Dritten Welt zu deren Nachteil und mit häufig verheerenden Folgen für die natürlichen Lebensgrundlagen dort.

Sozialökologische Transformationsprozesse in Brandenburg bedürfen daher der Verknüpfung mit Schritten auf der Bundes- und europäischen Ebene zur demokratischen Kontrolle des Finanzkapitals und der Energiekonzerne und zur Einschränkung von Oligopolmacht in diesen beiden mit der Finanzkrise und der Umweltzerstörung in besonderem Maße ursächlich verbundenen Sektoren.

Komplementär dazu sind milliardenschwere öffentliche Investitionsprogramme in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien auf der Grundlage von öffentlichem bzw. kommunalem und gemischtem Eigentum und zur Förderung der öffentlichen Daseinsvorsorge erforderlich.

Vor allem fällt dies dem Bund und der EU zu, die Hunderte Milliarden Euro für Bankenrettungsschirme aufzubringen vermochten. Die Europäische Zentralbank hat allein vom Dezember 2011 bis Februar 2012 rund eine Billion Euro zum Zinssatz von nur einem Prozent in den Geldumlauf geschleust und den Banken damit ermöglicht, zugunsten ihres Profits verschuldeten Staaten zu weit höheren Zinsen Kredite einzuräumen. Eine demokratische Energiewende für dringlichen Klimaschutz sollte als entschieden solideres Anlagefeld gelten.

Kurz, eine nachhaltige Entwicklung, die noch im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften verläuft, aber schon durch den Übergang zu einer demokratischen sozialökologischen Reformalternative gekennzeichnet wäre, erfordert einen neuen Mix von Eigentumsformen. Neben der Fortexistenz von Kapitaleigentum müssen solche Eigentumsformen gestärkt werden, die ohne Profitzwänge geeignet sind, die ökonomische Entwicklung mit der Schonung der Biosphäre, mit gerechter Verteilung von guter Arbeit, mit menschenwürdigen Einkommen, sozialer Sicherheit, Wirtschaftsdemokratie und Selbstbestimmung der Einzelnen zu verbinden. Auf der Länderebene allein ist dies kaum zu erreichen. Umso dringlicher ist aber die Verpflichtung, das Mögliche auf dieser Ebene voll auszuschöpfen. Dabei ist mittlerweile eine Fülle neuer oder revitalisierter Eigentumsformen entstanden, die für bürgernahe, soziale und demokratische Alternativen stehen.

Der Rückzug des Vattenfall-Konzerns von dem ursprünglich geplanten CCS-Demonstrationskraftwerk in Jänschwalde verweist darauf, dass es möglich ist, die Verfügung auch über Konzerneigentum unter starkem Druck von Gegenmächten in einem Bundesland umweltwirksam einzuschränken oder ihre Richtung zu beeinflussen.

Das dezentrale Vorkommen regenerativer Energien begünstigt die Errichtung kleiner und mittlerer Anlagen der Energieerzeugung auf der Grundlage von bürgernäheren Eigentumsverhältnissen (vgl. Abschnitt 3 und 4.1). Sie können die Gestalt von Trägervereinen örtlicher Anlagen annehmen, die von den Bürgern mitfinanziert werden, oft in der Kombination mit Anteilen der Kommunen. Andere Eigentumsformen sind Energiegenossenschaften, Stadtwerke in kommunaler Hand, gemeinnützige Unternehmen mit Bürgerbeteiligung und Private-Public-Unternehmen. In allen Eigentumsformen kommt es darauf an, durch weitgehende Mitbestimmung der beteiligten und betroffenen Akteure und demokratische Kontrolle die Verpflichtung der Unternehmen auf sozialökologische Ziele zu garantieren. Das ist auch durch die Bindung örtlicher Privatunternehmen an kommunale und regionale gemeinnützige Ziele möglich, beispielsweise durch die Bedingungen öffentlicher Auftragsvergabe.

Die Förderung von Energieprojekten kleiner Unternehmen, von Kleinstunternehmen, Bürgeranlagen und von regionalen Kooperationen bzw. Unternehmensnetzwerken zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz durch die Landesregierung liegt auf der Linie einer Stärkung dezentraler Eigentumsformen, ist aber bisher mehr auf die Förderung von kleinen Privatunternehmen als auf gemeinschaftliches Eigentum orientiert.

Zentrale Bedeutung für einen sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kommt der Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und der Rücknahme ihrer Privatisierung zu. In künftigen nachhaltigen Lebensweisen wird sozialer Sicherheit, der Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur und dem zahlungslosen oder kostengünstigen Zugang zur Versorgungsinfrastruktur sicher ein erst-rangiges Gewicht zukommen. Die sozial gleiche Teilhabe an diesen Bedingungen der Individualität-entfaltung ist nur durch öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren und ist unverzichtbar als positives Gegengewicht zu ressourcenintensivem individuellem Konsum.

Deshalb ist hervorzuheben, dass in wichtigen Strategiepapieren der Landesregierung, zum Beispiel in der Koalitionsvereinbarung von 2009 und im «Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg» von 2006, die Notwendigkeit öffentlicher Daseinsvorsorge und entsprechend vorausschauender, ortsspezifischer und bedarfsgerechter Infrastrukturpolitik betont wird. In den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Nachhaltige Entwicklung zu Eckpunkten der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs wird eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge als ein Handlungsschwerpunkt der rot-roten Landesregierung hervorgehoben. Dort wird aber auch auf spezifische, gegenwärtig nicht bewältigte Probleme verwiesen, die in einer neuen Weise bearbeitet werden müssen. Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, Deindustrialisierungsprozesse neben der Stabilisierung von Wirtschaftszentren und die Knappheit der öffentlichen Finanzen stellen den Erhalt bestehender Infrastrukturen infrage. Das berührt die Sicherung ärztlicher Versorgung in ländlich-peripheren Räumen, wo immer weniger, aber zunehmend ältere Menschen leben, die Schul- und Berufsausbildung bei immer längeren Schulwegen, den Schutz der Wasserressourcen bei zunehmender Trockenheit in Brandenburg und eine Mobilität für alle Teile der Bevölkerung bei sinkenden Staatseinnahmen (Wissenschaftlicher Beirat 2010, 9). Der Beirat vertritt zur öffentlichen Daseinsvorsorge die Auffassung, «dass die bisherige Landespolitik ... aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung zu kurz greift und den genannten Herausforderungen nur bedingt gerecht wird» (ebenda, 10).

## **2.2 Wandel von Lebensweisen und kulturellen Orientierungen**

In der Energiestrategie des Landes Brandenburg wird bis zum Jahr 2023 eine Minderung des Endenergieverbrauchs um etwa 23 Prozent gegenüber 2007 angestrebt. Das liest sich ganz unspektakulär. Tatsächlich stecken jedoch in solchen nüchternen Zielsetzungen, zumal wenn sie bei Gelegenheit von Zwischenbilanzen zur Energiestrategie noch höher anzusetzen wären, entschieden mehr als nur technische Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs beispielsweise von Kühlschränken.

In jedem Konsumgut ist Energieaufwand enthalten. Aber jenseits eines Konsumstandards, der in der westlichen Welt irgendwann in den 1970er Jahren für große Teile der Bevölkerung erreicht war, hat eine Erhöhung des materiellen Konsums nach den Befunden der Glücksforschung die Lebenszufriedenheit der Mehrheit nicht mehr oder nicht dauerhaft erhöht (Wilkinson/Pickett 2010, Layard 2009). In einer künftigen Ökonomie der Sorge für den Menschen, in einer Care Economy, werden deshalb wohl solidarische zwischenmenschliche Beziehungen, Freundschaft und Liebe, Anerkennung aufgrund von menschlichen Qualitäten statt nach Besitzmaßstäben, soziale Sicherheit, Teilhabe an allen gewünschten Seiten des kulturellen Lebens und Chancen der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung weit größere Bedeutung als heute gewinnen. Was als eher technische Aufgabe daherkommt, als Senkung des Energieverbrauchs, ist nur als Teil einschneidender Veränderungen unserer Lebensweisen zu haben. Energierevolution und Umwälzung der Lebensweisen sind voneinander nicht zu trennen. Die Energiewende korrespondiert, soll sie mit der notwendigen Radikalität gelingen, mit nicht weniger als einer kulturellen Revolution. Sie bedeutet Abschied vom Prestigekonsum und beispielsweise Zuwendung zu einer neuen Mobilität, in deren Zentrum nicht mehr allein das Auto steht. Aber um das Auto herum ist ein entscheidender Teil der gesamten gegenwärtigen Infrastrukturen gebaut. Es bestimmt das Gesicht der Städte und vermittelt in hohem Maße die räumlichen Beziehungen zwischen Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Kulturstätten. Mehr noch, das Auto ist Lebensstil. «Sind wir Auto?» (Brie 2009). Und das Auto hängt am Fossilismus. Allgemeiner formuliert, die westlichen Lebensweisen sind gebunden an einen Wachstumswahn, der längst ein zwanghaftes Streben nach immer mehr und mehr und die Einstellungen zu Arbeit und Muße prägt. «Ihr in Europa habt die Uhr, wir in Afrika haben die Zeit.» So lautet eine Aussage von Afrikanern über die Europäer (Töpfer/Yogeshwar 2011, 160). Wachstumszwänge bestimmen den Leistungsdruck schon im Kindesalter und die Lebensmaßstäbe lebenslang. «Jeder Tag ist gewissermaßen Bilanz- und Gerichtstag und wird gemustert nach seinem Ertrag», zitiert Harald Welzer Joseph Vogls Überlegungen (Welzer 2011, 19). Die Energiewende rührt an das innere Universum des Menschen in der Moderne.

Eine «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg» wird daher nur als Bestandteil einer erneuerten Landesentwicklungskonzeption mit einem weiten soziokulturellen Horizont volle Orientierungskraft gewinnen können. Nur dann, wenn es gelingt, einen öffentlichen Diskurs dazu zustande zu bringen, der den Verstand großer Teile der Bevölkerung und ihr emotional verankertes Alltagshandeln zugleich erreicht. Nicht allein durch ihre Wirkung auf die Beschäftigung greift eine Energiewende in die alltägliche Lebenswelt der Brandenburgerinnen und Brandenburger ein. Sie betrifft die Gesamtheit ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse, Werte, Handlungsnormen und Alltagspraktiken. Wird sie von den Politikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren Brandenburgs so verstanden und kommuniziert? Müsste DIE LINKE nicht mit solchem Verständnis weit erkennbarer im öffentlichen Diskurs hervortreten?

## 2.3 Wandel der Regulationsweise

Es liegt auf der Hand, dass ein so umwälzender wirtschaftlicher Strukturwandel wie eine solare Energierevolution, die erhebliche Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und der einschneidende Wandel zu nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen auch Veränderungen der Regulationsweise erfordern. Dringlich wird die Überwindung der Profitdominanz im Zentrum der gegenwärtigen Regulationsweise. Notwendig wird der Übergang zu einer politischen Steuerung und Planung bei starker zivilgesellschaftlicher Teilhabe, die mit dem Übergewicht der Finanzmärkte bricht, die stofflichen Strukturen der Reproduktion sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft und dem Wachstum derartige Grenzen setzt, dass der Ressourcenverbrauch in den Industrieländern bis 2050 auf ein Zehntel im Vergleich zu 1990 gesenkt werden kann! Die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben einschließlich der Kosten einer sozialökologischen Transformation muss durch eine neue Regulation, durch Umverteilung von Vermögen und Eigentum abgekoppelt werden von Profitdominanz und Wachstumszwang. Dies ist eine Herausforderung, die weiter als Umverteilung im Rahmen des klassischen Sozialstaats reicht. Für eine Landesregierung ist dabei die Frage, wie sie unter bundesweiten und europäischen Rahmenbedingungen, die sie nicht oder nur wenig beeinflussen kann, zur Einleitung einer solchen Transformation beitragen kann.

Eine neue Regulationsweise muss drei ihrer Natur nach verschiedene Regulationsmodi verbinden, ohne dabei deren jeweilige Vorzüge zu unterdrücken: 1. die politische Regulation durch den Staat, 2. die Marktregulation und 3. die Regulation durch die Alltagspraxen der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebenswelten. Jeder dieser Regulationsmodi muss selbst wieder umfassend demokratisiert werden, wenn auch auf je unterschiedliche Weise.

Der Übergang zu einer solchen neuen Regulationsweise ist gewiss nicht allein im Rahmen von Bundesländern zu erreichen. Zu prüfen ist jedoch durch die Akteure in Brandenburg, wieweit die Handlungsmöglichkeiten auf der Landesebene zur Veränderung der Regulationsweise bisher ausgeschöpft werden. Der hier vorgelegte Beitrag vermag dies nicht zu leisten. Er kann das Problem nur exemplarisch beleuchten, beispielsweise durch einen Blick auf die Förderpolitik.

Die Landesregierung und im Besonderen das Wirtschaftsministerium nehmen auf die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur unter anderem regulierenden Einfluss, indem sie ihre Förderpolitik auf 15 regionale Wachstumskerne, auf 14 Branchenkompetenzfelder und auf die Querschnittsbranche Mikroelektronik konzentrieren. Insgesamt wurden im Jahr 2009 für die Wirtschaftsförderung 370 Millionen Euro Landesfördermittel, das heißt rund 3,6 Prozent der Ausgaben des Landeshaushalts eingesetzt. Diese Zahlen machen deutlich, wie gering die direkte Steuerungsfähigkeit der Landesregierung ist, misst man sie am Einsatz von Haushaltsmitteln. Die höchsten Förderanteile flossen im Zeitraum 2005 bis 2009 in die Branchenkompetenzfelder Biotechnologie/Life Science, Metall (Metallerzeugung und -verarbeitung, Mechatronik) und Mikroelektronik einschließlich der Solarwirtschaft. Die Energieförderung liegt mit einem Einsatz von 36,4 Millionen Euro erst auf Platz sieben in der Rangliste der Förderung. Entscheidend für die Förderung der erneuerbaren Energien ist die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz geregelte Einspeisevergütung für erneuerbare Energien.

Das Decision Institute Berlin und das ifo-Institut Dresden stellen im Rahmen ihrer Evaluierung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg drei Szenarien zur Effektivierung der Förderpolitik dar. In einem der Szenarien wird vorgeschlagen, die 14 Branchenkompetenzfelder zu sieben Feldern zusammenzufassen, durch ein branchenübergreifendes Querschnittsthema «Clean Tech/Green Economy» zu erweitern und insgesamt die Branchenstrategien in Richtung einer ökologischen Industriepolitik weiterzuentwickeln (Decision Institute/ifo-Institut Dresden 2011, 8, 124 ff.). Die Fördermittelvergabe sollte stärker in Abhängigkeit von klar definierten Nachhaltigkeitskriterien erfolgen (ebenda, 126).

Aus diesen Empfehlungen ist – zurückhaltend formuliert – zu entnehmen, dass die gegenwärtige Ausgestaltung der Regulationsweise in Brandenburg noch erhebliche Reserven für deren ökologische Profilierung birgt – auch und gerade im Sinne einer verantwortungsbewussten Politik der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts.

Dieser Eindruck könnte auch aus der Benennung der Maßstäbe gewonnen werden, nach denen die gegenwärtigen Branchenkompetenzfelder zu Clustern weiterentwickelt werden sollen. Als solche Kriterien werden vom Wirtschaftsministerium genannt:

- das Vorhandensein einer kritischen Masse,
- eine überdurchschnittliche Entwicklung in den letzten Jahren,
- überdurchschnittlich gute Wachstumsperspektiven,
- intensive Kooperation der Unternehmen (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten 2011a, 2).

Dies sind naheliegende Kriterien. Aber Potenziale zur Erschließung erneuerbarer Ressourcen und zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz werden zumindest nach dieser Quelle und nach der Auskunft von befragten Parlamentariern nicht ausdrücklich als eigenständige und wichtige Entscheidungskriterien für die Auswahl von Branchenkompetenzfeldern und Clustern berücksichtigt.

Dem Charakter der evaluierenden Institute entsprechend wird im Bericht des Decision Institute und des ifo-Instituts Dresden über die Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg auch ein anderes Problem der Regulationsweise nur angedeutet. Es wird festgestellt, dass im Jahr 2009 76,8 Prozent des staatlichen Fördervolumens als Zuschüsse an Unternehmen gingen. Nur 2,6 Prozent wurden als Beteiligungen vergeben. Daraus könnte kritisch auf eine starke Marktlastigkeit, auf eine vorrangige Stärkung privater Eigentumsformen und auf ein nur marginales Bestreben zur Ausweitung öffentlichen Miteigentums geschlossen werden. Die Institute schlagen vor, die Innovationsförderung durch staatliche Beteiligungen zu stärken, präferieren dabei allerdings temporäre und stille Beteiligungen (Decision Institute/ifo-Institut Dresden 2011, 9, 126 f.). Das Finanzministerium strebt an, einen größeren Anteil der Fördermittel in Gestalt revolvierender Fonds zu vergeben, um sie nach ihrem Rückfluss an neue Projekte vergeben zu können.

Hier ist die Frage festzuhalten, ob in der künftigen Regulationsweise die Fördermittelvergabe mit einer stärkeren Gewichtung von staatlichem Einfluss im Verhältnis zu privaten Unternehmen verbunden werden sollte.

## 2.4 Stärkung von Akzeptanz und Partizipation – Erneuerung der Demokratie

Die Landesregierung charakterisiert ihre Energiestrategie durch ein energiepolitisches Viereck aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Akzeptanz sowie Beteiligung. Das letzte Element wurde neu in das Gesamtkonzept einer Energiewende aufgenommen, wird in allen wichtigen Nachhaltigkeitskonzepten des Landes stark betont und ist in unterschiedlichen Formen institutionell verankert. Die Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den regionalen Planungsgemeinschaften, viele dörfliche Initiativen für erneuerbare Energien, aber ebenso der Widerstand gegen CCS und neue Braunkohletagebaue sind Formen der Bürgerbeteiligung an der Energiepolitik. Die Landesregierung hat erkannt, dass Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich nur dann realisiert werden können, wenn sie im öffentlichen Bewusstsein verankert werden.

Allerdings klagen Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen, dass es den staatlichen Apparaten oft mehr um die Gewinnung von Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für bereits beschlossene Regierungskonzepte als um frühzeitige Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung ginge. So zielte ein Teil der Kommunikation des Wirtschaftsministeriums mit Bürgerinitiativen auf die Gewinnung von Zustimmung zu CCS-Technologien und zur Erschließung neuer Kohletagebaue, während die Initiativen um Einfluss auf eine Ablehnung dieser Entwicklungen kämpften. Gegenwärtig zählt die Landesregierung zu den wichtigsten Kerndefiziten in der Umsetzung ihrer Energiestrategie die mangelnde Akzeptanz der Betroffenen vor Ort (Landesregierung 2010, 8). Damit ist zu einem großen Teil die Ablehnung von Windkraft- und Biogasanlagen sowie von Stromtrassen in der jeweils eigenen Umgebung gemeint. Auch in diesen Fällen sollte es vor allem um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsfindungen von Beginn an gehen, um durch ihren tieferen Einblick in die Problemsituationen die bestmögliche Lösung zu finden und so auch Akzeptanz für richtige Entscheidungen zu gewinnen (vgl. Abschnitt 4.3). Dies ist umso wichtiger, als Energiekonzerne und staatliche Bürokratien die Kritik an einem schleppenden Verlauf der Energiewende für die Forderung nutzen, die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger an Planungsverfahren im Namen einer Beschleunigung der Energiewende einzuschränken (Leitartikel FTD, 17.11.2011).

Akzeptanz in der Bevölkerung ist wichtig für die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Verwirklichung von Schritten, die als notwendig für eine sozialökologische Energiewende gelten dürfen. Dafür bedarf es aktiver Akzeptanz, nicht allein passiver Akzeptanz als Hinnehmen einer Politik von oben. Eine solche aktive Akzeptanz muss durch frühzeitige Bürgerbeteiligung schon an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen erworben werden.

Der Aufstieg der Piraten-Partei verweist darauf, dass es um weit mehr geht als um die Gewinnung von Akzeptanz für Schritte, die als Teil der Regierungspolitik bereits beschlossen wurden. Die Energiewende mit ihren besonders bürgernahen technischen Grundlagen, mit dezentralen Strukturen, die zu partizipativen Formen der Demokratie förmlich einladen und die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger an ihrer nächsten Umwelt direkt berühren, fordert wie kaum ein anderes Politikfeld

Transparenz, Offenheit und neue Beteiligungsverfahren heraus. Den Akteuren der Energiewende fällt die große Chance geradeswegs in den Schoß, kompetente Sachpolitik mit allen Möglichkeiten moderner Kommunikation zu verbinden, mit einem in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen geerdeten Politikstil, mit vertrauensvoller Offenlegung der ungelösten Probleme und des Für und Wider in den Entscheidungsprozessen. Die Energiewende hat ein weites Spektrum – von einer Verantwortung für die globalen Klimaverhältnisse bis zur zwischenmenschlichen Kultur, die jede und jeden Einzelnen als Partner in einem zukunftsentscheidenden Wandlungsprozess ernst nimmt.

Für die dringliche Erneuerung der LINKEN zeichnet sich als Perspektive ab, Sachpolitik zur Lösung konkreter Probleme strikt mit dem Maßstab sozialer Gerechtigkeit zu verbinden und die dabei zu bewältigenden Fragen transparent für alle zu kommunizieren.

Eine ausgewogene Beteiligung sowohl an Problembestimmungen, Zielsetzungen und Entscheidungen wie an der Umsetzung Arbeit zu erreichen, birgt in der Brandenburger Energiepolitik noch erhebliche Reserven für Energiedemokratie als Teilprozess umfassenderer Erneuerung der Demokratie (Keppler/Zöllner/Rau/Rupp 2011, 187-206, gegenstromberlin 2011).

### **3 Akteure der Energiepolitik**

Wie lange das Übergewicht des Fossilismus in der Wirtschaft von Ländern und Erdregionen andauern wird, wie schnell sich der Übergang zu einer Entwicklung auf der Grundlage der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und Energiesuffizienz vollziehen wird und ob es erst noch größerer Katastrophen als Katalysatoren der Energiewende bedarf, hängt von vielen Faktoren ab, in letzter Instanz aber vom Problembewusstsein der Akteure, von den Machtpotenzen der Handelnden und von dem Kräfteverhältnis zwischen den Beteiligten.

Dörte Ohlhorst nennt in einem Beitrag über das Lobbygeflecht in der Energiepolitik eine Vielzahl energiepolitischer Akteure. Zu den die Energiewende überwiegend hemmenden Akteuren zählt sie die großen Energieunternehmen, Hersteller konventioneller Technologien, den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), den Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) als stärkste Interessenvertretung der Energiekunden in Industrie und Gewerbe und vor allem in den energieintensiven Branchen, die IG Bergbau, Chemie und Energie und im Parteienspektrum CDU/CSU, FDP und auch die SPD mit traditioneller Nähe zur Kohle.

Zu den für die erneuerbaren Energien engagierten Akteuren rechnet Ohlhorst die meist kleinen und mittleren Unternehmen in den Branchen der regenerierbaren Energien (Windkraft, Biomasseverstromung, Fotovoltaik, Wasserkraft, Geothermie), private Betreiber, den Bundesverband Erneuerbare Energie e. V. (BEE) als Dachverband dieser Branchen mit einem Parlamentarischen Beirat aus Politikern aller Parteien, die European Renewable Energies Federation (EREF) als Dachverband für erneu-

erbare Energien auf europäischer Ebene, Teile des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagenbau (VDMA) mit Interessen zwischen konventioneller Wirtschaft und den erneuerbaren Energien sowie Stadtwerke. Schließlich verweist sie auf zivilgesellschaftliche Akteure wie Landwirte als Produzenten regenerativ erzeugten Stroms, Bürger als Träger von Bürgerwindparks und Eigenheimbesitzer, die ihren Solarstrom selbst erzeugen. Unter den Parteien ordnet sie die Grünen und DIE LINKE den Befürwortern alternativer Energiepolitik zu (Ohlhorst 2011, 73-95, bes. 76-82).

In dieser Aufzählung werden alternative Energie- und Klimabewegungen, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen nahezu vollständig ausgeblendet. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich auf Verbände, private Wirtschaftsakteure und die Bundesregierung. In dem hier vorliegenden Beitrag werden die Akzente anders gesetzt.

### **3.1 Die Landesregierung Brandenburg, das Wirtschafts- und das Umweltministerium**

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten Anteil an der Spitzenposition Brandenburgs in der Zuwendung zu einer nachhaltigen Energiepolitik. Allerdings verfolgen die Landesregierung, beide Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition und die CDU im Landtag einen Wachstumskurs, den der Wirtschaftsminister ausdrücklich auch auf die Verstromung der Braunkohle bezieht. Als sich bereits abzeichnete, dass andere Bundesländer an der im Entwurf der Bundesregierung für ein Kohlendioxid-Speicherungsgesetz vom 14. Februar 2011 vorgesehenen Möglichkeit festhalten, durch eigene Entscheidung die dauerhafte CO<sub>2</sub>-Speicherung in ihrem Hoheitsbereich auszuschließen, trat der Brandenburger Wirtschaftsminister im Bundesrat noch ausdrücklich für eine verpflichtende Gesetzesregelung zur Speicherung von CO<sub>2</sub> im ganzen Bundesgebiet ein. Der Landesparteitag der LINKEN hatte dagegen die im Widerstand Schleswig Holsteins und Niedersachsens gegen eine CO<sub>2</sub>-Speicherung liegende Chance zur Abkehr von der CO<sub>2</sub>-Endlagerung in der Erde festgehalten, als er in einem Beschluss vom 5. Mai 2011 ein CCS-Gesetz als «Lex Brandenburg» ablehnte. Einen Alleingang in dieser Frage hat auch Ministerpräsident Matthias Platzeck ausgeschlossen. Nachdem die Aussichten, die CCS-Technologie in Brandenburg perspektivisch im großen Maßstab einzusetzen, angesichts des wachsenden Widerstands in der Bevölkerung und der Ablehnung durch andere Bundesländer stark geschwunden sind, üben Bürgerinitiativen gegen neue Braunkohletagebaue, das Netzwerk «Klinger Runde» der von Abaggerung bedrohten Dörfer und Klimanetzwerke Druck aus, um die Landesregierung und den Vattenfall-Konzern zu Entscheidungen gegen weitere Tagebaue zu bewegen. Selbst der Vorstandschef von Vattenfall Europe, Tuomo Hatakka, sagte in einem Interview: «Kohleverstromung ist derzeit kein Wachstumsfeld». «Unsere Strategie ist klar: Ohne CCS werden wir keine neuen Kohlekraftwerke bauen – weder für Braunkohle noch für Steinkohle.» (neues deutschland, 20.10.2011) Aber Lars Göran Josefson, der Chef des Gesamtkonzerns Vattenfall, drängt als persönlicher Klimaschutzbeauftragter der Bundesregierung unter Nutzung massiver Lobbyarbeit auf deutscher und EU-Ebene in großen PR-Kampagnen auf grünes Licht für CCS,

um die Kohleverstromung zu verlängern. Die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und Verpresungstechnologie in anderen EU-Ländern könnte dem Konzern doch noch die Möglichkeit eröffnen, in Jänschwalde ein neues Kraftwerk auf dieser Basis zu bauen (vgl. Abschnitt 1.3).

Der brandenburgische Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister beziehen eine widersprüchliche, mindestens ambivalente Position zur Perspektive der Kohleverstromung. Nach der Vorlage einer Studie der Consultingfirma A. T. Kearney/Decision Institute für das Wirtschaftsministerium mit Vorschlägen zur Brandenburger Energiestrategie 2030 vom 15. November 2011 (A. T. Kearney/Decision Institute 2011) erklärte der Wirtschaftsminister schon vor weiteren Beratungen öffentlich, dass er unter den verschiedenen dort dargestellten Szenarien auch die Variante des Baus eines neuen Kraftwerks in Jänschwalde ohne CCS für möglich hielte. Das Netzwerk Grüne Liga antwortete auf die Studie mit einer scharfen Kritik an der nach ihrer Auffassung auf zweifelhaften Annahmen beruhenden kohlefreundlichen Tendenz der Aussagen und an der Aufgabe des beschlossenen CO<sub>2</sub>-Emissionsziels in allen dargestellten Szenarien ohne das Angebot von Alternativen (Grüne Liga 2011). Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Ziel der Begrenzung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei 22,8 Millionen Tonnen bis 2030 würde durch ein solches neues Kraftwerk mit Sicherheit verfehlt werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß könnte auf 39 Millionen Tonnen ansteigen. Das Umweltamt, das zum Umweltministerium gehört, lieferte ein Gutachten mit der gleichen Grundaussage, dass die Annahmen und Berechnungen der Consultingfirma nicht nachvollziehbar und nicht zu teilen seien, dass vielmehr lange vor 2050 ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung möglich und der Neubau eines Braunkohlekraftwerks nicht erforderlich seien (Landesamt 2011). Dies entspricht den Forderungen von Umwelt- und Klimabewegungen, von Bürgerinitiativen gegen neue Braunkohletagebaue, von der Landtagsfraktion der Grünen und den Erwartungen der vom Abbaggern bedrohten Ortschaften an die Landesregierung (Ortsvorsteher 2011).

Im Januar 2012 hat das brandenburgische Wirtschaftsministerium den Entwurf einer «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg» vorgelegt. Darin wurde die Kritik an der Kearney-Studie im Vorfeld der Energiestrategie 2030 nur teilweise berücksichtigt.

Die inzwischen beschlossene «Energiestrategie 2030» ist dem Vorrang erneuerbarer Energien verpflichtet. Sie setzt Ziele für den Übergang von konventioneller Energieerzeugung zu erneuerbaren Energien.

### **Zusammenfassung der quantitativen bzw. qualitativen strategischen Ziele (I-VI) des Leitszenarios 2030 für eine Energiewende in Brandenburg**

- **Energieeffizienz steigern und -verbrauch reduzieren**
- Bis zum Jahr 2030 Senkung des Endenergieverbrauchs um ca. 23 Prozent (auf 120 Petajoule [PJ]) gegenüber 2007, das entspricht einer Senkung um durchschnittlich ca. 1,1 Prozent pro Jahr,
- Bis zum Jahr 2030 Senkung des Primärenergieverbrauchs um 22 Prozent (auf 505 PJ) gegenüber 2007.

- **Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch erhöhen**
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 35 Prozent (mind. 150 PJ) bis zum Jahr 2030,
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf fast 50 Prozent (mind. 108 PJ) bis zum Jahr 2030,
- Ausweisung der erforderlichen Windeignungsgebiete zur Sicherung einer Nettonutzfläche von 2 Prozent der Landesfläche (585 km<sup>2</sup>) bis zum Jahr 2020.
  
- **Zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung gewährleisten**
- Systemintegration der erneuerbaren Energien mit Schwerpunkt auf Speichertechnologien, Netzbau und -umbau forcieren,
- Effiziente und CO<sub>2</sub>-arme Verstromung der heimischen Braunkohle als Brückentechnologie an den beiden Energiestandorten Schwarze Pumpe und Jänschwalde sichern,
- Bei ordnungspolitischen Maßnahmen Technologieoffenheit gewährleisten.
  
- **Energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen senken**
- Reduktion der absoluten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 72 Prozent (auf 25 Millionen Tonnen) gegenüber 1990 bis zum Jahr 2030.
  
- **Regionale Beteiligung und möglichst weitgehend Akzeptanz herstellen**
- Transparente Informationspolitik (z. B. Aufbau eines «Energie- und Klimaschutzatlas Brandenburg»),
- Zielgerichtete Beteiligung (z. B. finanzielle Beteiligungsmodelle und innovative Geschäftsmodelle),
- Regionale, kommunale und sektorale Energiekonzepte unterstützen.
  
- **Beschäftigung und Wertschöpfung stabilisieren**
- Vermeidung abrupter sozialer und wirtschaftlicher Strukturbrüche in der Braunkohlenindustrie,
- Unterstützung des Arbeitsplatzangebotes bei erneuerbaren Energien,
- Qualitative Beschäftigungseffekte durch Innovationen im Energiebereich voranbringen.

Quelle: Landesregierung Brandenburg «Energierategie 2030 des Landes Brandenburg» 2012, 41.

Wichtig ist, dass in der «Energierategie 2030» Kerndefizite bezeichnet werden, deren Beseitigung als entscheidend für das Erreichen der angestrebten Ziele betrachtet wird. Insbesondere der Netzausbau und die Bereitstellung von Energiespeichern werden als extreme Herausforderungen angesehen.

Im Abschnitt über energiepolitische «Zielkonflikte in Brandenburg» werden ungelöste oder nur zum Teil bewältigte Probleme benannt, deren Lösung veränderte Wege oder besondere Anstrengungen

erfordert. Das betrifft die Begrenztheit des in Brandenburg verfügbaren Biomassepotenzials, Schwierigkeiten in der Bereitstellung des Flächenbedarfs für Windkraft (Nutzungskonkurrenzen und Vorbehalte), die Gefährdung der Fotovoltaik-Entwicklung durch außerordentliche Kürzungen der Einspeisevergütungen im Gefolge von Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Freiflächen für Solaranlagen. Im Strategiepapier werden folgende Probleme besonders hervorgehoben:

- Brandenburg braucht – ohne Berücksichtigung eines möglichen großflächigen Einsatzes von Hochspannungskabeln anstelle von Überlandleitungen – für etwa 600 km Trassenlänge im Höchstspannungsübertragungsnetz und für 1500 km im Hochspannungsverteilnetz rund 2 Milliarden Euro Investitionen. Schon gegenwärtig bleibt in bestimmten Regionen die Netzkapazität zeitweilig hinter der Leistung von Windkraftanlagen zurück. Als ein Problem wird von der Landesregierung betrachtet, dass die Brandenburger Stromnetzinfrastruktur durch die Rolle des Bundeslandes als Durchleitungs- und Stromexportland belastet wird, die Netzausbaukosten aber zurzeit nicht bundesweit umgelegt werden.

- Die Forschung zu Energiespeichern und erst recht die großtechnische Realisierung von Speichern entspricht zurzeit nicht den Anforderungen an den Übergang zu erneuerbaren Energien.

- Der überdurchschnittliche Anteil energieintensiver Industrien (Stahl, Zement, Chemie, Papier) in Brandenburg führt zu einer Energieintensität, die in vielen Bereichen über dem Bundesdurchschnitt liegt und größte Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs erfordert.

- Die Braunkohle als regionaler Wertschöpfungs- und Beschäftigungsfaktor und Eckpfeiler der Versorgungssicherheit führe allerdings zu einem Anteil des Umwandlungssektors von 63 Prozent an der gesamten CO<sub>2</sub>-Emission des Landes und zu erheblichen Eingriffen in die Landschaft und den Landeswasserhaushalt.

- Die Akzeptanz von Anlagen der erneuerbaren Energieerzeugung in der Nachbarschaft fällt mit 65 Prozent im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders niedrig aus. Brandenburg liegt damit auf dem vorletzten Platz. Die Bevölkerung zieht bisher in der Regel keinen unmittelbaren Nutzen aus steuerlichen Mehreinnahmen durch erneuerbare Energien in ihrer näheren Umgebung.

Trotz dieser und anderer Hürden oder gerade deshalb, weil sie genannt werden, um sie zu überwinden, atmet die «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg» einen vorsichtig-visionären Hauch. Sie zeichnet die Aussicht, dass Brandenburg zur «Modellregion für dezentrale Energieversorgung und Energietechnologie», zu einer «Region der Energiewende» werden kann.

Doch in der beschlossenen «Energiestrategie 2030» rumort ein Widerspruch, der die gesamte Brandenburger Energiepolitik durchzieht. Das ist der Widerspruch zwischen starker Zuwendung zu erneuerbaren Energien und gleichzeitigem pfadabhängigen Festhalten an der Braunkohleverstromung noch über einen Zeitraum hinaus, den beispielsweise der BUND, Greenpeace, das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), die Grüne Liga und andere Akteure für erforderlich halten. Im Widerspruch zur ursprünglichen Position des Brandenburger Umweltamts und selbst zum Bundesumweltministerium, das bis 2030 außer den bereits im Bau befindlichen Anlagen in Neurath und Boxberg keine neuen Braunkohlekraftwerke in Deutschland vorsieht (Bundesministerium für Umwelt

2011), soll bis 2030 ein Nachfolgebraunkohlekraftwerk in Jänschwalde gebaut werden. «Die Landesregierung geht wegen aus heutiger Sicht bestehender Unsicherheiten ... weiterhin vom Erfordernis eines Nachfolgebraunkohlekraftwerks auf der Basis von Technologien zur CO<sub>2</sub>-ärmeren Stromerzeugung am Standort Jänschwalde und dem Aufbau der dafür erforderlichen CCS-Infrastruktur aus. In diesem Zusammenhang sieht es die Landesregierung als erforderlich an, die Braunkohleplanverfahren zur Sicherung der Rohstoffversorgung der Kraftwerke aus nahen Tagebauen fortzuführen. Sie bilden die Grundlage für eine Investitionsentscheidung im Kraftwerksneubau.» (Ministerium für Wirtschaft 2012, 33) Das bedeutet in Abhängigkeit von der Laufzeit von Kohlekraftwerken Kurs auf eine Braunkohleverstromung bis etwa 2070! (Schuster 2012). Dass dieses Vorhaben alle fünf Jahre nochmals geprüft werden soll, ist keine Garantie für eine Korrektur.

Das ursprüngliche Ziel für 2030, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 75 Prozent auf 22,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr zu senken, wird nach der neuen Strategie 2030 mit einer Senkung um 72 Prozent knapp verfehlt. 2,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mehr als von der rot-schwarzen Vorgängerregierung ursprünglich vorgesehen würden jährlich in die Atmosphäre geblasen. Bis 2020 ist gegenüber 2010 nur eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 1,6 Prozent vorgesehen. Selbst wenn auf die Belastung der CO<sub>2</sub>-Bilanz Brandenburgs durch den Ausbau des Großflughafens Berlin-Brandenburg und durch die geplanten nicht verzichtbaren Gaskraftwerke Premnitz und Wustermark zu verweisen ist, scheint diese Zielsetzung doch erstaunlich niedrig. 1,6 Prozent CO<sub>2</sub>-Minderung im ganzen laufenden Jahrzehnt im Vergleich zu 32 Prozent in den darauf folgenden zehn Jahren – eine überzeugende Begründung dafür ist im Entwurf der «Energiestrategie 2030» nicht zu finden. An CCS soll durch Brandenburgs Engagement für eine europaweite CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur festgehalten werden.

Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 35 Prozent und 72-prozentige Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Brandenburg bis 2030 gegenüber 1990 im Vergleich zu einer EU-weiten Zielmarke von 30 Prozent unter der nicht gesicherten Bedingung vergleichbarer Zielsetzungen durch wichtige weitere Staaten und zu 55 Prozent in der gesamten Bundesrepublik – das sind durchaus Maßstäbe einer Modellregion. Aber ein neues Braunkohlekraftwerk Jänschwalde, die Minderung des ursprünglichen Ziels zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und das Beharren auf CCS – das sind zu große Abstriche davon. Die Energiestrategie bedarf schon vor ihrer nach fünf Jahren vorgesehenen Überprüfung einer Korrektur auf der Höhe der Herausforderungen.

Greenpeace hat begründete Forderungen für diese Korrektur formuliert:

- Statt Aufweichung des Klimazieles eher eine moderate Erhöhung, aber mindestens ist festzuhalten an einer Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 75 Prozent bis 2030.
- Kein Kraftwerksneubau auf Kohlebasis, keine neuen Tagebaue und deshalb Einstellung der Braunkohle Planverfahren für neue Tagebaue in Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord.
- Nachhaltige Energieversorgung ohne CCS.
- Keine Braunkohle-Grundlastkraftwerke, weil diese der Wende zu hundertprozentiger Energieerzeugung aus regenerierbaren Energien entgegenstehen (Greenpeace 2012).

In den Differenzen der Brandenburger Landesregierung mit Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und Klimaaktivisten, die gegen neue Kohlekraftwerke und Kohletagebaue protestieren, spiegeln sich Widersprüche der Realität wider. Das trifft auch für die Differenzen zwischen dem Wirtschaftsminister und großen Teilen der Fraktion DIE LINKE im Landtag zu, die zwischen schnellerem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und Bindung an den Koalitionsvertrag hin und her gerissen ist. Auf die Braunkohlewirtschaft entfallen 2,1 Prozent der Brandenburger Wertschöpfung und ein beachtlicher Teil der Staatseinnahmen aus Unternehmenssteuern. Die Braunkohle ist – wie bereits dargestellt – tief eingeschrieben in die Lausitzer Wirtschaftsstruktur, in das Arbeitsplatzangebot und in die Kultur der Region (André Brie 2011, 119-121). Dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister gilt sie vor allem als Garant der Energieversorgungssicherheit – ein zweifellos überaus wichtiger Aspekt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die international und auch in Deutschland weitgehend ungebrochene Wachstumsorientierung in Brandenburg pfadabhängig mit dem Festhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte an der Braunkohle als wichtigem Wertschöpfungssektor verbunden ist. Gleichwohl widerspricht dies nachhaltiger Entwicklung, die den Rückbau besonders umweltschädlicher Branchen gebietet. Einerseits sieht sich das Wirtschaftsministerium der Förderung des Wirtschaftswachstums schlechthin verpflichtet, zu dem die Braunkohle erheblich beiträgt. Andererseits ist die Energiepolitik ein Hauptfeld der Wirtschaftspolitik, wird umfangreiche Arbeit zur Förderung der erneuerbaren Energien geleistet, würde eine konsequent verfolgte Energierevolution aber nach Auffassung vieler Fachleute einen schnelleren als den vorgesehenen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfordern.

Dies ist ein Kernproblem der Brandenburger Regierungspolitik im Energiebereich: Die Regierung unternimmt Anstrengungen, um einen Vorrang für erneuerbare Energien zu sichern. Aber zugleich kann sie sich nicht mit letzter Konsequenz zu einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – bis 2030 oder spätestens 2040 – entscheiden (vgl. IÖW/Greenpeace 2012). Dieser Widerspruch behindert immer wieder die größtmögliche Förderung der erneuerbaren Energie. DIE LINKE steht gemeinsam mit den anderen Akteuren für ein nachhaltiges Brandenburg in der Pflicht, diesen Widerspruch durch eine radikale Realpolitik des sozialökologischen Umbaus zu lösen.

Welche Interessen stehen hinter den unterschiedlichen Strategien? Das unmittelbarste Wachstumsinteresse haben private Unternehmen, die eine Wachstumspolitik funktionsgemäß vor allem vom Wirtschaftsministerium verlangen – darunter nicht zuletzt der Vattenfall-Konzern mit seinen speziellen Kohleinteressen. Umwelt- und klimapolitisch engagierte Kräfte erwarten eher vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz entsprechendes staatliches Handeln, fordern dies aber natürlich auch vom Wirtschaftsministerium. Mit Nicos Poulantzas sind Differenzen und Widersprüche wie in den Auseinandersetzungen um die «Energiestrategie 2030» in ein Verständnis des Staates als «materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen» (Poulantzas 1977, 159) einzuordnen. Poulantzas verwies darauf, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskurse in den verschiedenen Staatsapparaten – zum Beispiel Ministerien – in unterschiedlicher Weise verkörpert sind (eben-

da, 61). In den verschiedenen Apparaten und Bürokratien werden unterschiedliche politische Felder repräsentiert. Sowohl diese Felder wie die für sie besonders zuständigen Apparate haben unterschiedlich große Bedeutung für das gesamte Herrschaftssystem. In Abhängigkeit von solcher Bedeutung, von den Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen, von den Interessen kleiner, mittlerer und großer Unternehmen und von den Interessen alternativer Kräfte, von der Heftigkeit oder Schwäche politischer Kämpfe auf den verschiedenen Feldern und von der Intensität der Betroffenheit der jeweiligen Sachgebiete durch Krisen und andere Probleme «weisen die einzelnen Apparate (Ministerien, Behörden) unterschiedliche und teilweise auch widersprüchliche «Selektivitäten» gegenüber politischen Kräften auf» (Bretthauer 2006, 93). Das heißt, sie sind in unterschiedlichem Maße politisch druckempfindlich und offen für den Einzug von «Mittlerpersonen» der Interessengruppen in die Apparate selbst. Es geht also um kompliziertere Zusammenhänge als nur um die Eigenheiten von Ministern.

Für Führung und die Fraktionsspitze der LINKEN folgt daraus die Anforderung, im Bewusstsein (und trotz) solcher Zusammenhänge in der Entscheidung zwischen pfadabhängigem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung «ihre» Minister zu einer stärker koordinierten und konsequenteren Energie- und Klimapolitik zu drängen.

Gemeinsam ist in schwieriger Lage eine überaus glückliche Chance zu nutzen. Sie besteht darin, dass einer langfristigen Tendenz zur Wachstumsverlangsamung und zu einer Gesellschaft ohne das herkömmliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts eine mittelfristige Tendenz des «Noch-Wachstums» auf der Basis eines Schubs der Durchsetzung erneuerbarer Energien und anderer Umwelttechnologien entgegensteht. Ein solcher Schub vermag die bei einem mittelfristigen Ausstieg aus umweltzerstörenden Branchen wie der Braunkohleverstromung folgende Wachstumsdämpfung zu kompensieren. Arbeitsplätze entstehen. Unternehmenssteuern fließen auf anderer Basis. Eine Atempause wird gewonnen, auch für die Zuwendung zu nachhaltigen Lebensweisen, die an ganz anderen Maßstäben als am Vorrang stoffintensiver Konsumtion orientiert sind.

Ob diese Möglichkeit eines die Umwelt schonenden Wachstums während einer Übergangszeit Wirklichkeit wird, hängt allerdings von mindestens zwei Bedingungen ab:

Erstens bedürfte ein Schub des umwelttechnologischen Strukturwandels eines erheblichen Investitionsaufwandes. Die Mobilisierung der Mittel ist aber durch hohe Staatsverschuldung, Schuldenbremsen und Präferenzen von Banken und institutionellen Anlegern für Finanzinvestitionen anstelle von Investitionen in erneuerbare Energietechnologien erheblich begrenzt. Daher ist in Europa eine gerechte Steuerpolitik überfällig, die vor allem Großvermögen und große Erbschaften, aber auch gewinnträchtige Unternehmen zur Finanzierung eines sozialökologischen Umbaus heranzieht.

Zweitens ist selbst dann, wenn es gelänge, erhebliche finanzielle Mittel in den ökologischen Umbau zu lenken, fraglich, ob die daraus resultierenden Investitionen in eine Nachfrage nach Gütern und Leistungen der Brandenburger Regionen münden würden. Bisher kamen die meisten Investitionsgüter für umweltrelevante Anlagen aus den alten Bundesländern!

Beide Umstände verweisen auf eine starke Abhängigkeit der Brandenburger Energiepolitik von der Politik auf Bundes- und europäischer Ebene. Aber DIE LINKE sollte die Forderungen öffentlich deutlich machen, die sich aus beiden genannten Aspekten dringlich und unschwer nachvollziehbar ergeben.

### **3.2 Die Bundesregierung und die Europäische Kommission**

Eine überzeugende Wirtschaftspolitik in Brandenburg mit Vorrang für eine sozialverträgliche energie- und klimapolitische Wende wird allerdings durch die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung häufig eher erschwert als unterstützt. Sicher haben die rot-grüne und die schwarz-gelbe Regierung die erneuerbaren Energien mehr als viele andere Staaten gefördert. Exemplarisch gilt dies für das von SPD und Grünen auf den Weg gebrachte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Unter dem Druck der nach Fukushima enorm angeschwollenen Anti-AKW-Bewegung wendete sich die Bundesregierung von der gerade im Vorjahr beschlossenen Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ab. Mitte 2011 fasste sie den Beschluss zum Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 und leitete mit einem Bündel von Gesetzen, die in kürzester Zeit die Zustimmung der Bundestagsmehrheit fanden, eine Energiewende zu beschleunigtem Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Deutschland begab sich damit in eine internationale Sondersituation. Die Bundesrepublik stieß das Tor zu einer globalen Energierevolution auf.

Aber sie hatte das Tor kaum um einen Spalt geöffnet, als ihre Machteliten schockiert von der potenziellen Tragweite der eigenen Entscheidung daran gingen, die eigene Kühnheit in Halbheiten zu ertränken. Die Marktmechanismen geben die Entwertung der in der konventionellen Energiewirtschaft festgelegten Kapitalmassen durch einen schnellstmöglichen Übergang zu regenerieren Energien nicht her. Kurzfristige Profitzwänge stehen Investitionen in neue, zum Teil noch nicht rentable Technologien entgegen. Die von großen Teilen der Machteliten verinnerlichteten Dogmen des Marktliberalismus widersprechen strategisch angelegten Staatsinterventionen. Die systemtragenden Parteien können sich daher nicht zu einem konsequent verfolgten Gesamtkonzept der Energiewende aufraffen. «Und die Politik, die den Atomausstieg beschlossen hat», so heißt es in einem Leitartikel der Financial Times Deutschland vom 17. November 2011, «lässt die Konsequenz vermissen, zügig auf erneuerbare Energien umzusteuern.» «Die Energiewende ist bei Weitem nicht im Zeitrahmen», mahnt Klaus Töpfer (Freitag, 8.3.2012).

- Verfangen in neoliberaler Marktdogmatik und unter dem Druck konventioneller Interessen der Energiekonzerne bleibt eine klare politische Führung der hochkomplexen Energiewende aus. Wirtschaftsministerium und Umweltministerium liegen im Dauerclinch. Fast jedes Bundesland hat seinen eigenen Energieplan, aber keine Bundesinstitution führt die verschiedenen Konzepte zu einem Ganzen zusammen. Bund und Länder streiten darüber, wer die Steuerausfälle tragen soll, die entstehen würden, wenn Hauseigentümer eine ökologische Gebäudesanierung künftig steuerlich absetzen könnten. Institutionen blockieren sich wechselseitig. Bernhard Jeggler von der Landesbank Baden-

Württemberg kritisiert: «Die Netzagentur wolle konkrete Projekte zur Genehmigung sehen, Investoren verlangen Rendite-Zusagen von der Behörde, während die Banken ihre Kreditaussagen von der Anschlussgenehmigung der Netzagentur abhängig machen.» (FTD, 17.11.2011)

- Eine gerechte Steuerpolitik, die große Vermögen, Gewinne aus Finanztransaktionen und hohe Unternehmensprofite zur Finanzierung ambitionierter öffentlicher Investitionsprogramme zugunsten alternativer Energien mobilisiert, ist nicht in Sicht.

- Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für die Wahl und Ausgestaltung der eingesetzten Instrumente der Klimapolitik, die nicht zuletzt den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stimulieren müssten. Als wichtigstes Instrument gilt der Handel mit Treibhausgaszertifikaten. Emittenten müssen nach dem theoretischen Konzept Zertifikate für die Belastung der Atmosphäre kaufen, so dass nach der Theorie durch die festzulegende Menge der Zertifikate eine Obergrenze für die Emissionen bestimmt wird und zudem durch den zu zahlenden Preis für die Zertifikate ein Anreiz zur Senkung des Ausstoßes entsteht. Die Bundesregierung hat jedoch in den ersten beiden Handelsperioden mit Zertifikaten deren Menge so hoch angesetzt, dass keine Knappheit und kein Druck auf geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß entstanden. Sie hat die Zertifikate zu über 90 Prozent kostenlos ausgegeben. Dadurch entstand kein Zwang zur Verminderung von CO<sub>2</sub>, sondern die Unternehmen realisieren durch diese Vergabeweise noch bis 2012 jährlich 4 bis 7 Milliarden Euro Sonderprofite zulasten der Verbraucher. Erst ab 2013 sollen die CO<sub>2</sub>-Zertifikate ausnahmslos versteigert werden.

Eine fatale Nebenfolge ist die Unterfinanzierung eines Energie- und Klimafonds, der aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten finanziert werden soll, um zu erneuerbaren Energien, Elektromobilität, Gebäudesanierung und Klimaschutzprojekten Forschung, Markteinführungsprogramme und Umsetzung zu fördern. Durch die Fehlkonstruktion der CO<sub>2</sub>-Zertifikate, deren mögliche Klimawirkung ohnehin zweifelhaft ist, bleibt der Fonds nun unterfinanziert. Völlig absurd ist überdies die Idee aus dem Wirtschaftsministerium, mit Mitteln des Energie- und Klimafonds der EU neue moderne Kohlekraftwerke und die CCS-Technologie zu fördern.

Zum Klimaschutzinstrumentarium gehört ferner, dass in den Industrieländern die Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels des Clean Development Mechanism durch Unterstützung von (häufig fragwürdigen) Emissionen sparenden Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern zu mehr als der Hälfte eigenen Klimaschutzmaßnahmen ausweichen können. Das Joint-Implementation-Verfahren wird zwischen Industrieländern oder zwischen westlichen Industrieländern und östlichen Transformationsstaaten angewendet und sieht vor, dass Länder mit ihren finanziellen Mitteln in anderen Ländern emissionsmindernde Projekte fördern und dafür von entsprechenden Minderungsverpflichtungen im eigenen Land befreit werden. Nach Einschätzung des BUND wird der europäische Emissionshandel durch diese Ausgestaltungsdefizite seine Wirkung voraussichtlich verfehlen (BUND 2010, 3 f.).

- Gegenwärtig hält die Bundesregierung noch immer an der Erforschung, Erprobung und Anwendung der CCS-Technologie fest und bahnt auch damit den Weg für den Bau von 22 neuen Kohlekraftwerken bis 2020 unter der Voraussetzung, dass in deren Planung räumlich die Möglichkeit der Nachrüstung mit dieser Technologie offen gehalten wird. Aber beim Einsatz von CCS würde nach

der Annahme von Fachleuten der Wirkungsgrad der damit ausgerüsteten Kraftwerke um 8 bis 15 Prozent vermindert werden. Der Brennstoffverbrauch würde sich um 30 bis 35 Prozentpunkte erhöhen. Bei der Verpressung besteht die Gefahr, dass das Grundwasser sauer wird und dass irgendwann das verpresste Gas doch wieder in die Atmosphäre gelangt. Überdies wird CCS auf keinen Fall vor 2020 in großem Maßstab einsetzbar sein, zu spät für die bis dahin dringend notwendigen Schritte.

- Die Bundesregierung macht ihr Eintreten für eine Anhebung des EU-Klimaziels 2020, nämlich die Treibhausgasemissionen statt um 20 Prozent um 30 Prozent zu senken, von der vagen Bedingung, dass alle Mitgliedstaaten einen «fairen Beitrag» leisten, und davon abhängig, dass Deutschland nicht mehr als eine Senkung um 40 Prozent abverlangt wird.

- Die EU-Kommission hatte geplant, in ihrer Energieeffizienzrichtlinie eine Verbesserung der Energieeffizienz um ein Fünftel bis 2020 verbindlich festzulegen. Philipp Rösler hat das als planwirtschaftlich zurückgewiesen. Das Bundeswirtschaftsministerium will es den Mitgliedstaaten überlassen, ob sie den Energieverbrauch überhaupt mindern wollen oder einen steigenden Verbrauch vielleicht durch Effizienzsteigerung ausgleichen. Damit verhinderte die deutsche Bundesregierung eine für die europäische Energiewende wesentliche Entscheidung.

- In das Bild der Zerfahrenheit in der Energiewendepolitik fügt sich ein, dass nach einer 30-prozentigen Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus der Fotovoltaik im Jahr 2010 im Frühjahr 2012 durch eine neuerliche Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nochmals eine in dieser Höhe und zu diesem Zeitpunkt ursprünglich nicht vorgesehene Kürzung der Vergütung um bis zu 29 Prozent stattfinden soll. Die Unternehmen der Fotovoltaikbranche können ohnehin dem Druck der asiatischen Konkurrenz kaum standhalten. Die geplante Vergütungskürzung schwächt ihre Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich. Ostdeutsche Unternehmen sind davon besonders betroffen. Der Streit darüber im Bundesrat führte schließlich zu einer Abmilderung der ursprünglichen Kürzungsabsichten, aber auch zu einem Beschluss über die Deckelung der Förderung bei 52.000 Megawatt installierter Solarleistung, die derzeit bei 28.000 Megawatt liegt.

Das Vorgehen der Bundesregierung liegt jedoch durchaus im Interesse der großen Stromkonzerne. Sie hatten in den 1990er Jahren eingebunden in eine fossilistisch-atomare Pfadabhängigkeit das Feld einer neuen Generation von Solarunternehmen überlassen, die sich inzwischen der Wettbewerbsfähigkeit des Solarstroms mit anderen Energiequellen annähern. Die etablierten Energiekonzerne fordern von der Bundesregierung die eigene Förderung vor allem durch die langfristige Garantie von Energieeinspeisungsvergütungen für den von ihnen weitgehend beherrschten Offshore-Windstrom sowie des für den Transport dieses Stroms und für die Energiewende notwendigen Netzausbaus.

Die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung setzt mit diesen und anderen gravierenden Fehlleistungen Rahmenbedingungen, die eine energiepolitische Wende in Brandenburg bestenfalls nur partiell stärken, aber überwiegend erheblich bremsen. Dieser Widerspruch ist auf der Bundesebene noch viel schärfer ausgeprägt als in der Brandenburger Regierungspolitik. Die Politik der Bundesregierung erschwert es nicht zuletzt, der Kohlepolitik des Vattenfall-Konzerns Paroli zu bieten.

Sie bleibt damit in mehrfacher Hinsicht hinter den Proklamationen der Energiestrategie der Europäi-

schen Kommission zurück. In deren Grundsatzdokument «Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie» (Europäische Kommission November 2010) wird die bisherige Energiepolitik in der Europäischen Union deutlich kritischer eingeschätzt, als dies die Bundesregierung tut: «Von dem Ziel, den Energieverbrauch um 20 Prozent zu senken, sind wir weit entfernt.» «Zwischen den energiepolitischen Zielen und ihrer Verwirklichung klafft eine große Lücke.» «(D)ie Umstellung der Energiesysteme in Europa (vollzieht sich) nicht schnell genug, während gleichzeitig die Herausforderungen immer größer werden.» (Ebenda, 7, 3, 2) Besonders kritisch wird hervorgehoben, dass die nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten für Energieeffizienz enttäuschend seien. «Priorität 1: Europa energieeffizient machen» lautet die Orientierung der Kommission auf eine 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz bis 2020, die Deutschland einschließlich Brandenburg entschieden mehr Anstrengungen auf diesem Feld abfordert, die aber vom Bundeswirtschaftsministerium blockiert wird.

Doch auch auf der EU-Ebene ist die Energiepolitik ebenso wie in den einzelnen Mitgliedstaaten in eine marktgetriebene Wachstums- und Expansionsstrategie eingebunden, die in dem Kommissionsdokument «2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum» festgelegt ist (Europäische Kommission Juni 2010). Dort wird als «unmittelbare Priorität» bezeichnet, «die für ein langfristiges Wachstum erforderliche Haushaltskonsolidierung sicherzustellen» (ebenda, 6). Das zielt auf Sicherung von Wachstum zulasten der von Austeritätspolitik betroffenen Bevölkerungsmehrheit – entgegen dem von der Kommission deklarierten Ziel der Armutsminderung von 80 Millionen Armutsgefährdeten auf «nur» 60 Millionen. Unter drei in ihrer Konzeption «Europa 2020» entwickelten Wachstumsvarianten orientiert die EU-Kommission auf ein beschleunigtes Wachstum. Die Steigerung der Ressourceneffizienz soll dazu beitragen, «das Wirtschaftswachstum anzutreiben»: «Alle außenwirtschaftlichen Instrumente müssen genutzt werden, um durch unsere Mitwirkung an weltweit offenen und freien Märkten das Wachstum in Europa zu beschleunigen.» (Ebenda, 27) Alle Beschwörungen der EU-Kommission, das von ihr für Europa erstrebte Wachstum möge ein intelligentes und nachhaltiges sein, schaffen nicht aus der Welt, dass ständiges Wachstum nicht dauerhaft ohne vermehrten Verbrauch von Ressourcen und nicht ohne stärkere Belastung der Natur möglich sein wird. Die durch Profitdominanz und die von ihr geprägten verinnerlichten Verhaltensnormen der Bevölkerung bestimmte Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft auf permanentes Wachstum schlägt eine nachhaltig gedachte Energiepolitik zwangsläufig in Fesseln. So gehen die Widersprüche, die einer Energiewende entgegenstehen, auch von der europäischen Ebene aus – trotz der Impulse von dort für Energieeffizienz, Energiesuffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien.

Fast könnte es da als ein ökologischer Segen wider den Willen der Machteliten erscheinen, dass Europäische Union, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds sowie unter den EU-Mitgliedstaaten besonders Deutschland der Staatsschuldenkrise, die ursächlich vor allem eine Bankenkrise ist, durch verschärfte Austeritätspolitik in den wirtschaftsschwächeren verschuldeten Staaten beikommen wollen. Denn die Senkung von Löhnen, Renten und Sozialtransfers untergräbt durch die Beschneidung der Massennachfrage das Wachstum. Aber kein Wachstum und sonst nichts ist nicht identisch mit der Lösung der Umweltprobleme.

Einem ökologischen Desaster durch ungewollte Wachstumsverlangsamung per Massenverarmung zu begegnen, heißt den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Mitten in der Finanz- und Umweltkrise durch eine antisoziale Politik das Wachstum abzuwürgen, bedeutet, den Staaten den Handlungsspielraum für Investitionen in den sozialökologischen Umbau zu nehmen. Eine Lösung ist in der Richtung ambitionierter, staatlich geförderter Investitionsprogramme für einen sozialökologischen Umbau mit starker Unterstützung der Schuldnerstaaten durch die Exportüberschuss- und Gläubigerstaaten zu suchen.

### 3.3 Der Vattenfall-Konzern

Der mächtigste Akteur in Brandenburg pro Kohleverstromung ist der schwedische Vattenfall-Konzern beziehungsweise seine Tochter, die Vattenfall Europe. Vattenfall ist nach E.on, RWE und EnBW mit 23,27 Milliarden Euro Nettoerlös, 3,31 Milliarden Euro Jahresgewinn und europaweit rund 38.000 Beschäftigten (2010) das viertgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Während Vattenfall in Schweden Strom zu 53,5 Prozent aus Kernenergie, zu 36,9 Prozent aus Wasserkraft, zu 7,8 Prozent aus fossilen Energieträgern und zu 1,8 Prozent aus Windenergie und Biomasse gewinnt, ist der konzernweite Strommix in Deutschland ganz anders zusammengesetzt.

#### **Strommix des Vattenfall-Konzerns in Deutschland 2007**

Fossile Energie	91,9 %	(ca. 66 TWh)
Atomenergie	3,4 %	(ca. 2,5 TWh)
Wasserkraft	4,3 %	(ca. 3,1 TWh)
Biomasse und Müll	0,4 %	(ca. 0,3 TWh)

Quelle: Greenpeace 2008, 4

Mit dieser hochgradigen Konzentration auf Kohlekraftwerke in Deutschland gehört der Konzern entgegen aller Selbstdarstellung als umweltfreundlicher Energieversorger zu den klimaschädlichsten Unternehmen der Bundesrepublik. Jänschwalde ist mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 1.200 g/kWh eines der ineffizientesten deutschen Kraftwerke und belegt den Platz 4 in der Liste der klimaschädlichsten Kraftwerke der EU. Das Kraftwerk Boxberg belegt mit 1.100 g/kWh Platz 10, das Werk Schwarze Pumpe mit 1.000 g/kWh Platz 14 und das Kraftwerk Lippendorf mit 950 g/kWh den Rang 16. Mit der geplanten Erweiterung der Braunkohleförderung in der Lagerstätte Nochten, mit der Planung eines zweiten Teils des Tagebaus Welzow-Süd, mit den Planungen für Jänschwalde-Nord, Spremberg-Ost und Bagenz-Ost zielt Vattenfall auf die Ausweitung der Braunkohleverstromung weit über das Jahr 2050 hinaus (Greenpeace 2008, 13).

Aber von Vattenfall sind nach Angaben für das Jahr 2007 über 1.400 Zulieferer und Dienstleister in der Lausitzer Region mit mehr als einer halben Milliarde Euro Lieferantenumsatz abhängig. Vattenfall bietet in der Lausitz direkt und indirekt etwa 17.000 Arbeitsplätze (<http://ensaver.de/2011/05/die->

braunkohle-und-der-klimaschutz). Vattenfall ist ein erstrangiger Wirtschaftsfaktor in Brandenburg. Die Brandenburger Wirtschaftspolitik muss dieses wirtschaftliche Schwergewicht des Vattenfall-Konzerns in Rechnung stellen. Experten der Grünen Liga verweisen allerdings darauf, dass eine Verringerung der Beschäftigung in der Braunkohle bedingt durch die Altersstruktur der Belegschaften ohne betriebsbedingte Kündigungen möglich ist und zudem in der alternativen Energieerzeugung neue Arbeitsplätze entstehen.

### **3.4 Die Banken**

Die Energiekonzerne können sich auf das finanzielle Engagement der Banken im Kohlebergbau und in Kohlekraftwerken stützen. Banken sind durch Projektfinanzierungen, Kredite, Beteiligungen an Unternehmen des Kohlesektors und durch Investmentbanking Akteure der Energiewirtschaft. Das wird durch die Studie «Bankrolling Climate Change» belegt, die von der deutschen Nichtregierungsorganisation urgewald, den NGOs groundWork und Earthlife Africa sowie dem Internationalen NGO-Netzwerk BankTrack zur Eröffnung des Weltklimagipfels in Durban vorgelegt wurde (klima-allianz deutschland/urgewald 2011).

Unter den 93 Banken, deren Kohleengagement untersucht wurde, belegt J. P. Morgan Chase mit einem Kohle-Portfolio von 16,5 Milliarden Euro den Platz 1. Auf Platz 6 liegt mit 11,5 Milliarden Euro die Deutsche Bank. Insgesamt zählen 20 deutsche Banken zu den weltweit 93 Banken mit dem größten Finanzierungsanteil an der Kohlewirtschaft.

Das schlechte Image von Banken wird meist mit Blick auf ihre Rolle als Verursacher und Profiteure der Finanzkrisen diskutiert. Die Klimakrise – entschieden bedrohlicher als die Finanzkrise – wird im öffentlichen Diskurs weitgehend durch die Aufmerksamkeit für die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und für das Politchaos bei den halbherzigen Versuchen überlagert, sie zu beenden. Tatsächlich sind die Banken und Investmentfonds schuldhaftige Hauptakteure in beiden Krisen.

Zutreffend ist allerdings, dass sie mehr noch als durch ihr direktes Engagement für fossile Energien auf indirekte Weise langfristigen Strategien des Übergangs zu einer alternativen Energieversorgung entgegenwirken. Auf den Finanzmärkten, die im neoliberalen Kapitalismus in das Zentrum des Marktmechanismus gerückt sind, regiert die Kurzfristigkeit. Milliardengeschäft in Sekunden und Minuten und die Konzentration auf Großgeschäfte sind das Gebot. Eine weitsichtige Finanzierung einer auf Dezentralisierung beruhenden Energiewende ist nicht die Sache der großen Finanzakteure. Nicht zuletzt dieser Umstand hat dazu beigetragen, dass sich die großen Konzerne erst mit beträchtlicher Verzögerung den erneuerbaren Energien zuwenden.

Zudem absorbieren die Geschäfte auf den Finanzmärkten riesige Geldkapitalvolumina, die besser in einer nachhaltigen Energiewende angelegt wären. Die Rating-Agenturen ergänzen die ideologisch-marktradikale Abwehr einer allzu konsequenten staatsinterventionistischen Energiewendepolitik durch praktisches Sperrfeuer. Sie interpretieren die Kehrtwende der Bundesregierung in der Kernenergiepolitik als «Verunsicherung im Markt» und als eine Störung des Ordnungsrahmens, in dem

sich die deutschen Energiekonzerne bisher bewegten. Als Schlussfolgerung daraus und aus den Gewinneinbußen durch den Zwangsausstieg aus Atomreaktoren, die lange nach ihrer Abschreibung als eine Art Cash-Maschinen fungiert hatten, stuften sie die Bonitätsnoten für E.on, RWE und enBW mehrfach herab (FDT, 17.11.2011). Sie erschweren damit deren Kreditaufnahme bei den Banken für Investitionen auf dem ihnen fremden Feld der erneuerbaren Energien. Noch scheuen die Banken – bestärkt durch die Rating-Agenturen – die Risiken großer Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Aber wenn Gefahr für den Profit der Banken und Investmentfonds in Verzug ist, ist die Bundesregierung nicht fern. Die staatliche Förderbank KfW hat ein günstiges Kreditprogramm mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro für Offshore-Windparks aufgelegt. Zudem garantiert die Bundesregierung für Offshore-Windstrom über zwölf Jahre sichere Einspeisegebühren von 0,15 Euro oder von 0,19 Euro für acht Jahre, während gleichzeitig die Einspeisevergütung für Onshore-Windstrom, Fotovoltaikstrom und Strom aus Biomasse abgesenkt wird. Dem Netzanschluss der Offshore-Windanlagen wird von staatlicher Seite Priorität zugemessen. Die erzielbare Menge und die relativ kontinuierliche Verfügbarkeit des Offshore-Stroms sind ein plausibler Grund dafür. Aber zugleich wird damit eine neue Machtbasis monopolistischer Großunternehmen gefördert. Darauf gestützt ist der US-Investor Blackstone in die Finanzierung des 1,2 Milliarden Euro schweren Offshore-Projekts Meerwind in der Nähe von Helgoland eingestiegen. Andere Private-Equity-Unternehmen investieren in die Offshore-Projekte Gode Wind II und Borkum Riffgrund I. Die Investoren rechnen mit Renditen von 15 bis 20 Prozent beim Weiterverkauf der staatlich geförderten Projekte (FTD, 12.3.2012). So zeichnet sich ab, dass sich Banken, Investmentfonds und Konzerne nach langer Verzögerung einer Energiewende nun in diesem neuen Feld der Kapitalakkumulation unter Einsatz vieler Milliarden zuwenden. Statt Teil einer sozialökologischen Transformation zu werden, kann die Energiewende auf diese Weise zu einem grünen Element neoliberaler Restauration geraten. Die Deutsche Bank beispielsweise wirkt als ein Hauptakteur des Konsortiums Desertec Industrial Initiative, in dem zunächst etwa 20 deutsche und internationale Konzerne vereint sind, um mit einem – voraussichtlich viel zu niedrig kalkulierten – Aufwand von rund 400 Milliarden Euro Solarstrom in Nordafrika zu erzeugen und überwiegend nach Europa zu liefern. Die Deutsche Bank übernimmt damit Koordinierungs- und Finanzierungsfunktionen bei der Konstituierung eines extremen privaten Machtmonopols, das einerseits einen Sprung in der Bereitstellung von Sonnenenergie verheißt, andererseits aber nach Auffassung vieler Kritiker einer dezentralen, demokratisch von unten getragenen sozialökologischen Energiewende in Europa und Afrika entgegensteht.

Es ist noch nicht entschieden, ob es gelingen wird, die dezentrale Verfügbarkeit erneuerbarer Energien, die dezentralen Potenziale für bessere Energieeffizienz und die Möglichkeiten der Energieeinsparung in den Lebensweisen von Millionen tatsächlich für eine dezentrale Struktur der künftigen Energiewirtschaft in einem ausgewogenen Verhältnis zu notwendigen zentralen Strukturen auszuschnöpfen, oder ob die großen Energieerzeuger die alternativen Energietechnologien weitgehend ihren zentralistischen Machtstrukturen einverleiben werden.

Dieses Spannungsfeld wird nicht erkennbar, wenn im Entwurf der «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg» die Systemintegration der erneuerbaren Energien – rein technisch als «Einbindung in das bestehende System» verstanden (Ministerium für Wirtschaft 2012, 31, 33) – zur gravierendsten Herausforderung der Energiewende erklärt wird. Allein technologisch betrachtet erfährt das Energiesystem durch den Übergang zu erneuerbaren Energien schon eine einschneidende Umwälzung. An die Stelle zentraler Großkraftwerke, von denen die Leitungsnetze zu großen Verbrauchszentren mit dem Anschluss kleinerer Verteilernetze bis zu den Endverbrauchern führen, tritt die Kombination einer kleineren Zahl von großen Kraftwerken mit einer Vielzahl dezentraler Energieerzeuger. Die Netzstruktur wird dadurch gravierend verändert. Das Stromnetz muss flexibler und «intelligenter» werde, um trotz der Schwankungen in der Erzeugung regenerativer Energien und ebenfalls wechselnder Nachfrage mittels hoch entwickelter Kommunikations- und Steuerungstechnologien, gestützt auf teilweise erst zu entwickelnde Speichertechnologien und durch die Steuerung flexibler Gaskraftwerke die Energie stabil dort anzubieten, wo sie benötigt wird. Die Versorgung aus verbrauchernaher Energieerzeugung muss mit überregionalem und internationalem Ausgleich effizient kombiniert werden. Intelligente Netze können in begrenztem Maß auch die Energienachfrage an das Energieangebot angleichen (Greenpeace 2009). Die dezentralen Elemente der erneuerbaren Energien werden zum Bestandteil eines neuen großtechnischen Systems.

Der systemische Umbruch reicht jedoch über diese bereits extremen technologischen und Organisationsstrukturen hinaus. Das «bestehende System» ist durch oligopolistische Macht, private Netzstrukturen, starken Bankeneinfluss, erdumspannende Transportinfrastrukturen und lange Kapitalumschlagzeiten mit strukturkonservativen Wirkungen gekennzeichnet. Die Brandenburger Energiepolitik ist Teil der Auseinandersetzung mit dieser Systemdimension. Linke Politik muss ihre Konsequenz daran messen lassen. Hermann Scheer hat den Strukturkonflikt zwischen den konträren Energiesystemen, der nicht einfach eine Einbindung der regenerativen Energien in das gegebene ganz andere System erlaubt, problematisiert (Scheer 2010, 5-60). Linke Politik sollte in diesem Zusammenhang nicht nur auf den Übergang zu erneuerbaren Energien, sondern zugleich auch auf die Stärkung dezentraler und regionalisierter Produktion und Verfügung im Rahmen des neuen hochkomplexen Gesamtsystems der Energieversorgung zielen. Nur dann kann eine Demokratisierung der Eigentums- und Verfügungsstrukturen erreicht werden. Die Umbrüche zu erneuerbaren Energien sind zu einem Hauptfeld von Richtungskämpfen um künftige Wirtschaftsstrukturen, um Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse geworden, die die Produktions- und Lebensweisen langfristig prägen werden. Aber vielen beteiligten Akteuren erscheint es oft so, als ginge es «nur» um andere Technologien.

### **3.5 Alternative Akteure**

Die Akteure einer alternativen Energiestrategie sehen sich mächtigen Repräsentanten eines traditionellen Wirtschaftswachstums gegenüber, zu deren zentralen Machtressourcen die fossilen Energieträger gehören. Aber der Fossilismus, einst die entscheidende Grundlage der kapitalistischen Indust-

rialisierung und ihr mächtigster Wachstumsträger, befindet sich im Niedergang. Die mit ihm verbundenen Emissionen zerstören das menschengerechte Erdklima. Die Begrenztheit der verfügbaren fossilen Energien deutet im wortwörtlichen Sinne auf ein nahendes Ende des Fossilismus hin. Die sich abzeichnende Knappheit der fossilen Energieträger führt schon heute zu Rivalitäten um die Kontrolle der Ressourcen bis zu militärischen Konflikten. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Zukunft den erneuerbaren Energien gehört.

Im Vergleich zur konzentrierten Macht der internationalen Energiekonzerne in der Extraktion von Öl, Gas und Kohle, in der Ressourcenverarbeitung und -verteilung, im Verhältnis zu der mit den großen Energieversorgern verbundenen Finanzmacht und staatlichen Macht erscheinen die Akteure für die Durchsetzung erneuerbaren Energien aber noch schwach und zersplittert. Es besteht die Gefahr, dass die alten Akteure einer zentralistischen und monopolisierten Energieproduktion und -distribution auch die Produktion und Verteilung der erneuerbaren Energien unter ihre Kontrolle nehmen – in konzertierter Aktion der Großbanken und Energiekonzerne.

Einst schöpfte die Linke auch in Situationen ihrer Schwäche die Hoffnung auf den eigenen Sieg aus ihrem Glauben an das Wirken geschichtsbestimmender Gesetze, die nach ihrer Überzeugung den Sozialismus/Kommunismus gebären müssten. Doch die Geschichte hat sich als offen erwiesen, auch wenn die Überzeugung der Linken wohlbegründet ist, dass eine solidarische und gerechte Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die auch als demokratischer und grüner Sozialismus bezeichnet werden kann, der Mehrheit der Menschen ein besseres Leben als der Kapitalismus zu bieten vermag.

Akteure, die für die Durchsetzung der erneuerbaren Energien wirken, bedürfen nicht des Glaubens an eine nachhaltige Weisheit von Geschichtsgesetzen, wenn sie auf die «Machbarkeit des Unwahrscheinlichen» setzen (Helmut Wiesenthal). Wohl aber haben die erneuerbaren Energien derart schwergewichtige Vorteile, dass die ökonomische, ökologische, soziale und politische Vernunft für ihre Überlegenheit spricht. Vernunft ist sicher keine Durchsetzungsgarantie.

Aber Selbstermächtigung und Selbstorganisation der Vernünftigen können darauf bauen, dass die Energieträger und Technologien, auf die sie setzen, alle Potenzen haben, um die ohnehin zur Neige gehenden fossilen Energieträger aus dem Feld zu schlagen.

Besonders überzeugend hat dies Hermann Scheer immer wieder begründet (Scheer, 2010, 159 ff.):

- Nicht die Anlagen zur Umwandlung der Energiequellen in Strom oder Wärme, wohl aber erneuerbare Energien selbst wie Sonnenstrahlung und Wind sind kostenlos – in einer Welt des Rechnens ein unschätzbare Start- und Betriebsvorteil!

- Erneuerbare Energien sind räumlich weit stärker als fossile Energieträger dort verfügbar, wo der Energiebedarf auftritt. Ihr dezentrales Vorkommen begünstigt eine Ökonomie der kurzen Wege. Perspektivisch könnte das trotz dringlich erforderlichen Netzausbaus eine Reduktion investitionsaufwendiger weiträumiger Infrastrukturen für den Transport von Energieträgern wie Öl und Gas oder von Strom und Wärme ermöglichen.

- Die dezentrale Verfügbarkeit und die Ausschöpfung der erneuerbaren Energien in vielen kleinen oder mittelgroßen Anlagen mit begrenzten Anforderungen an den einzelbetrieblichen Investitionsaufwand ermöglicht das Engagement und die Mobilisierung vieler Investoren und bietet wichtige Möglichkeiten für lokale beziehungsweise regionale Wirtschaftskreisläufe. Vor allem ist dies eine hervorragende Bedingung für Energiedemokratie, das heißt für die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die Nutzung der erneuerbaren Energien, über ihre Finanzierung und über die Verwendung von Gewinnen daraus. Die dezentrale Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien und ihre Beherrschbarkeit durch viele Akteure mit jeweils begrenzten ökonomischen Potenzialen ist Rückhalt für Energiedemokratie auch in einem weiteren Sinne. Das ermöglicht, den Energieriesen an Tausenden Orten die Stirn zu bieten, auch ohne die ökonomische Machtkonzentration, über die jene gebieten. Diese Eigenschaft der erneuerbaren Energien erlaubt über den Widerstand gegen die Energiepolitik der Konzerne hinaus die Gestaltung positiver Alternativen.

- Die Dezentralität der erneuerbaren Energien bietet eine Chance für die Veränderung der gegebenen Eigentumsstrukturen. Es bleibt notwendig, durch die Überführung der zentralen Energienetze in die öffentliche Hand und durch eine öffentliche Regulierung der Energiewirtschaft nach sozialökologischen Kriterien Vergesellschaftungsprozesse zu fördern, die die Macht der Energiekonzerne zurückdrängen. Aber zugleich bilden sich neue Eigentumsverhältnisse von unten, wenn private Haushalte zur Finanzierung lokaler Anlagen auf der Basis erneuerbarer Energien Anteile erwerben, wenn sich Energiegenossenschaften bilden, wenn Kommunen bereits privatisierte Stadtwerke oder Netze zurückkaufen und unter tatsächliche öffentliche Kontrolle stellen und wenn dabei oft auch gemischtes Eigentum entsteht. Dieses Eigentum von unten bietet neue Grundlagen einer Energiedemokratie durch die Selbstbestimmung der beteiligten Akteure über die Energiepolitik.

- Erneuerbare Energien zeichnen sich in der Regel durch ihre Unerschöpflichkeit und Schadstofffreiheit aus. Für immer Energie ohne Belastung der Umwelt – göltiger kann keine Antwort auf die Klimafrage im 21. Jahrhundert sein. Was für ein Machtpotenzial in der Auseinandersetzung mit dem Fossilismus!

- Im Gegensatz zu fossilen Energien, deren Explorations-, Infrastruktur- und Kraftwerksinvestitionen etwa auf ein halbes Jahrhundert ausgelegt sind und die deshalb zu den strukturkonservativsten Sektoren der Wirtschaft gehören, werden in lokalen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht allzu komplexe, oft relativ einfach installierbare Technologien eingesetzt, während das Gesamtsystem regenerierbarer Energien mit seinen intelligenten Netzen und neuen Speichertechnologien allerdings hochkomplex und wissenschaftsintensiv ist. Umschlagzeit der angelegten finanziellen Mittel ist im Vergleich zum Rücklauf des Kapitalvorschusses für fossile Großanlagen weit kürzer. Erneuerbare Energien sind daher entschieden innovationsoffener als die starren fossilen Technologien. Die Brandenburger Energiestrategie für den Ausbau von Windkraftanlagen nutzt diese Konstellation, indem etwa ab 2020 vorwiegend auf Empowering gesetzt werden soll, das heißt auf die Ersetzung kleiner Windräder durch höhere und leistungsfähigere Anlagen auf neuerem technischen Stand. Das Gesamtsystem der Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien, gesteigerter Energieeffizienz und verbesserter Energiesuffizienz ist allerdings ein hochkomplexes sozio-technisches Sys-

tem. Speichertechnologien, intelligente Netze und ihre Steuerung sind extrem wissenschaftsintensiv und erfordern hohe Investitionsaufwendungen.

Die Vorzüge der erneuerbaren Energien sind ein unschätzbare Potenzial für alternative Akteure der Energiepolitik. In den Kämpfen gegen die noch immer dominant fossilistische Politik der oligopolistischen Energieversorger haben sie alle Rationalität auf ihrer Seite. Doch weit mehr noch, die Umweltfreundlichkeit, die Bürgernähe ihrer Strukturen und die daraus resultierende Überschaubarkeit der erneuerbaren Energien birgt eine über die Ratio hinausgehende Potenz der Erneuerbaren. Sie sind emotional annehmbar, angesiedelt in der örtlichen Heimat, gestaltbar durch eigenes Engagement der Bürgerinnen und Bürger, mit gutem Gewissen nutzbar und zudem zuträglich für die Zukunft von Kindern und nachfolgenden Generationen. Die Beeskower Bürgerinitiative gegen CCS, die zum Pflanzen von 10.000 Bäumen aufrief, symbolisiert damit genau solche Zusammenhänge.

So organisieren denn Umweltschutzorganisationen wie der BUND, Greenpeace, die «klima-allianz deutschland», die Grüne Liga/Netzwerk ökologischer Bewegungen, das internationale Netzwerk Climate Justice Now und gegenstromberlin Widerstand gegen die herrschende Energie- und Klimapolitik, die die Kernenergie unverantwortlich lange massiv förderte, die mittels CCS auf die Endlagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde zielt und die Kohleverstromung nach wie vor begünstigt. Dieser Widerstand reicht von der Bereitstellung wissenschaftlicher Gutachten für die Akteure einer alternativen Klima- und Energiepolitik (zum Beispiel Greenpeace 2007, BUND 2009) über die aktuelle öffentliche Kritik an Konzepten, die politisch für eine Verlängerung der Braunkohleverstromung genutzt werden könnten (zum Beispiel Grüne Liga 2011) bis zur Organisation konkreter Protestaktionen. So organisierte der BUND im Vorfeld der Behandlung des CCS-Gesetzesentwurfs im Bundesrat am 23. September 2011 den Versand von 170.000 Protest-E-Mails an die Ministerpräsidenten der Bundesländer und eine Protestaktion «CCS stoppen» vor dem Bundesrat. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte die Proteste gegen CCS zuvor aufgenommen und am 23. März 2011 im Bundestag ein CO<sub>2</sub>-Speicher-Verbotsgesetz vorgelegt.

Das Klima!Bewegungsnetzwerk, das in der Vorbereitung des Klimacamps 08 in Hamburg entstand, hatte zusammen mit vielen anderen Organisationen erheblichen Anteil an der Mobilisierung für die Gegenveranstaltungen zum Klimagipfel 2009 in Kopenhagen, deren Höhepunkt eine Demonstration von rund 100.000 Menschen für eine alternative Klimapolitik war. Die Initiative gegenstromberlin versteht sich als eine offene Vernetzung von Klimaaktivisten, die sich vor allem einer radikal widerständigen Praxis verpflichtet sehen (<http://www.gegenstromberlin.net>, Kaufmann/Müller 2009, 188-203). AktivistInnen von gegenstromberlin sind an der Herausbildung des internationalen Netzwerks Climate Justice Now (CJN) beteiligt. Dieses Netzwerk vertritt die Auffassung, dass wichtige große Umweltorganisationen wie der US-amerikanische Sierra Club, WWF und selbst Greenpeace sich zu sehr mit den Mitteln der Expertise und des Lobbyings in die offiziellen Klimaverhandlungsprozesse einbinden lassen und zu sehr auf marktbasierende Instrumente des Kyoto-Prozesses (Emissionshandel, Clean Development Mechanism, Joint Implementation) setzen. Angesichts der Misserfolge und der Sackgassen von Versuchen, auf UN-Weltkonferenzen globale Vereinbarungen für eine klimapolitische Wende zu treffen, nimmt diese Strömung innerhalb der Klimabewegungen Kurs auf die «Artiku-

lation klar identifizierbarer antagonistischer Positionen sowie Aktionsformen» (Kaufmann/Müller 2009, 188 f.). «Wir werden die Auseinandersetzungen nicht nur in den Klimaverhandlungen führen, sondern auch auf der Straße, um dort wirkliche Lösungen (für den Klimawandel) voranzutreiben. Zu diesen zählen:

- Fossile Brennstoffe im Boden lassen und stattdessen in Energieeffizienz und sichere, saubere und gemeinschaftlich kontrollierte erneuerbare Energien investieren.
- Drastisch die Überkonsumtion reduzieren ...
- Massive finanzielle Transfers von Nord nach Süd ...
- ... indigene Rechte auf Land durchsetzen und gemeinschaftliche Kontrolle von Energie, Wäldern, Land und Wasser fördern.
- Nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität ... Klimagerechtigkeit jetzt!» ([www.carbonetradewatch.org](http://www.carbonetradewatch.org))

Angesichts der unterschiedlichen wirtschafts-, klima- und energiepolitischen Interessen von Staaten, der systemisch bedingten Verdrängung notwendiger langfristiger Entscheidungen durch kurzfristige Handlungsmaßstäbe und vielfacher Unfähigkeit der Regierungen, mit dieser Konstellation strategisch nachhaltig umzugehen, fällt Akteuren einer radikalen Realpolitik eine wichtige Rolle in den Klima- und Energiekämpfen zu. Sie ist darin begründet, dass Alternativen auf diesem Feld Macht-, Eigentums- und Verfügungsstrukturen angreifen und verändern müssen. Deshalb enthalten beispielsweise die energiepolitischen Thesen von gegenstromberlin Forderungen, die in den Stellungnahmen gemäßiger Akteure vergeblich gesucht würden:

- «Stromkonzerne zerschlagen, Energieversorgung vergesellschaften!»
- Stadtwerke und basisdemokratisch organisierte Energiegenossenschaften und -kooperativen als Keimzelle eines demokratisch organisierten Energiesektors entwickeln.

Menschengerechte soziale Grundsicherung als zentrale Voraussetzung zur Lösung der ökologischen Frage durchsetzen. Steigende Energiepreise dürfen nicht zu Energiearmut der ohnehin sozial Schwächeren führen.

- Kampf für Energiedemokratie als einigende Klammer für Anti-Atom-Bewegung, Anti-Kohle- und Anti-CCS-Initiativen, Klima-, Umwelt- und Globalisierungsbewegten, NGOs, progressiven Gewerkschaftsflügeln und Stadtwerken! Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen. Energiedemokratie JETZT!»
- «Keine soziale und ökologische Energiewende ohne Wachstumskritik.»

«Zusammenfassend: Der Kampf für Energiedemokratie muss auf einer breiten Energiebewegung beruhen, deren Ziele die Sozialisierung, Ökologisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung des Energiesektors sind.» (gegenstromberlin 2011)

Eine wichtige bündnispolitische Aufgabe besteht darin, die unverzichtbare Radikalität von Forderungen in die Kooperation und in gemeinsame Aktionen mit eher gemäßigten energiepolitischen Bewegungen und Initiativen einzubringen (Klein 2009, 214-235).

Energiepolitische Kämpfe haben ein weites Spektrum. Sie reichen von spektakulären symbolischen Aktionen im Umfeld von Weltklimakonferenzen, vom Schottern und anderen Formen des zivilen Un-

gehorsams und Widerstands gegen Castortransporte bis zur Bewegung von Dorfgemeinschaften, die ihren eigenen Strom- und Wärmebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Sie umfassen unverzichtbar auch den Kampf auf parlamentarischer und Regierungsebene um Entscheidungen, Gesetze und Regelungen für eine sozialökologische Energiewende und den außerparlamentarischen Kampf, der dies erzwingt und solcher Wende in der Praxis Leben verleiht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist dafür ein Beispiel. «Die Durchsetzung des EEG wäre ohne die gesellschaftliche Bewegung für erneuerbare Energien nicht denkbar gewesen. Sie war längst populär geworden, hatte bereits viele kommunale Initiativen ausgelöst und Anklang vorwiegend in der SPD und bei den Grünen und deren Parlamentsfraktionen gefunden, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des EEG die Regierungsmehrheit stellten.» Aber: «Das Gesetz war keine Initiative der Regierung, sondern entstand in den Fraktionen, wurde mehrheitlich von diesen getragen und gegen Obstruktionsversuche auch in der von ihnen gestellten Regierung durchgeföhchten. Es war das erste Energiegesetz, das gegen den massiven Widerstand der organisierten Energiewirtschaft durchgesetzt wurde.» (Scheer 2010, 173) Erst recht gilt, dass die Gesetze zum Ausstieg aus der Kernenergie gegen den heftigsten Widerstand der Energiekonzerne und der schwarz-gelben Regierung erkämpft werden mussten – getragen von der Anti-Atom-Bewegung. Aber schließlich mussten die gesetzlichen Regelungen eben doch von der Regierung getroffen und im Parlament beschlossen werden, das wenige Monate zuvor noch eine verlängerte Laufzeit der Atomkraftwerke bestätigt hatte.

Im Widerstand gegen die Braunkohleverstromung nehmen die Dorfgemeinschaften, die sich gegen das Abbaggern ihrer Dörfer wehren, einen besonderen Platz ein. Sie verbinden den Kampf gegen die Ausweitung des Braunkohlebergbaus mit der Verteidigung der Natur vor ihrer Haustür, ihrer über Generationen gewachsenen dörflichen Lebenswelt und tief verwurzelter heimischer Kultur. Benannt nach dem Ort Klinge, der vor drei Jahrzehnten als erster dem Braunkohletagebau Jänschwalde weichen musste, gründete sich 2007 die «Klinger Runde – Netzwerk für den Erhalt der Heimat». Anlass dafür war eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie. Sie wies die Möglichkeit der Erschließung sieben neuer Tagebaue aus, denen weitere 18 Dörfer mit rund 8.000 Einwohnern zum Opfer fallen würden. In diesem Netzwerk kommen aktive Bürgergruppen, kommunale Vertreter, Kirchen und Vereine zusammen. Es war am Volksbegehren gegen neue Kohlekraftwerke beteiligt, brachte bei den Kommunalwahlen zwei eigene Repräsentanten in den Kreistag Spree-Neiße und greift widerständig in die aktuellen Energieplanungsprozesse ein (Groll et. al. 2011).

Im November 2011 appellierten die Bürgermeister beziehungsweise Ortsvorsteher bedrohter Orte an den brandenburgischen Ministerpräsidenten, sein Wort zu halten und keine neuen Braunkohlekraftwerke zuzulassen (Ortsvorsteher 2011). Zu den Unterzeichnern des Protestbriefes an Matthias Platzeck gehören die Ortsvorsteher der Ortsteile Kerkwitz, Grabko und Atterwasch der Gemeinde Schenkendöbern. Sie sind Akteure in den Energiekämpfen auf doppelte Weise, als Protestierende gegen neue Braunkohletagebaue und als Vertreter einer Gemeinde, die schon gegenwärtig mehr Strom aus Windenergie, Biomasse und mittels der Fotovoltaik aus Sonnenstrahlung erzeugt, als sie selbst verbraucht. Die Gemeinde beweist durch ihre eigene Energieautonomie auf der Grundlage von erneuerbaren Energien, wie berechtigt ihr Widerstand gegen die Braunkohleverstromung ist.

Außerparlamentarische Akteure einer sozialökologischen Energiepolitik bedürfen der parlamentarischen Vertretung ihrer Interessen. Auf der Bundesebene gelten die Grünen als die umweltpolitisch kompetenteste und erfolgreichste Partei. Ihr Gewicht in Brandenburg bleibt dahinter erheblich zurück. Im Brandenburger Landtag fällt der LINKEN die größte Verantwortung für eine alternative Energiepolitik zu. Deshalb ist hier eine Impression zur Energiepolitik der Linkspartei auf der Bundesebene sinnvoll, in deren Rahmen die Brandenburger LINKE wirkt.

## **4. Energiepolitik im Viereck einer zeitgemäßen linken Erzählung – die Partei DIE LINKE**

Bei einem Blick auf die energiepolitischen Positionen der Linkspartei drängt sich dem Beobachter der Eindruck einer eigenartigen Konstellation auf. DIE LINKE verfügt über bemerkenswert konsistente energiepolitische Vorstellungen. Diese sind beispielsweise in den Thesen «Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich» der Konferenz «Klima & Energie – Macht – Arbeit» vom November 2007 in Hamburg, im Beschluss der Bundestagsfraktion «Wann, wenn nicht jetzt? Raus aus der Atomkraft und rein in eine erneuerbare und demokratische Energieversorgung» vom 10. Mai 2011, in dem gesprächsorientierten Angebot «Plan B – Das rote Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau» vom Juni 2012 und in einer Reihe Gesetzesinitiativen enthalten. Partiiell, beispielsweise im Widerstand gegen Castortransporte, in einer Reihe umweltpolitisch erfolgreicher Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in der Thüringer Energiepolitik, ist DIE LINKE in Bewegungen für eine Energiewende gut verankert. Aber trotzdem ist es der Partei nur sehr unzureichend gelungen, ihre kritischen, realistischen und durchaus konstruktiven energiepolitischen Positionen öffentlich zur Geltung zu bringen. Eine der Ursachen dafür ist, dass sie ihre Energiepolitik wie auch ihre Politik auf anderen einzelnen Politikfeldern nicht als Teil eines überzeugenden Gesamtkonzepts der Transformation zu einer besseren Gesellschaft zu präsentieren vermag. Für die Energiepolitik der Linkspartei und der pluralen Linken überhaupt ist zu wünschen, dass der Platz der Energiekämpfe im gesamten Selbstverständnis der Linken und in ihren Strategien weit deutlicher als bisher erkennbar wird.

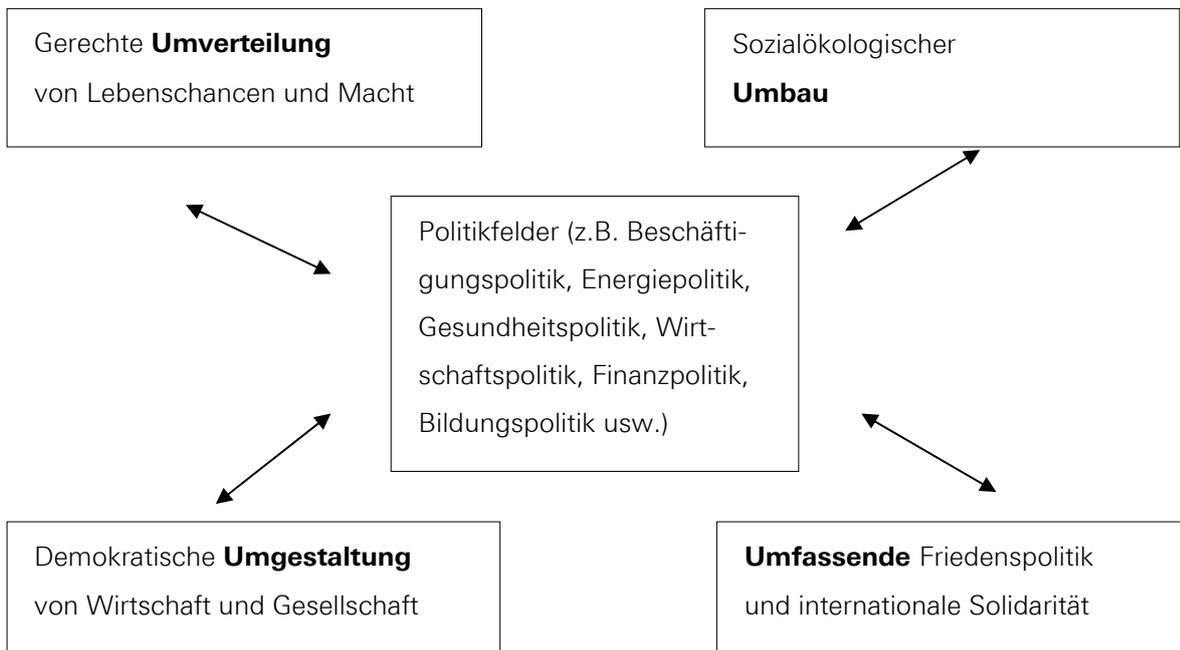
Linke Energiepolitik gewinnt eine erstrangige Sektor übergreifende gesellschaftliche Bedeutung durch ihre Rolle für ein alternatives Gesellschaftsprojekt. Das marktradikale Projekt des neoliberalen Kapitalismus hat keine Zukunft mehr. Die endlosen Versuche der Herrschenden, mit ständigen Variationen von Rettungsaktionen zu retten, was nicht mehr zu retten ist, verweisen fortwährend auf eine Leere, die nur durch die Transformation zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur ausgefüllt werden kann.

Linke Energiepolitik kann zu einem zentralen Feld alternativer Entwicklung werden, wenn es ihren Akteuren gelingt, einen Bezug zu vier Dimensionen oder Leitideen eines alternativen Gesellschaftsprojekts oder einer modernen linken Erzählung davon herzustellen (Klein 2011).

Eine solche Erzählung könnte als Balanceakt zwischen theoretischem Gesellschaftsentwurf und Angebot an die Gefühlswelt von Akteurinnen und Akteuren betrachtet werden. Sie ruht zwar auf einem Theoriegebäude, ist aber auf diesem Fundament eine für jede und jeden verständliche Darstellung weniger Grundvorstellungen von einem menschenwürdigen guten Leben. Anders als Grundsatz- und Wahlprogramme umfasst eine moderne linke Erzählung nicht eine Vielzahl einzelner Politikfelder und nicht die Fülle konkreter Forderungen auf diesen Feldern. Eine linke Erzählung handelt vom Zusammenhang weniger zentraler Leitgedanken, die auf eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft zielen, die im real Machbaren und im Raum realitätsnaher Vision zugleich angesiedelt sind und die einer emanzipatorischen Erzählung Faszination und hegemoniale Kraft verleihen.

Die Politik auf einzelnen Politikfeldern erhält durch das Herausarbeiten ihres Zusammenhangs mit den Leitideen einer solchen Erzählung erst den gesellschaftlichen Inhalt, der sie als linke, das heißt emanzipatorische Politik über bloße Fachspezifik hinaushebt. Vier Kapitel einer modernen linken Erzählung ließen sich aufschlagen, die miteinander das Bild eines Vierecks, das heißt die Koordinaten ergeben, die für jede konkrete Politik auf verschiedensten Feldern und natürlich auch für die Energiepolitik einen unverkennbar emanzipatorischen Zusammenhang ergeben:

**Die «vier U» einer modernen linken Erzählung von der freien Entfaltung einer und eines jeden:**



**4.1 Leitidee 1: Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht – auch in der Energiewende**

In welcher Sphäre der Gesellschaft auch immer – überall sind die Lebenschancen ungerecht verteilt: Bildung, Geld, Einkommen, Vermögen, Zugang zu Gesundheitsleistungen, Arbeit und Teilhabe an Kultur. Auf welchem Politikfeld auch immer – linke Politik zielt auf mehr Gerechtigkeit. Sie greift da-

50

bei tiefer als andere Kräfte, die ebenfalls mehr Gerechtigkeit erstreben, ohne jedoch nach den dafür notwendigen Veränderungen in den Macht- und Eigentumsverhältnisse zu suchen. Eine moderne linke Erzählung handelt stets von Kämpfen um gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht. Das gilt auch für die Energiewende. Deren Kosten werden gegenwärtig eindeutig ungerecht verteilt (Rieseberg/Wörten 2012). Beispielsweise sehen die gesetzlichen Regelungen bei der Erhebung der Ökosteuer, der Netzentgelte, der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und für den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel Befreiungen oder Ermäßigungen für energieintensive Industrien vor. Das läuft auf eine Entlastung der die Umwelt besonders belastenden Branchen hinaus. Rieseberg und Wörten haben in einer im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstandenen Studie belegt, dass diese Entlastungen in den beiden Jahren 2010 und 2011 16 Milliarden Euro und 2012 rund 9 Milliarden betragen. Den Ausgleich zu diesen Sonderregelungen tragen die privaten Haushalte und andere Industrieunternehmen in Gestalt höherer Stromtarife in der Größenordnung von 2,7 Milliarden Euro und von 6,5 Milliarden höheren Steuern im Jahr 2012 (ebenda).

Für alternative Akteure der Energiewende bedeuten diese und andere Seiten ungerechter Energiepolitik, auf einem sozialverträglichen Verlauf der Energiewende zu bestehen und für eine gerechte Verteilung der Lasten und Gewinne des Übergangs zu nachhaltiger Energieversorgung einzutreten. Das umfasst unter anderem folgende, von Uwe Witt herausgearbeitete Vorstellungen der LINKEN (Witt 2010):

- Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung von Umlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz: Abschaffung oder Begrenzung der Privilegierung der stromintensiven Industrien, um die Umlage auf breitere Schultern zu verteilen und dadurch Einkommensschwache zu entlasten. Abschaffung oder Begrenzung des Grünstromprivilegs mit dem gleichen sozialen Ziel (ebenda, 4),
- Begrenzung der Privilegierung stromintensiver Industrien bei der Ökosteuer, um die dadurch erzielbaren Einnahmen für die soziale Absicherung der Energiewende einsetzen zu können,
- Abschöpfung der Sondergewinne aus den Preiseffekten des Emissionshandels und Verwendung zur sozialen Abfederung der Energiewende,
- Einführung von Sozialtarifen für einkommensschwache Haushalte bei der Gestaltung der Strompreise, damit die Energiewende nicht zu Energiearmut führt. Jährlich wird rund 800.000 Haushalten der Strom abgeschaltet,
- Staatliche Unterstützung von Beziehern niedriger Einkommen beim Kauf Strom sparender Geräte. Denn Haushalte mit Niedrigeinkommen geben nach Angaben des Bundes der Energieverbraucher bereits rund 10 Prozent ihres Monatseinkommens für Haushaltsenergie aus,
- Staatliche Förderung der energetischen Sanierung in Höhe von 5 Milliarden Euro im Jahr, um in Verbindung mit anderen Regelungen eine unsoziale Abwälzung von Sanierungskosten auf die Mieter zu verhindern,
- Bewahrung weiterer Ortschaften vor ihrem Verschwinden durch die Ausweitung von Braunkohle-tagebauen.

In der Brandenburger «Energierategie 2030» wird den sozialen Dimensionen der Energiewende leider nur geringe Aufmerksamkeit zugewendet. Weder einer gerechten Verteilung der Lasten dieser

Wende noch der Verbesserung der in vielen Unternehmen der alternativen Energiebranche keineswegs zufriedenstellenden Arbeitsbedingungen ist in dem beschlossenen Strategiekonzept nennenswerter Raum gewidmet. Das ist auch die Kritik des DGB Brandenburg im Rahmen seiner grundsätzlichen Zustimmung zum Gesamtkonzept. Das hessische, stark von Hermann Scheer und Andrea Ypsilanti geprägte SPD-Wahlprogramm zeichnete sich unter anderem durch einen starken wechselseitigen Bezug von ökonomischem, ökologischem, sozialem, kulturellem und demokratischem Wandel aus (Ypsilanti 2012). Für die Weiterentwicklung der Brandenburger Energiestrategie ließe sich davon Wichtiges lernen.

Umverteilung von Macht und gerechte Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen könnten im Energiesektor unter anderem durch folgende von Uwe Witt hervorgehobenen Schritte bewirkt werden, die die Oligopolstellung der großen Energieversorgungsunternehmen schwächen würden:

- Überführung der großen Stromübertragungsnetze mit dem Charakter eines natürlichen Monopols in die öffentliche Hand, um die trotz des Erneuerbare-Energien-Gesetzes noch wirksamen Behinderungen oder Verzögerungen des Zugangs zum Netz zu beseitigen und die großen Gewinne der Netzbetreiber für Gemeinwohlzwecke einsetzen zu können,
- Übertragung der Koordinierungsaufgaben für den Strommarkt von der Strombörse an öffentliche Netzgesellschaften, die als Betreiber der Übertragungsnetze an der Schnittstelle zwischen Stromerzeugung und stabiler Stromversorgung wirken (DIE LINKE, Bundestagsfraktion, 2012).
- Mittelfristige Begrenzung der Erzeugungs- und Netzkapazitäten von Unternehmen durch ein Entflechtungsgesetz (Witt 2010)

Es sollte geprüft werden, ob die Energiepolitik alternativer Akteure in Brandenburg, die Linkspartei eingeschlossen, einen ausreichenden Bezug zu diesen Dimensionen linker Energiepolitik herstellt. Auch wenn wichtige Entscheidungen dazu nicht auf der Landesebene fallen, ist das erforderlich. Zu wünschen ist, dass in Planfeststellungsverfahren, Netzausbaudebatten und Variantenrechnungen, bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und vielen anderen Maßnahmen der Blick für Gerechtigkeit die Qualität der einzelnen Schritte wesentlich mitbestimmt.

## **4.2 Leitidee 2: Energiewende als Kern eines sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft**

Die Linke hat sich in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen stets der Lösung der sozialen Frage verschrieben. Spätestens seit dem Bericht des Club of Rome «Grenzen des Wachstums» aus dem Jahr 1972 ist mehr und mehr rund um die Erde in das öffentliche Bewusstsein getreten, dass es keine Lösung der sozialen Frage ohne die Lösung der ökologischen Frage und umgekehrt geben wird. Eine moderne linke Erzählung muss diese Verknüpfung auf den Wegen in eine bessere Gesellschaft so deutlich machen, dass sie als alltägliche Handlungsorientierung verinnerlicht wird. Die große Transformation des 21. Jahrhunderts wird eine sozialökologische Transformation sein. Deren Kernstück ist der Übergang von einer fossilistischen Energie-

wirtschaft zu einer auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung beruhenden Energiebasis. Dies ist der Gegenstand des gesamten hier vorliegenden Beitrags und daher in diesem Abschnitt nicht nochmals gesondert auszuführen.

An dieser Stelle ist nur hervorzuheben, dass eine alternative Energiepolitik tatsächlich als ein Grundbestandteil des gesamten sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft verfolgt werden muss, der über die Energiewende hinausgeht. Sie ist nicht auf einen technologischen bzw. technisch-ökonomischen Umbruch zu reduzieren. Der veränderte Umgang mit dem Energieverbrauch ist beispielsweise Teil eines einschneidenden Wandels der Lebensweisen. Die Energiewende wird sich nur dann umfassend vollziehen, wenn sich ein kulturell-mentaler Wandel in der Gesellschaft durchsetzt. Die starke Betonung von Umweltbildung, öffentlicher Aufklärung und Weiterbildung in Brandenburger energie- und klimapolitischen Konzepten entspricht diesem Zusammenhang, ist aber nur ein kleiner Teil der vor uns liegenden kulturellen Revolution.

Die Energiewende ist eine Hauptrichtung des Bruchs mit einer Wachstumsgesellschaft, die blindlings und teils auch sehend in Umweltkatastrophen, also in Katastrophen für das menschliche Dasein hineinführt. Die Energiewende stößt zusammen mit der anstrengungsreichen Zuwendung zur Bewahrung der Artenvielfalt und mit weiteren Dimensionen der Rettung der Biosphäre das Tor zu einer anderen Gesellschaft auf, die wieder Frieden mit der Natur schließt. Sie ist selbst ein Beitrag zum Erhalt der Naturgleichgewichte und der Biodiversität, die durch die Reduzierung des Regenwaldes, Verschiebung von Klimazonen, Dürren, Erwärmung der Ozeane, Versalzungsvorgänge und andere Veränderungen dramatisch gefährdet ist. Die Energiewende birgt den Ausblick auf eine gesündere Umwelt, auf einen neuen Einklang von Mensch und Natur. Sie befreit von der bedrohlichen Aussicht auf die Erschöpfung der Energiequellen. Sie ist damit ein wesentliches Terrain menschlicher Sicherheit. Sie ist ein Feld voller Chancen, für die es sich lohnt zu wirken. Eine Linke, die Hegemonie anstrebt, muss die Zukunft «besetzen». Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsfeld. Ob dies für viele Menschen ausreichend erkennbar wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob linke Akteure dies in öffentlichen Diskursen zur Geltung bringen.

### **4.3 Leitidee 3: Demokratische Umgestaltung – Bestandteil auch der Energiewende**

Eine Erzählung der Linken von einer besseren Welt wird nur dann zu lebendiger Realität werden, wenn es gelingt, einen elementaren Widerspruch zu lösen: den Widerspruch zwischen dem Gefühl von Mehrheiten, in einer ungerechten Welt und in einer ganz unzureichenden Demokratie auf dem Weg in die Zerstörung der eigenen natürlichen Existenzgrundlagen zu leben, und dem Verharren in den festgefahrenen Verhältnissen trotz des Wissens um ihre immanenten Risiken. Die Lösung dieses Widerspruchs heißt Empowerment, Selbstermächtigung der Einzelnen zur Mitbestimmung über die wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Lösung heißt partizipative Erweiterung der repräsentativen Demokratie und Ausweitung der Demokratie auf die Wirtschaft.

Oben wurde bereits deutlich, dass die dezentrale Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien eine strukturelle Einladung zur Beteiligung der Menschen vor Ort an den Entscheidungen über die technische, ökonomische, ökologische, soziale und emanzipatorische Gestaltung der Energiewende ist. Der dezentrale Charakter der erneuerbaren Energien ist eine besonders günstige Voraussetzung auch dafür, in der Energiewirtschaft Veränderungen mit wirtschaftsdemokratischen Vorzeichen durchzusetzen. Aber diese Einladung muss angenommen, die günstigen Bedingungen müssen genutzt werden. Auf der einen Seite dadurch, dass von Politikern und Verwaltungen beteiligungsfreundliche Verfahren, Gremien und öffentliche Räume formell gesichert werden, auf der anderen Seite dadurch, dass diese Möglichkeiten ausgeschöpft und von den zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst erweitert und gestaltet werden.

- Der Betrieb von Stadtwerken in kommunaler Hand und die Rekommunalisierung von Stadtwerken und Netzen allein sind noch keine hinreichende Bedingung für einen zugleich sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Umbau. Auch kommunale Stadtwerke realisieren nicht selten ungerechtfertigt hohe Energiepreise, verhalten sich in vielen Fällen wie private Marktakteure und versuchen beispielsweise, ihre Kosten zulasten der Arbeitsbedingungen zu senken. Gegen solche Tendenz ist der Einfluss der Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger von Kommunen auf die Durchsetzung erneuerbarer Energien und verbesserter Energieeffizienz und auf die Entwicklung der Stadtwerke von Energieversorgern zur Energiedienstleistern, aber auch auf angemessene Löhne, Arbeitsbedingungen, Gewinnverwendung und die Mitbestimmung im Unternehmen zu stärken.

- In Dörfern, die für eine eigene Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien sorgen, sollte dies ebenfalls nicht allein die Angelegenheit des Bürgermeisters und einzelner initiativreicher örtlicher Unternehmer sein. Die Kombination unterschiedlichster regenerativer Energien, die Kopplung von Strom- und Wärmeversorgung, der sparsame Energieverbrauch in den Haushalten oder die Verwendung möglicher Gewinne für soziale Aufgaben in der Gemeinde bedürfen des Mituns und der Mitentscheidung der Dorfbewohner.

- Die Entscheidung über Standorte von Windrädern oder Biogasanlagen und über Trassenführungen wird nur bei Bürgerbeteiligung von Beginn an zu den bestmöglichen Resultaten unter Beachtung unterschiedlicher Interessen führen. Gegenwärtig zählt die Landesregierung zu den schwierigsten Problemen beim Ausbau der erneuerbaren Energien den Widerstand von Bürgerinitiativen vor Ort gegen in ihrer Nachbarschaft geplante Windkraft- und Biogasanlagen und gegen Trassenführungen. Ohne Beilegung von Streit um örtliche Projekte der Energiewende kann es zu langen Verzögerungen in der Einführung der erneuerbaren Energien kommen. Obrigkeitliche Regelungen sind dafür jedoch untauglich. Lösungen sind nur durch eine Bürgerbeteiligung möglich, die Bildungsarbeit, bestmögliche Information, Einsicht in Problemlagen und größere Zusammenhänge, wechselseitige Berücksichtigung von unterschiedlichen Interessen und kommunikative Aushandlung von Interessenkonflikten einschließt.

- Ob die energetische Sanierung des Gebäudebestandes ein Geschäft der Vermieter wird oder ob die Mieter einen gerechten Anteil an der erreichbaren Energiekostensenkung erhalten, hängt nicht zuletzt vom eigenen Engagement der Mieter ab.

- Partizipative Demokratie ist aber auch für Entscheidungen geboten, die auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene fallen. Ob ein mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 sein soll oder ob Vattenfall mit einem neuen Kraftwerk in Jänschwalde diesen Ausstieg um Jahrzehnte hinauschiebt, gehört zu den Fragen, die auch in Demonstrationen und anderen Widerstandsaktionen, in Klimacamps, medialen Diskursen und politischen Kampagnen entschieden wird. Nicht zuletzt aber bedeutet Erneuerung der Demokratie, solche Rahmenbedingungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu erkämpfen, dass die Bürgerinnen und Bürger eben nicht für jede einzelne Verbesserung unentwegt streiten und Kraft aufwenden müssen. Vielmehr müssen die Verhältnisse so gestaltet werden, dass die meisten Prozesse durch die gewählten Politiker, durch ehrenamtliche Gremien und die Verwaltungsapparate nach den Kriterien einer solidarischen gerechten Gesellschaft bewältigt werden. Dann ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit einem Zeitaufwand möglich, der für sie akzeptabel ist und nicht zum Erlahmen ihrer Aktivität führt.

Energiedemokratie auf allen Ebenen ist das Gebot. Sie wird dann größtmögliche Erfolge zeitigen, wenn energiepolitische Akteure ihr Engagement mit Kämpfen um mehr Bürgerpartizipation in anderen Bereichen der Gesellschaft verbinden, um Mitentscheidung im Rahmen von Bürgerhaushalten, um gute Arbeit im Sinne einer Vier-in-einem-Perspektive (Haug 2008), um eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen einschließlich starker demokratischer Selbstverwaltung oder um Bürgereinfluss auf eine Verkehrswende zu nachhaltiger Mobilität für alle. Energiedemokratie ist als wesentliches Feld der Erneuerung der Demokratie in Deutschland und Europa zu verstehen.

#### **4.4 Leitidee 4: Energiewende als Teil umfassender Friedens- und Sicherheitspolitik und globaler Solidarität**

Michael Schumann schrieb im Rahmen des Diskurses über das erste Grundsatzprogramm der damaligen PDS: «Der Dreh und Angelpunkt des Gesamtentwurfs wie der spezifischen Programmfragen ist der globale Politikansatz, das heißt das Ausgehen von dem unser Zeitalter prägenden existenzgefährdenden Zustand der Weltzivilisation.» (Schumann 2004, 69)

Eine dem 21. Jahrhundert gemäße Strategie der Linken muss sich dem Andauern von Rüstungsproduktion und Kriegen und der anhaltenden Möglichkeit selbst des Einsatzes von Atomwaffen stellen. Die vielschichtigen Ursachen von militärischen Konflikten und Kriegen zu beseitigen, Konflikte präventiv zu bearbeiten und ausgebrochene Konflikte friedlich beizulegen, gehört zu den größten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Eine moderne linke Erzählung handelt nicht zuletzt davon, wie das 21. Jahrhundert dem Menschheitstraum vom Frieden auf der Erde entsprechen könnte. Eine Energiewende hat auch zu dieser Dimension eines alternativen Gesellschaftsprojekts und der Erzählung davon einen engen Bezug. Sie kann in eine friedenssichernde internationale Solidarität bedeutende Potenziale einbringen.

- Die Geschichte kapitalistischer Expansion ist in hohem Maße die Geschichte der Eroberung von Ressourcen rund um die Erde durch die kapitalistischen Zentren. Die Aneignung von Ressourcen

war von Beginn an eine Haupttriebkraft des Kolonialismus und Neokolonialismus und immer wieder das Ziel von Eroberungskriegen. Mit dem Aufstieg von Öl und Gas als zentrale Energieträger neben der Kohle und dem Uran rückte der Zugriff auf Öl- und Gasreserven in das Zentrum imperialer Geopolitik. In den Militärdoktrinen der USA, der NATO, Russlands und auch der Bundesrepublik wird der Zugang zu strategischen Ressourcen als Sicherheitsinteresse der jeweiligen Mächte definiert, dem auch der mögliche Einsatz von Streitkräften zu dienen habe. In den Golfkriegen, im Irakkrieg und im Krieg in Afghanistan, das als Transitland für Öl aus den transkaukasischen Staaten Bedeutung hat, ging und geht es nicht zuletzt immer um Öl. Öl-Interessen veranlassten westliche Staaten zu politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung von Diktatoren im Nahen Osten und in Afrika, die nicht vor Bürgerkriegen gegen die eigenen Völker zurückschrecken. Aserbaidshan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, beherrscht von Clans und Oligarchien, wurden zu sogenannten NATO-Kooperationsländern erkoren, deren Attraktivität in ihrem Ressourcenreichtum und vor allem in Öl- und Gasvorkommen besteht. Russland und China registrieren die NATO-Interessen an strategischen Ressourcen in ihrer Nachbarschaft mit Misstrauen und Stärkung der eigenen militärischen Potenziale.

Der Weltkonflikt zwischen zur Neige gehenden Ressourcen und weltweit wachsendem Bedarf führt zu wachsenden Rivalitäten um die noch vorhandenen fossilen Energiereserven (Scheer 1999, 104 ff.). Absehbar sind massive Preissteigerungen als Folge von Verknappungen und Rückgriffen auf schwerer und nur teurer erschließbare Vorkommen (schwere Öle, Teersand, Ölschiefer und Ölorkommen in großen Meerestiefen und Polargewässern). Das wird die armen Länder besonders belasten und weitere soziale Konflikte auslösen, die wiederum nicht selten auch in militärischen Formen ausgetragen werden. Je länger am Fossilismus festgehalten wird, desto mehr ist die internationale Sicherheit bedroht. Die fossilistische Energiewirtschaft ist ein erdumspannendes und mit gefährlichen militärischen Spannungen verbundenes System. Öl- und Kohlemärkte sind globale Märkte mit internationalen Preisbildungsmechanismen, verbunden durch Tankerflotten und Tausende Kilometer grenzüberschreitender Pipelines, durch die Abhängigkeit von zentralistischen Strukturen, in deren Mittelpunkt Großkraftwerke und Raffinerien transnationaler Unternehmen stehen, die in vielen Ländern eng mit militär-industriellen Komplexen verbunden sind.

Fortschritte in Brandenburg zur Abkehr von fossilistischen Strukturen sind daher keine landesinterne oder allein bundesdeutsche Angelegenheit. Sie sind Teil einer Transformation, in der es nicht zuletzt um eine Minderung militärischer Risiken geht. Auch das gehört zu den orientierenden Werten einer Hinwendung zu den erneuerbaren Energien, deren weltweite Verfügbarkeit ihre militärische Sicherung ad absurdum führt.

- Eine nachhaltige Energiewende ist auch in anderer Weise mit einer umfassenden oder komplexen Sicherheitspolitik verbunden. Die Armut in vielen Erdregionen gebiert Gewalt bis zu militärischen Konflikten. Zu dieser Armut gehört die Energiearmut eines großen Teils der Bevölkerung. Zu den Todsünden des Versuchs nachholender Modernisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern gehört die Übernahme der zentralistischen Strukturen der Energiewirtschaft aus der westlichen Welt. Hermann Scheer bezeichnete dies als Energietragödie der Entwicklungsländer (Scheer 2010, 217 ff.).

Die zentralistischen energiewirtschaftlichen Strukturen sichern notdürftig die Energieversorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung im globalen Süden – wenn von den ausgedehnten Slums abgesehen wird. Doch in den meisten Entwicklungsländern lebt ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Lande und ist durch das Fehlen großer Leitungsnetze von der Energieversorgung weitgehend ausgeschlossen. Die Investitionskraft wird häufig durch Energieimporte absorbiert und reicht für die Vernetzung der riesigen ländlichen Räume nicht aus.

Der Umstand, dass in den Entwicklungsländern große Räume noch nicht von den Strukturen eines konservativen Energiesystems überzogen sind, birgt allerdings eine Chance für die Verbreitung erneuerbarer Energien, für ihre Erzeugung mit relativ geringem Investitionsaufwand in kleinen dezentralen Anlagen ohne landesübergreifende Netze. Ein solcher Weg zur Überwindung der Energiearmut ist zugleich ein Beitrag für eine alternative Entwicklungspolitik und zur Konfliktminderung in der Dritten Welt. Dieser Weg eröffnet auch die Möglichkeit, eigene Rohstoffe vermehrt in den Entwicklungsländern selbst mit positiven Beschäftigungs- und Wachstumseffekten zu verarbeiten, statt sie zu exportieren. Gegenwärtig fehlt für eine solche Verarbeitung im Lande selbst häufig die notwendige Energiebasis.

Hermann Scheer hat seinem letzten Buch «Der energetische Imperativ» darauf gedrängt, mithilfe von Null-Zinskrediten eine Offensive für Investitionen in erneuerbare Energien vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern anzustoßen. Mit den eingesparten Brennstoffkosten könnten die Kreditsummen ohne Aufschlag zurückgezahlt werden. Einen Anstoß für eine Null-Zinskreditvergabe in großem Stil durch öffentliche Finanzinstitutionen oder durch private Banken, denen die Differenz zum normalen Zins staatlich erstattet würde, sollte nach seiner Vorstellung von einem G20-Gipfel ausgehen (ebenda, 138 f.). Erforderlich ist, dass die Weltbank, aber auch Deutschland und andere Industrieländer Investitionen in fossile Großprojekte in Entwicklungsländern einstellen und stattdessen die Kooperation auf die Durchsetzung erneuerbarer Energien konzentrieren.

- Eine solare Energiewende ist ferner in anderen Zusammenhängen zugleich friedensfördernde Politik. Sie steht im Zentrum einer Klimapolitik zur Abwendung einer Klimakatastrophe. Der weitere Klimawandel bedroht durch Dürren, Überschwemmungen, Wasserknappheit, Verschiebungen der Klimazonen und andere Veränderungen Leben und Gesundheit von Hunderten Millionen Menschen. Im Sudan beispielsweise ist bereits zu beobachten, dass der Klimawandel Migrationsströme auslöst, die ihrerseits zu militärischen Konflikten beitragen. Energiepolitik ist als Klimaschutzpolitik zugleich Sicherheitspolitik. Die solare Energiewende ist verwoben mit den sozialen Geschicken der Menschen in großen Teilen der Erde. Sie ist Teil der Lösung von Umwelt- und Klimaproblemen, und sie ist unverzichtbar für eine Sicherheitspolitik, die auf globalen Frieden zielt.

Deshalb ist ein wichtiges Moment der Energiekämpfe in Brandenburg, dass Akteure dort durch Treffen wie in Klimacamps und fortdauernd über das Internet einen Bezug zu internationalen Energiekämpfen haben. In der Vorbereitung des Klimacamps vom August 2011 in der Lausitz informierte Robin Wood beispielsweise über den Kampf der Bewohner des Dorfes Bungku auf Sumatra gegen den Raub ihres Landes durch den Internationalen Palmölkonzern Wilmar für seine Plantagewirtschaft. Über Vattenfall berichtet Robin Wood von Konflikten dadurch, dass der Konzern nach dem

Erwerb von Anteilen an dem Holzlieferanten Buchanan in Liberia plant, aus dem Regenwaldgebiet jährlich eine Million Tonnen Holz für seine Berliner Kraftwerksproduktion zu importieren. Berichtet wird ferner über Proteste in Rotterdam und London gegen die Regenwaldzerstörung durch Unilever, in allen Fällen verbunden mit Spendenaktionen im Namen internationaler Solidarität.

Zusammenfassend gilt: Linke Energiepolitik muss stets mehr als begrenzte Fachpolitik sein. Die Anforderungen an sie sind gesetzt durch ihre Stellung in Zusammenhängen, die hier als Viereck einer zeitgemäßen linken Erzählung gekennzeichnet werden.

## **5 Nur technologische Umwälzung oder Chance des Einstiegs in eine emanzipatorische sozialökologische Transformation?**

Aus den bisher dargestellten Überlegungen folgt: Eine alternative Energiepolitik bricht mit dem Fossilismus, der als ein zentrales Element der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft, als elementare Voraussetzung kapitalistischer Expansionsdynamik betrachtet werden darf und der eine Machtbasis transnationaler Unternehmen im innersten Kreis der ökonomischen Machteliten ist. Eine auf alternativen Energien, Energieeffizienz und -suffizienz beruhende Energiewende birgt beträchtliche Potenzen für eine gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht, ist ein Hauptfeld sozialökologischen Umbaus, eröffnet durch dezentrale Strukturen wichtige Zugänge für eine partizipative Erneuerung der Demokratie von unten und hat höchste Bedeutung für komplexe internationale Sicherheit mit großen Anforderungen an internationale Solidarität.

Eine alternative Energiewende ist demnach potenziell nicht allein ein einschneidender hochkomplexer Wandel in der Technologie- und Wirtschaftsstruktur. Sie birgt Potenziale eines demokratischen, sozialen, ökologischen, ökonomischen und kulturellen Wandels der Gesellschaft. Die große Frage ist, ob diese Möglichkeiten durch eine radikale Realpolitik ausgeschöpft werden können.

Bisher verteidigt der fossilistisch-atomare Komplex seine konservativen Machtstrukturen verbissen gegen das Vordringen der erneuerbaren Energien, einschließlich des eigenen Engagements auf diesem Feld, soweit es sich – wie etwa in Gestalt von riesigen Offshore-Windparks oder des Desertec-Projekts – in die gegebenen Eigentumsverhältnisse und Unternehmensstrukturen einfügen lässt. Aber der Trend des technologischen Fortschritts, der Druck des Klimawandels, die voraussehbare Verknappung der fossilen Ressourcen und die Kämpfe energie- und klimapolitischer Bewegungen haben längst das Ende des Fossilismus eingeläutet.

Offen ist jedoch, ob die großen Energieversorgungsunternehmen wie so oft in der Geschichte des

Kapitalismus progressive Entwicklungen in ihre eigene Herrschaftsstruktur, in ihre oligopolistische Macht, in zentralistische Standortpolitik integrieren werden oder ob es gelingen wird, die systemwidrigen und weit über die Grenzen von Kapitalverhältnissen hinausweisenden emanzipatorischen Potenziale einer Energiewende voll zur Geltung zu bringen.

Für die brandenburgische Energiepolitik birgt dies eine die Landesgrenzen sprengende Verantwortung für Eindeutigkeit, insbesondere für einen klaren Kurs auf den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ohne den Neubau von Kohlekraftwerken. Der Befund in dem hier vorliegenden Beitrag lautet: Die Landesregierung, die Partei DIE LINKE eingeschlossen, bleibt mit der «Energiestrategie 2030» für das Land Brandenburg diesen klaren Kurs schuldig. Immer noch werden länger als erforderlich Optionen zur Verlängerung der Braunkohleverstromung offen gehalten.

Tatsächlich bietet die Energiewende wie nur wenige andere zentrale Felder gesellschaftlicher Veränderung die Möglichkeit, technologische Umbrüche als Einstieg in eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft zu nutzen (siehe Abschnitt 3.5). Darin besteht eine der Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zu erinnern ist an Michael Schumanns Überlegung: «Der Transformationsbegriff ... meint die Aktualisierung von Entwicklungspotenzen der gegenwärtigen Gesellschaft als politische Aufgabe mit dem Ziel der Schaffung einer neuen humanen Lebensform.» (Schumann 2004, 71)

Werden die Energiekonzerne, Banken und institutionellen Anleger diese Chance durch die Okkupation der Energierevolution als Feld der eigenen Kapitalakkumulation zunichtemachen? Dann würde das gleichzeitige Festhalten an fossilen Energieträgern die Durchsetzung erneuerbarer Energien weiter hemmen. Die zentralistischen Oligopolstrukturen würden der Selbstbestimmung von Millionen Akteuren über die eigene Energieerzeugung und -verteilung weiter entgegenstehen. Die Energiearmut in Entwicklungsländern würde länger andauern. Wirksame Klimapolitik würde weiter so lange verschleppt werden, bis schließlich akute Katastrophen größten Ausmaßes die Begründung für anti-soziale ökodiktatorische Regime ergeben könnten. Das wäre der Weg einer staatsinterventionistischen Fortsetzung des neoliberalen Kapitalismus bei partieller Aufnahme von Elementen eines grünen Kapitalismus in die Sicherung der Profitdominanz (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011, 13-19, 22-27).

Unter bestimmten Voraussetzungen, die gegenwärtig allenfalls in Ansätzen existieren, ist aber in Europa auch eine postneoliberale Transformation zu einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft möglich, die demokratischer als gegenwärtig verfasst ist, sich Schritten zu einer Erneuerung des Sozialstaats nicht verschließt, sich einem ökologischen Umbau der Gesellschaft öffnet und unter dem Druck der globalen Probleme Wege zu ihrer friedlichen und kooperativen Lösung beschreitet. Die Energiewende – auch in Brandenburg – als Teil solchen Richtungswechsels zu gestalten, ist die Aufgabe der Linken in möglichst breiten Bündnissen mit allen Kräften, die das von Hans Jonas formulierte «Prinzip Hoffnung» auf ihr eigenes Handeln beziehen.

Eine solche Veränderung ist nur vorstellbar, wenn im öffentlichen Bewusstsein eine entscheidende Veränderung erfolgt: wenn große Teile der Bevölkerung zu sich selbst mehr Vertrauen entwickeln als

zu den Machteliten. 15 Weltklimakonferenzen haben seit 1972 stattgefunden, nur die Schäden durch den Klimawandel wachsen ständig an. Die Zahl der internationalen und europäischen Gipfeltreffen zur Überwindung der Finanzkrise ist kaum noch zu übersehen, nur die Krise dauert an. Und das, was gegen sie unternommen wird, läuft auf die Zahlung von Milliarden Euro zur Rettung der Krisenverursacher und auf Sparprogramme zulasten der unschuldig von der Krise betroffenen Bevölkerung hinaus. Die Grundentscheidungen darüber fallen in kleinen elitären Machtzirkeln und höhlen die Demokratie aus. Die Einsicht liegt nahe: «Sie können es nicht!»

Die Proteste um Stuttgart 21, gegen die ursprünglich beschlossene Verlängerung der AKW-Laufzeiten, gegen neue Startbahnen von Großflughäfen, gegen CCS-Technologien und – symbolisiert in der Occupy-Bewegung – gegen die Banken verweisen auf ein gärendes Widerstandspotenzial. In Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern finden Massenstreiks und Großdemonstrationen gegen die unsoziale neoliberale Wirtschaftspolitik statt. Aber noch werden die, die es nicht können, in Deutschland und in anderen Ländern immer wieder gewählt. Ihre Macht beruht nicht zuletzt darauf, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung gelingende Alternativen nicht vorstellen kann.

Was aber könnte geschehen, wenn die Bedürfnisse und Hoffnungen der Mehrheit in einem überzeugenden alternativen Gesellschaftsprojekt Niederschlag fänden? Wenn es gelänge, im Rahmen eines solchen Zukunftsprojekts zusammen mit den Betroffenen konkrete realisierbare Teilprojekte in die öffentliche politische Auseinandersetzung einzubringen, dafür Akteure zu mobilisieren und auf solche Weise die Erfahrung zu verankern, dass Alternativen Wirklichkeit werden können?

Die Voraussetzung dafür wäre, dass die plurale gesellschaftliche Linke es fertigbringt, das Trennende zwischen den verschiedenen Kräften, Strömungen, Bewegungen und Parteien, zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften zu überwinden und die Grundideen eines gemeinsamen Transformationsprojekts zur Grundlage solidarischer Aktionen und von Kämpfen um eine linksdemokratische geistige Hegemonie in der Gesellschaft zu machen. Die Voraussetzung wäre eine breite Bündnispolitik, die den Kern der Lohnabhängigen, die von Abstieg bedrohten Arbeitnehmer, die längst in prekären Verhältnissen Lebenden und die für soziale Gerechtigkeit offenen libertären Milieus der Mitte, Unternehmer und Intellektuelle um die wichtigsten Ideen einer solidarischen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft zusammenführt (Brie 2008, 13-45).

Die Vorreiterstellung Brandenburgs in der Zuwendung zu erneuerbaren Energien resultiert durchaus aus der Aktivität ganz unterschiedlicher Kräfte mit ähnlichen Zielen. Träger dieser Entwicklung – so wurde in dem hier vorgelegten Beitrag deutlich – sind Bürgerinitiativen gegen neuen Kohletagebau und gegen CCS, Dorfgemeinschaften, die für den Erhalt ihrer Heimat kämpfen, Klimaaktivisten, Bewegungsbündnisse gegen Atomkraftwerke und Kohleverstromung, Nichtregierungsorganisationen, Dörfer und städtische Kommunen auf dem Weg zu eigener hundertprozentiger Versorgung aus erneuerbaren Energien, private und kommunale Betreibergesellschaften, Industrie- und Handelskammern, Produzenten von alternativen Technologien, wissenschaftliche Einrichtungen, die SPD trotz ihrer Bindung an die Braunkohle, die Linkspartei und die Grünen und ihre Landtagsfraktionen, Teile des ministeriellen Apparates, Journalisten und Lehrer.

Verbindende Elemente zwischen ihnen sind unter anderem Protestaktionen gegen eine konventionelle Energiepolitik, kommunale und regionale Energieprojekte, öffentliche Diskurse, Tagungen zur Energiepolitik, Workshops, Klimacamps, Mitwirkung in ministeriellen Beiräten und in regionalen Planungsgemeinschaften. Über eine technologische Energiewende hinausgehende gesellschaftspolitische Alternativvorstellungen klingen dabei vielfach an, werden aber kaum systematisch verfolgt.

In Gesprächen des Autors mit Einwohnern von Beeskow bei einem Fackelzug gegen CO<sub>2</sub>-Verpressung, die nach ihrer Auskunft zum ersten Mal an einer Protestveranstaltung teilnahmen, zeigte sich durchaus eine Politisierung über eigene unmittelbare Betroffenheit hinaus. «Die haben doch kein Gewissen, ob CCS oder ob sie den Menschen ihr Land in Afrika wegnehmen.» «Ob Sie unser Grundwasser gefährden oder mit Lebensmitteln panschen – es ist doch immer derselbe.» «Sollen sie das Geld doch statt in die Banken in die Erneuerbaren stecken – dann brauchen wir keine neuen Kohlekraftwerke.» In das anonyme «Sie» wird nicht selten auch DIE LINKE eingeschlossen. «Die wackelt doch auch immer hin und her.» Bei aller Notwendigkeit von Kompromissen muss die Linkspartei daran festhalten, dass auch Kompromisse erkennbar einem Richtungswechsel der Politik dienen, um dafür breite Allianzen zu schaffen. Eine Linke, die mit ihrer Erzählung ein alternatives Profil schärfen, Verlässlichkeit aufweisen will und sich in Wahlkämpfen von solcher Erzählung auch leiten lässt, darf den Zusammenhang zwischen den einzelnen Grundideen dieser Erzählung nach den Wahlen nicht aus dem Blick verlieren. Zugunsten des einen Kapitels der Erzählung das andere zu überblättern, zerreißt das Ganze und hinterlässt Schäden, die schwer zu reparieren sind.

Hier ist der Kreis von Betrachtungen zur Energiewende in Brandenburg zu schließen. Zu fragen ist danach, ob sich in der Brandenburger Energiewirtschaft Momente einer sozialökologischen Transformation abzeichnen, die entschieden gestärkt werden können, oder ob die Veränderungen im Brandenburger Energiesektor weiter in zu geringem Maße mit einem sozialen und demokratischen Umbau verbunden werden.

Im Bericht des Netzwerkes und des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung «Lage in Ostdeutschland» aus dem Jahr 2006 werden zwei nicht identische, aber eng miteinander verbundene Fragen aufgeworfen: die Frage nach Möglichkeiten für einen neuen Anlauf zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands und die Frage nach einem sozialökologischen Richtungswechsel der gesellschaftlichen Entwicklung. Erstens werden «Regenerative Energien (als) Ausgangspunkt für die Suche nach einem neuen wirtschaftlichen und sozialen ökonomischen Entwicklungstyp» angesehen (Netzwerk/Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung 2006, 11). Zweitens wird eine Strategie des Umbaus der Arbeit zur Zurückdrängung der in Ostdeutschland nach wie vor im Vergleich zu Westdeutschland weit höheren Arbeitslosigkeit als ein weiterer Ausgangspunkt für Transformationsprozesse betrachtet. Denn nur aus den Erfahrungen von Selbsthilfeprojekten des täglichen Überlebens, von geförderten ökologischen und sozialen Projekten, aus regionalen Kooperationsformen und Unternehmensnetzwerken könne eine neue selbstbestimmte Kombination von Erwerbsarbeit, unbezahlter Reproduktionsarbeit, sinnvollem gesellschaftlichen Engagement und Selbstentfaltung in der Freizeit bei menschenwürdigen Sozialeinkommen für Übergangszeiten erwachsen (ebenda, 9 f.). Frigga Haug nennt eine solche Kombination in geschlechtergerechter Weise

die Vier-in-einem-Perspektive (Haug 2008, Biesecker/Hofmeister 2006).

Als Chancen in der ostdeutschen Energiewirtschaft für einen Transformationsprozess jenseits der Fortsetzung des «Nachbaus West» werden unter anderem genannt:

- Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und -suffizienz bieten einen Wachstumsmarkt, der im Unterschied zu den meisten anderen Branchen noch nicht weitgehend von übermächtigen Konkurrenten besetzt ist.
- Anders als in anderen Branchen bieten das Energieeinspeisegesetz beziehungsweise das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit langfristigen Vergütungsgarantien eine verlässliche gesetzliche Grundlage auch für kleine Investitionen.
- Die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist im Energiebereich nicht zwangsläufig von vornherein ein Wettbewerbsnachteil, sondern ermöglicht Erfahrungen, die in eine dezentrale Energieerzeugung und -versorgung eingebracht werden können.
- Die ausgedehnten Landwirtschaftsflächen in Nordostdeutschland und die hochproduktiven landwirtschaftlichen Großbetriebe mit ihrer beträchtlichen Lieferfähigkeit sind günstige Bedingungen für eine Energiewirtschaft neuer Art. Für Biokraftstoffe ist Ostdeutschland heute schon – nicht ohne Probleme – der führende Standort in Europa. (Wenn allerdings die Energieerzeugung aus Biomasse den Vorrang der Nahrungsmittelerzeugung und Rohstofflieferung bedroht oder gar auf dem Import von Biomaterial beruht, werden die Grenzen ökologischer Vernunft überschritten.)
- Die zum Teil aus der Not ostdeutscher Schwierigkeiten geborenen Ansätze für lokale und regionale Kreisläufe bieten Anknüpfungspunkte auch für eine dezentrale Energiewirtschaft.
- Die relativ geringen Investitionen in dezentrale Energieerzeugungsanlagen und -netze können meist aufgebracht werden, ohne von externen Investoren abhängig zu sein.

Auch die Autoren des Buches mit dem doppelbödigen Titel «Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs» heben günstige Bedingungen Ostdeutschlands für eine Energiewende hervor: das Vorhandensein lokaler und regionaler Kreisläufe, die Verbreitung von kommunalem Eigentum, von Stadtwerken und Genossenschaften, kleinteilige Organisationsformen, die Vernetzung von kleinen Unternehmen untereinander in der Kooperation mit regionalen Forschungsinfrastrukturen und das Vorhandensein von Keimzellen alternativer Energiewirtschaft wie Klimaschutzinitiativen, Bioenergie-dörfer, Energiegenossenschaften und Bürgerkraftwerke (Keppler/Schröder/Nölting 2011, 23,30).

Die Autorengruppe verweist jedoch auch auf ungünstige Bedingungen in Ostdeutschland, die nach ihrer Erwartung zwar eine «Energiewende im Sinne eines sozio-technischen Regimewechsels» (ebenda, 236 f.) und vielleicht sogar eine Vorreiterrolle Ostdeutschlands für eine Energiewende zulassen, aber gegen die Möglichkeit sprechen, dass diese Energiewende Anstoß für weitreichende gesellschaftliche Transformationsprozesse werden könnte. Zu diesen ungünstigen Bedingungen zählt die Gruppe vor allem, dass Ostdeutschland keine breite Technologieführerschaft im Bereich erneuerbarer Energien besitzt. Dieser Aspekt wird übrigens im Entwurf der «Energiestrategie 2030» des Brandenburger Wirtschaftsministeriums optimistischer eingeschätzt (Ministerium für Wirtschaft 2011, 27-30). Eine so wichtige Differenz bedarf sicher genauerer Überlegungen. Ferner wirkt die schwache Kapitalbasis als Hemmnis für eine Energiewende in Ostdeutschland. Trotz der Vorteile

regionaler (Energie-)Märkte für den Start neuer Energieversorger sind diese doch für die weitere Entwicklung teilweise zu klein und schrumpfen zudem im Gefolge demografischer Veränderungen oft noch (ebenda, 24). Die guten Sonderbedingungen in Ostdeutschland wie der Solidarpakt II laufen überdies aus oder werden wie die Finanzierung aus dem Europäischen Strukturfonds herabgestuft. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung der Autoren, «dass eine Energiewende in Ostdeutschland den Einstieg in einen sozialökologischen Pfadwechsel bedeuten kann (wie im Verbund Ostdeutschlandforschung angenommen wird – D. K.), ist angesichts der Ausgangsbedingungen, der räumlichen Beschränkungen und theoretischer Überlegungen zu sprunghaften gesellschaftlichen Transformationen deutlich unwahrscheinlicher.» (Nölting/Schröder/Kollmorgen/Keppler 2011, 237)

Zwar ist bei den im Verbund Ostdeutschlandforschung kooperierenden Wissenschaftlern und in der linken Transformationsforschung von sprunghafter Transformation gar nicht die Rede, aber tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit nicht groß, dass von einer ostdeutschen Energiewende eine umfassende emanzipatorische sozialökologische Gesellschaftstransformation ausgehen wird. Die politischen Kräftekonstellationen und Eigentumsverhältnisse entsprechen solcher Herausforderung gegenwärtig nicht. Aber der Umkehrschluss, dass die in Gang geratene und in den ostdeutschen Bundesländern besonders fortgeschrittene Zuwendung zu den erneuerbaren Energien etwa keine Potenziale für künftige sozialökologische demokratische Transformationsprozesse berge, wäre falsch.

Immerhin wurde in Brandenburg die Verfügung des Vattenfall-Konzerns über sein Eigentum durch den öffentlichen Widerstand gegen die Braunkohlepläne des Konzerns zumindest eingeschränkt. Brandenburg gehört unter den Bundesländern zur Spitzengruppe bei der Durchsetzung von Technologien, die quer zur zentralistischen Struktur des monopolisierten Fossilismus liegen. Diese Entwicklung vollzog sich zum Teil in der Gestalt bürgernaher Eigentumsformen. Immerhin stecken im Aufbruch zu Energiedörfern, die sich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgen, und zu entsprechenden Energieregionen die Selbstermächtigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihre Mitsprache und der Einsatz erheblicher kreativer Potenziale vor Ort.

Diese Ansätze werden sich zweifellos nicht im Selbstlauf über eine technologische Umwälzung hinaus mit weiter reichenden politischen und sozialen Veränderungen der Gesellschaft verbinden. Aber in der Gesamtstruktur der Energiewende steckt – wie in diesem Beitrag dargestellt – das Potenzial dafür. Ein wesentlicher Unterschied in den Bedingungen für die Entfaltung dieses Potenzials der ostdeutschen Bundesländer im Vergleich zu Westdeutschland ist das größere Gewicht der Partei DIE LINKE im Parteien- und parlamentarischen System der neuen Bundesländer. In Brandenburg steht die Partei sogar in Regierungsverantwortung. Allerdings ist dies nur der Möglichkeit nach ein starker Faktor, um die Energiewende gestützt auf eine bewusste Strategie mit einer Vielzahl von Einstiegsprojekten in einen neuen Anlauf Ostdeutschlands zu einer selbsttragenden progressiven Entwicklung (Netzwerk/Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung 2006, 5) und in eine emanzipatorische sozialökologische Transformation einzubringen. Solange nur 37 Prozent der Brandenburger überhaupt wissen, dass sie eine Regierung unter Beteiligung der LINKEN haben, wird diese Möglichkeit nur sehr begrenzt wirksam werden (neues deutschland, 9.2.2012). Linke Akteure müssten bewusst die Verbindung zwischen Energiewende und Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse, Ener-

giewende und partizipativer Demokratie von unten, Energiewende und Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge, Energiewende und Strukturpolitik, Energiewende und Veränderungen der Regulationsweise einfordern und organisieren.

Im Rahmen der «Energiestrategie 2030 für das Land Brandenburg» müsste der Vorschlag geprüft werden, Ressourcen des Bundes, des Landes, der EU, der privaten Wirtschaft und lokaler Akteure für ein entschieden weiter als bisher reichendes Investitionsprogramm zur Beschleunigung der Energiewende in Ostdeutschland zusammenzuführen (Netzwerk/Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung 2006, 13).

Wird in solcher Neugewichtung einer strukturpolitischen Intervention eine Chance des Abrückens vom neoliberalen Marktradikalismus gesucht werden? Wird versucht, die Energiewende in Brandenburg in Kooperation mit anderen ostdeutschen Ländern in den Zusammenhang eines neuen Anlaufs zu selbsttragender Wirtschaftsentwicklung zu stellen? Wird darüber nachgedacht, statt des Kraftakts nächster Bankenrettungsschirme die Dringlichkeit eines ganz anderen gesellschaftlichen Kraftakts, des Einstiegs in eine sozialökologische Transformation, in das öffentliche Bewusstsein zu heben? Sollte die Brandenburger Linkspartei zusammen mit anderen Akteuren einer Energiewende einen solchen weiten Horizont für diese Wende ins Auge fassen? Sollte sie im Licht dieser Möglichkeit das strategische Format linker Brandenburger Energiepolitik einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und dies in einem öffentlichen Zukunftsdiskurs tun?

Würde dies geschehen, so könnte dies unter der Voraussetzung einer wesentlichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links den Einstieg in eine postneoliberale Entwicklung ermöglichen. Diese würde sich noch auf kapitalistischen ökonomischen Grundlagen vollziehen und doch schon zunehmend von Tendenzen und Elementen mitgeprägt werden, die nicht das Gewinnstreben von Unternehmen, wohl aber die Dominanz des Profits über alle anderen Entwicklungsziele infrage stellen. Es wäre dies eine Transformation im Rahmen des Kapitalismus, die allerdings bereits Elemente und Tendenzen einschließt, die über den Kapitalismus hinausweisen. Es wäre der Beginn einer doppelten Transformation.

Eine solche Vorstellung mag angesichts der realen Kräfteverhältnisse als Illusion erscheinen. Aber große Teile der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern empfinden die gegenwärtige bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft längst nicht mehr als gerecht. Viele nehmen die Demokratie als ausgehöhlt durch «die da oben» wahr, die nach ihrer Beobachtung die Bindung an ihre Wähler verloren haben. Der Glaube an eine durch die Märkte glücklich gelenkte soziale Marktwirtschaft ist dahin. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, das Flaggschiff großbürgerlicher Meinungsbildung unter den Printmedien, und die Financial Times Deutschland druckten ganze Artikelserien über die Malaisen des Kapitalismus. Zur Rhetorik solcher Beiträge meint FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher, sie sei «früher ausschließlich militanten, systemfeindlichen Kräften ... vorbehalten» gewesen (Schirrmacher 2010, 9). Der Chef des elitären Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, schrieb in der Financial Times Deutschland: «Das System, das uns in die Krise geführt hat,

ist längst überholt, aber wir verleugnen diese Realität zu unserem eigenen Nachteil. Wir gehen schizophoren mit der neuen Realität um und tun weiterhin so, als hätte sich nichts Grundlegendes geändert.» (FTD, 25.1.2012)

Strategisch denkende und problembewusste Teile der Machteliten sind durch die Krisen der Gegenwart zutiefst beunruhigt und alarmiert. Teils wollen ihre Vordenker durch eigene kritische Analysen oder deren Anschein die weitergehende Kritik alternativer Akteure abfangen. Teils aber suchen sie tatsächlich nach Veränderungen, um Krisen und Probleme zu überwinden, um so die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu retten.

Für die Linke ist die Zeit überreif, in Theorie und Praxis ihre eigenen Vorstellungen von einer emanzipatorischen Transformation deutlich zu machen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht (Lipietz 2000, Reißig 2009, Wright 2010, Klein 2010, Pankower Vorträge 2011). Im marx-schen Denken kam der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen stets erhebliches Gewicht zu. Der Übergang von einem stark fossilistisch geprägten Produktivkraftsystem zu einem Produktivkraftzusammenhang, in dessen energetischem Zentrum die erneuerbaren Energien stehen, sollte in dieser marx-schen Tradition als eine Chance für gravierende Veränderungen auch in den Produktionsverhältnissen verstanden werden. Die unter neoliberalen Bedingungen verlaufenden technisch-ökonomischen Umwälzungen in der Energiewirtschaft werden nicht all die Möglichkeiten ausschöpfen, die die regenerierbaren Energien «an sich» bieten. Erst herausgelöst aus oligopolistisch beherrschten zentralistischen Produktions- und Verteilungsstrukturen, erst eine Vielzahl dezentraler Initiativen ausschöpfend, erst verbunden mit neuen nachhaltigen Lebensweisen, erst getragen von demokratischem Engagement der Zivilgesellschaft werden die erneuerbaren Energien selbst und ihre progressiven sozialen Potenzen voll zur Entfaltung kommen.

Natürlich steht nicht der Sozialismus vor der Tür. Aber die oben dargestellten «vier U», die Leitideen einer zeitgemäßen linken Transformationspolitik sind aus dialektischer Potenz gestrickt. Das heißt, ihre Verwirklichung umschließt Veränderungen mitten in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ist doch zugleich gegen die sie heute prägende Dominanz des Profits und darauf beruhender Herrschaftsverhältnisse gerichtet.

Eine gerechte Umverteilung von Lebenschancen ist angesichts der Klüfte zwischen Reich und Arm, der Ungleichheit von Bildungschancen, der Tendenzen zu einem Zwei-Klassen-System im Gesundheitswesen und vieler anderer Defizite in der gegenwärtigen Gesellschaft eine unaufschiebbare Aufgabe unter den gegebenen Bedingungen. Eine solidarisch orientierte Transformation schon im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft ist überfällig. Aber wer könnte bestreiten, dass eine gerechte Umverteilung von Lebenschancen an den Macht-, Verfügungs- und Eigentumsverhältnissen rührt, dass umfassende Gerechtigkeit zu einer Transformation über den Kapitalismus hinaus tendiert?

Auch der sozialökologische Umbau ist eine gegenwärtige Aufgabe. Er kann nicht auf das Jenseits des Kapitalismus verschoben werden. Er wird zu einem Grundprozess innerkapitalistischer Transformation. Aber wer wollte angesichts wachstumsfixierter Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten, ungebrochener Erwärmung der Erdatmosphäre, andauernder Zerstörung der Artenvielfalt und der oben dargestellten Widerstände gegen eine konsequente Energiewende ernsthaft bezweifeln,

dass ein genügend tief greifender sozialökologischer Wandel Elemente und Tendenzen einschließen muss, die dem Kapitalismus fremd sind, Elemente einer großen Transformation zu einem demokratischen grünen Sozialismus?

Eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft ist ebenfalls eine transformatorische Tendenz, die bereits in den gegenwärtigen Kämpfen von Bürgerinnen und Bürgern, von sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und vielen linken Organisationen steckt. Aber eine radikal partizipative Demokratie widerspricht dem bestimmenden Einfluss von Banken, Energiekonzernen, Militär-Industrie-Komplexen und anderen Zentren monopolistischer Macht auf die Politik. Sie wird nur in Kämpfen um die Kontrolle, Regulierung und Einschränkung dieser Macht, um eine Mischwirtschaft auf der Grundlage unterschiedlicher Eigentumsformen erfolgreich sein. Auch eine partizipative Erneuerung der Demokratie ist also ein Grundprozess progressiver Transformation im Kapitalismus wie zugleich der Beginn einer großen Transformation über den Kapitalismus hinaus.

Friedenssicherung und neue Dimensionen internationaler Solidarität für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, für die Überwindung der Armut und für eine erfolgreiche Klimapolitik auch in armen Ländern sind gleichfalls unaufschiebbare Aufgaben der Gegenwart und einer Transformation noch im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften. Aber Friedensstiftung gegen geopolitische Machtinteressen zu realisieren, die auch mit militärischen Mitteln verfolgt werden, solidarische Kooperation gegen globale Verdrängungskonkurrenz transnationaler Unternehmen durchzusetzen – das bedeutet ein Hineinholen demokratisch-sozialistischer Prinzipien und Strukturen schon in die innerkapitalistischen Transformationsprozesse.

Kurz, aus der Natur der entscheidenden Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten folgt das Konzept einer doppelten Transformation. Im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ist der Übergang vom neoliberalen Kapitalismus zu einem anderen sozial-libertären, nachhaltigen Kapitalismus jene Entwicklung, für die die internationale Linke wirken muss, wenn sie auf der Höhe der drängenden Aufgaben handeln will. Aber immer, wenn diesen Herausforderungen mit aller Konsequenz entsprochen wird, kollidiert dies mit Grundstrukturen des Kapitalismus. Definiert durch die Dominanz des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft ist der Kapitalismus seiner Natur nach nicht sozial, nicht ökologisch, nicht demokratisch und nicht friedensorientiert und solidarisch. Soweit ihm in seiner Geschichte diese Qualitäten, wenn auch begrenzt, zugewachsen sind, war und ist dies das Resultat der Kämpfe von Gegenmächten, die die enormen produktiven Potenzen des Kapitalismus für seine Korrektur genutzt haben. Nun aber deuten die mit existenziellen Gefahren geladenen unge lösten Großprobleme der Menschheit darauf hin, dass mit einer postneoliberalen innerkapitalistischen Transformation der Beginn einer zweiten Großen Transformation zu einer besseren Gesellschaft verflochten sein wird.

Der pluralen gesellschaftlichen Linken in Brandenburg das Konzept einer doppelten Transformation anzutragen, scheint unrealistisch. Warum in aller Welt sollte eine solche Konzeption im Angesicht aller ungünstigen Umstände Erfolg versprechen? George Bernard Shaw gab einst zu bedenken: «Ihr steht und sagt: Warum? Aber ich träume und sage: Warum nicht?»

Das «Warum nicht?» ist bezogen auf das Konzept einer doppelten Transformation keine bloße Träumerei. Es entspricht dem Charakter der in unserer Epoche zu lösenden großen Probleme. Ihre Dringlichkeit gestattet keinen Aufschub. Sie sind mitten in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften durch deren Transformation anzupacken. Aber Grundstrukturen des Kapitalismus stehen ihrer Bewältigung entgegen. Im Maße ihrer Lösung müssen daher dem Kapitalismus fremde, ihrer Natur nach demokratisch-sozialistische Elemente an Gestalt gewinnen. In eine sozial-libertäre Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften schiebt sich der Beginn einer zweiten Großen Transformation zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft in Einklang mit der Natur hinein, die als demokratischer grüner Sozialismus bezeichnet werden kann. Das ist der Grundgedanke des Konzepts doppelter Transformation.

Ist damit ein linkes Politikverständnis der Energiewende womöglich hoffnungslos überfrachtet? Diese Frage wird hier verneint. Es wird weiter nichts verlangt, als die Energiewende bewusst mit gerechter Verteilung von Lasten und Vorteilen zu verbinden, diese Wende als Teil eines umfassenden sozialökologischen Umbaus einschließlich eines Wandels der Lebensweisen anzustreben, sie als exemplarischen Teil einer demokratischen Erneuerung der Gesellschaft voranzutreiben und dabei internationaler Solidarität größere Bedeutung zuzumessen. Anders darf die Linke nicht verfahren. Die Partei DIE LINKE allerdings täte gut daran, die dafür innerhalb der gegebenen Verhältnisse realisierbaren Schritte so zu tun, dass diese Verhältnisse zugleich infrage gestellt werden.

Die in Deutschland wie in Europa und in aller Welt vielfach segmentierte Linke steht vor der strategischen Kernaufgabe, im gemeinsamen Engagement für eine Fülle alternativer Projekte das Trennende zwischen den verschiedenen Strömungen, Fraktionen, Gruppen und Initiativen der Bewegungs- und Parteilinken zurückzudrängen. Dringlich ist, Annäherungen zu suchen und im öffentlichen Gespräch die Sorgen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Die Suche nach künftigen Entwicklungspfaden ist zu einem Markenzeichen des Zeitgeistes geworden. Der gesellschaftlichen Linken fällt es zu, sich über die Grundkonturen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft im Einklang mit der Natur zu verständigen. Die Partei DIE LINKE wendet sich bisher der Perspektive einer emanzipatorischen sozialökologischen Transformation nur sehr zögerlich zu. Doch eine «Partei braucht gemeinsame Grundüberzeugungen. Ohne den permanenten Dialog unter uns und mit anderen über unsere Geschichte und unsere Ziele gerät der innerparteiliche Pluralismus zum politischen und ideologischen Partikularismus unterschiedlicher Fraktionen und Gruppen, die nicht mehr gemeinsame Überzeugungen weiter entwickeln, sondern nur noch zur Wahrung vermeintlicher Besitzstände miteinander «verhandeln» wie misstrauische Emissäre konkurrierender Mächte.» (Schumann 2004, 94)

Das neue Erfurter Programm der Linkspartei entspricht dieser Mahnung Michael Schumanns bereits recht weitgehend. Es bietet Voraussetzungen, um die verschiedenen Teilpolitiken auf die im Abschnitt 4 dargestellten Leitideen einer modernen Erzählung der Linken zu beziehen.

Für die Brandenburger Linke bedeutet dies, sich drei Herausforderungen einmütiger und konsequenter als bisher zu stellen. Erstens ist der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung nur

scheinbar ein Problem, bei dem es lediglich um den angemessensten Zeitrahmen für den technischen Wandel zu den erneuerbaren Energien ginge. Dieser Ausstieg und seine Zeitdauer sollten vielmehr als eine zentrale Frage der Entscheidung zwischen zwei gegensätzlichen Produktivkraftsystemen behandelt werden. Zweitens sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten eine konsequente Energiewende für einen neuerlichen Anlauf zu einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands bietet, wenn sie mit anderen Ansätzen dafür verbunden wird. Drittens und nicht zuletzt sollte sich die gesamte Linke in Brandenburg in Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Milieus ernsthaft der Frage stellen, ob sie den Übergang von einer überwiegend technisch-ökonomischen Energiewende zu einer Energiepolitik, die sich deutlich erkennbar als Einstieg in eine umfassendere alternative Gesellschaftstransformation versteht, auf ihre Fahnen schreiben und in ihrer Alltagspolitik verfolgen will.

# Literatur

A.T. Kearney/Decision Institute: Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, Berlin 2011.

Agentur für Erneuerbare Energien e. V.: Bundesländervergleich Erneuerbare Energien 2010. Zusammenfassung der Studienergebnisse, Renew Special 44/2010, Berlin 2010.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Die kleine Brandenburg-Statistik 2010: 12.2. Umwelt, Potsdam 2010.

Becker, Simon/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias: Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg, Studie des Leibnitz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner 2012.

Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg: Empfehlungen für Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg, Potsdam 2010.

Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (Hrsg.): Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens, Opladen/Wiesbaden 1999.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung, München 2006.

Bretthauer, Lars: Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas, in: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg 2006.

Brie, André: An allem ist zu zweifeln, in: Brie, André/Schippel, Alexander: Lausitz – Landschaft mit neuem Gesicht. Petersberg 2011.

Brie, Michael: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007.

Brie, Michael: Sind wir Auto?, in: LuXemburg. Heft 1/2009.

BUND: Keine Zukunft für Kohlekraftwerke. Widersprüche der aktuellen Energiepolitik, Berlin 2010.

BUND: Klimaschutz nach 2012. Vorläufige Eckpunkte für ein schlagkräftiges internationales Regime, in: positionen 52, Berlin 2009.

BUND: Wirtschaftswachstum oder nachhaltige Entwicklung, in: diskussion 1, Berlin 2011.

Bundestagsfraktion DIE LINKE: Plan B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, [www.plan-b-mitmachen.de](http://www.plan-b-mitmachen.de).

Daly, Herman E.: Wirtschaft jenseits des Wachstums. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltigen Wachstums, Salzburg/München 1999.

De Sousa Santos, Boaventura: Entpolarisierte Pluralitäten, in: LuXemburg Heft 1/2010.

Diekmann, Jochen/Groba, Felix/Vogel-Sperl, Antje/Püttner, Andreas/van Mark, Kerstin/Mayer, Jörg/Ziller, Undine: Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien – Indikatoren und Ranking, Berlin/Stuttgart 2010.

Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg. Bericht der Landesregierung, Potsdam 2008.

Europäische Kommission: Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie, SEK (2010) 1346, Brüssel November 2010.

Europäische Kommission: Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, Juni 2010.

Fraktion DIE LINKE in Brandenburg: Unsere Heimat. Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen, o.J.

Fraktion DIE LINKE in Brandenburg: Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Speicherung von Kohlendioxid in den Untergrund des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland. Drucksache 17/5232, Potsdam 2011.

gegenstromberlin: Energiepolitische Thesen von gegenstromberlin. Gegen den fossil-nuklearen Wahn: Energiedemokratie JETZT!, <http://www.linkeblogs.de/hiksch/2011/06/energiepolitische-thesen...>, Berlin 2011.

Greenpeace/EUtech: Klimaschutz: Plan B, Nationales Energiekonzept bis 2020. Hamburg 2007.

Greenpeace: Schwarzbuch Vattenfall, Hamburg 2008.

Greenpeace: Stellungnahme zum Entwurf der Energiestrategie 2030 der Landesregierung Brandenburg vom 6. Januar 2012, Hamburg 2012.

Groll, Stefanie/Interventionistische Linke/Klinger Runde/Krüger, Timmo/Schönberger, Ursula: Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 15/2011.

Grüne Liga/Netzwerk ökologischer Bewegungen/Umweltgruppe Cottbus e. V.: Vorläufige Stellungnahme zum Gutachten «Grundlagen für die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg», 6. November, o.O. 2011.

Haug, Frigga: Die-vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg 2008.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung/Decision Institute: Stärken stärken – Wachstum fördern. Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg, Endbericht vom 22. Oktober, Potsdam 2010.

Institut für Gesellschaftsanalyse: Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Reihe rls papers, Berlin 2011.

Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)/Greenpeace: Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Brandenburg, Hamburg 2012.

Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt 2003.

Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009.

Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin: Stand der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland: Ein Überblick, in: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten: Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende, Frankfurt/Main 2011.

Keppler, Dorothee/Schröder, Carolin/Nölting, Benjamin: Energie Wende in Ostdeutschland – Klimaschutz, eigenständige ökonomische Entwicklung oder sozial ökologischer Pfadwechsel? Eine Einleitung, in: dieselben: Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs, Frankfurt/Main 2011.

Keppler, Dorothee/Zöllner, Jan/Rau, Irina/Rupp, Johannes: Beteiligung als Strategie und Strukturelement einer Energiewende in Ostdeutschland, in: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Frankfurt/ Main 2011.

Klein, Dieter: Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 34/2011.

Klein, Dieter: Grüner Kapitalismus – Irrweg oder aufzuheben in einer sozialökologischen Transformation? Eine Nachbemerkung, in: Kaufmann, Stefan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise. Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009.

Klein, Dieter: Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2011.

Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages «Gemeinsinn und Erneuerung. Ein Brandenburg für alle», Potsdam 2009.

Koalitionsvertrag/Vereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP. Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. 17. Legislaturperiode, Berlin 2009

Krüger, Hans Peter: Reflexive Modernisierung und der neue Status der Wissenschaften, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 12/1991.

Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: LUGV-Kurzgutachten zu Klimaschutzeffekten möglicher Varianten der Energiestrategie 2030, Potsdam 2011.

Landesregierung Brandenburg: Bericht an den Ausschuss für Wirtschaft gemäß Drucksache 5/625 – B. sowie an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 6. Mai, Potsdam 2010.

Landesregierung Brandenburg: Gemeinsam Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Eckpunkte einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg, Potsdam 2010.

Layard, Richard: Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können, Frankfurt/Main, New York 2009.

Leggewie, Klaus/Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt/Main 2009.

Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg, Potsdam 2008.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Entwurf Energiestrategie 2030. Potsdam 2011.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Informationen über die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg, 24. Februar, Potsdam 2011a.

Netzwerk und Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung: Zur Lage in Ostdeutschland, in: Berliner Debatte Initial 17/5, 2006.

Ohlhorst, Dörte: Energiemix im Lobbygeflecht – das Ringen der Akteure um die Weichenstellungen für die Zukunft, in: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Frankfurt/Main 2011.

Öko-Institut e. V.: Kurzbewertung: Zur Rolle der Braunkohle in der vorgesehenen «Energiestrategie 2030» des Landes Brandenburg, Kurzstudie im Auftrag der klima-allianz deutschland, Berlin 2011.

Ortsvorsteher von Deulowitz, Kerkwitz, Groß Gastrose, Atterwasch, Grabko, Schlagsdorf, Kaltenborn: Notwendige Einstellung der Planungen zum Tagebau Jänschwalde – Nord. Brief an den Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Duben/Schenkendöbern, o.O. 2011.

Poulantzas, Nicos: Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002.

Rätz, Werner/von Egan-Krieger, Tanja et al. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg 2011.

Reuter, Norbert: Ökonomik der langen Frist. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg 2000.

Rieseberg, Sarah/Wörten, Christine: Befreiungen der energieintensiven Industrien in Deutschland von Energieabgaben. Studie der arepoconsult im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

Scheer, Hermann: Der energetische Imperativ. 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München 2010.

Scheer, Hermann: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München 1999.

Schirmmayer, Frank/Strobl, Thomas (Hrsg.): Die Zukunft des Kapitalismus, Frankfurt/Main 2010.

Schumann Michael: Programmatik und politisches System, in: Adolphi, Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, 69 ff.

Schumann Michael: Vor fünf Jahren: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!», in: Adolphi, Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, 94 ff.

Schumann, Michael: Theorie, Ideologie und Politik im Kontext sozialistischer Erneuerung, in: Adolphi,

Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, 177 ff.

Schuster, René: Braunkohlerepublik Brandenburg? Warum das Land sich gegen ein neues Kohlekraftwerk entscheiden muss, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 04/2012.

Thomas, Michael/Reißig, Rolf/Koch, Frank Thomas: Das Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus. Fallbeispiele für den Einstieg, Berlin 2011.

Töpfer, Klaus/Yogeshwar, Ranga: Unsere Zukunft. Ein Gespräch über die Welt nach Fukushima. München 2011.

von Weizsäcker, Ernst-Ulrich: Faktor Fünf, München 2010.

Welzer, Harald: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Band 14 der Schriftenreihe Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2010.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für die Große Transformation, Berlin 2011.

Witt, Uwe: Eigentum und Verfügung in der Energiewirtschaft, unv. Manuskript, Berlin 2010.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt/ Main 2008.

Yacht, Marion: Zukunftsperspektiven für ein globales Klimaregime. Lehren aus dem internationalen Ozonregime?, [www.ie-ei/eu/bibliotheque/memoires/yacht.pdf](http://www.ie-ei/eu/bibliotheque/memoires/yacht.pdf), Nizza 2005.

Ypsilanti, Andrea: Erfahrungen einer Niederlage. Projekt eines Richtungswechsels und die Energiefrage in Hessen, in: LuXemburg 1/2012.